

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19 vom 14. Mai 1982

16. Jahrgang

1 DM

Krieg um die Falkland-Inseln

Neue Bombenangriffe der britischen Marine

Ungeachtet der Tatsache, daß sich die UNO in den Falkland-Konflikt eingeschaltet hat, um eine Verhandlungslösung zu erreichen, läßt die Thatcher-Regierung im Kriegsgebiet um die Inseln weiter bomben. Zu Beginn der Woche wurden Angriffe auf die Insel-Städte Port Stanley und Port Darwin geloggt.

Nicht nur argentinische Militärflugzeuge wurden erneut angegriffen; ein britischer Jagdbomber versenkte erstmals auch ein ziviles Schiff, den argentinischen Fischkutter Narwal. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß London nach wie vor gewillt ist, seine kolonialistischen Ansprüche auf die Malvineninseln mit brutaler militärischer Gewalt durchzusetzen.

Dieser Krieg, der nun schon Hunderte von Todesopfern gekostet hat, wird von keiner der beiden Seiten für eine gerechte Sache geführt. Die Invasion der Inseln durch Truppen der Gallier-Junta lag nicht im Interesse des argentinischen Volkes. Sie diente der schwer angeschlagenen Junta vielmehr dazu, den sie bedrohenden Massenkampf des Volkes in eine Unterstützung dieses militärischen Abenteuers abzulenkten und so eine scheinbare „patriotische Allianz“ zwischen der proimperialistischen

schen Militärdiktatur und dem Volk herzustellen.

Genauso wenig hat der Aufmarsch der britischen Kriegsflootte etwas zu tun mit der Verteidigung internationaler Rechtsprinzipien, mit der Befreiung der Insel-Bewohner vom Joch einer faschistischen Diktatur — oder was sonst noch an Rechtfertigungen von der Thatcher-Regierung vorgebracht wird. Gebombt und geschossen wird ausschließlich für die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft über die Inseln, für die Wahrung der Interessen des britischen Imperialismus im Südatlantik.

Um so notwendiger ist es, daß jegliche Unterstützung der Bundesregierung für die britischen Kriegstreiber entschieden bekämpft wird. Mit den im Rahmen der NATO und auch im Rahmen der EG gefaßten Beschlüssen, die unter anderem einen Boykott argentinischer

Waren vorsehen, hat sich die Bonner Regierung eindeutig auf die Seite der britischen Imperialisten geschlagen. Während beispielsweise die irische Regierung schon in der vergangenen Woche ihre diplomatische Unterstützung für London aufgekündigt und die Thatcher-Regierung als „Aggressor“ verurteilt hat, befürwortete Bonn bei der EG-Tagung am Wochenende eine Verlängerung der Boykottmaßnahmen gegen Argentinien.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Haltung den britischen Aggressoren den Rücken stärkt, daß sie die Thatcher-Regierung in dem Bestreben ermutigt, eine „militärische Lösung“ des Konflikts zu suchen und somit dazu beiträgt, den Krieg im Südatlantik weiter zu verlängern. Das darf nicht hingenommen werden. Gerade die westdeutsche Friedensbewegung muß sich energisch dafür einsetzen, daß den britischen Kriegstreibern jede Unterstützung durch Bonn entzogen wird.

Verlogenes Friedensangebot

Reagans neue Tricks

WASHINGTON. — Der propagandistische Wettstreit zwischen den Zentralen der beiden größten imperialistischen Militärblocke der Welt, wer denn nun die „friedlichsten“ Absichten habe, geht weiter. Einen neuen Beitrag leistete US-Präsident Reagan mit seinem Vorschlag, in Verhandlungen einzutreten, die die Reduzierung des vorhandenen Potentials an Atomsprenköpfen auf beiden Seiten zunächst um ein Drittel, dann um die Hälfte zum Inhalt haben sollen.

Dabei wiederholte Reagan, Schuld an der Gefahr eines Atomkrieges habe nur die Sowjetunion mit ihrem angeblichen Rüstungsvorsprung, der die gegenwärtige „Instabilität“ hervorgerufen habe. Mit verschiedenen Tricks will er auch über sein neues Angebot eine Überlegenheit der USA sichern. An einen Produktionsstopp für Atomwaffen denkt er nicht.

Breschnew wird sich zu überlegen haben, wie er dies ablehnen und mit welchem „Gegenangebot“ er antwortet. Denn die ganze Serie von gegenseitigen Angeboten, die es bisher gegeben hat, war noch nie darauf berechnet, den Frieden sicherer zu machen. Sie war und ist ein Manöver zur Irreführung der friedliebenden Menschen, soll ihre Hoffnung auf die Kriegstreiber

ihrer jeweiligen Zone richten, die als imperialistische Konkurrenten ganz unabhängig von der zahlenmäßigen Quantität ihres „Overkill“-Potentials einen Waffengang um die Weltvorrats herrschaft vorbereiten.

Nichts zu erhoffen hat die Friedensbewegung auch von den jetzigen Kritikern Reagans in den USA vom Schlage eines Edward Kennedy, der nur einen anderen Teil des aggressiven US-Finanzkapitals vertritt und mehr auf eine Intensivierung der konventionellen Rüstung setzt als auf eine weitere Ausweitung des riesenhaften atomaren Vernichtungspotentials. Nur wenn sich die Friedensbewegung von allen Illusionen in die Verhandlungsrunden der Supermächte freimacht, wird sie erfolgreich sein können!

Jaruzelski verschärft Terror gegen Arbeiter

Massenverhaftungen in Polen

WARSCHAU. — Auf die machtvollen Aktionen der polnischen Werktätigen am 1. und 2. Mai hat das Militärregime mit einer Welle von Massenverhaftungen

600 Demonstranten sind bereits von Schnellgerichten abgeurteilt worden — die Prozesse gegen sogenannte Rädelsführer stehen allerdings noch aus, hier muß mit langen Haftstrafen gerechnet werden. Gleichzeitig mit diesen neuen Unterdrückungsmaßnahmen hat das Regime in nahezu allen großen Städten des Landes die Bestimmungen des Kriegsrechts wieder verschärft; es wurden beispielsweise nächtliche Ausgangssperren oder Verbote jeglicher Veranstaltungen verhängt.

Bezeichnend für die ungebrochene Kraft der polnischen Arbeiterbewegung ist die Tatsache, daß der illegale Sender der Gewerkschaft Solidarność trotz der neuen Terrorkampagne des Regimes für diese Woche zu weiteren Protestaktionen gegen die Militärdiktatur aufgerufen hat. Dagegen hat sich die katholische Kirche deutlich

reagiert. Bis zum Wochenende waren bereits etwa 1500 Personen verhaftet worden, denen eine Teilnahme an den Demonstrationen vorgeworfen wird.

nicht nur die militanten Demonstrationen der ersten Mai-Tage; er fiel auch in die Hetze der Re-

gimes ein, als er behauptete, jugendliche Demonstranten seien manipuliert worden.



Gegen den faschistischen Terror in der Türkei, der immer neue Blutopfer fordert und gegen die Unterstützung des Militärregimes durch Bonn demonstrierten am vergangenen Wochenende in Duisburg und Köln insgesamt etwa 20000 Menschen, davon rund 15000 in Duisburg. Auch die ausländerfeindliche Politik der Bundesrepublik wurde angeprangert. Die KPD unterstützte die Aktion, wie dieses Foto aus Köln zeigt.

Bundeswehr zu Rückzieher gezwungen

Kein Truppengelöbnis bei Romika

MAINZ. — Am 13. Mai wollte die Bundeswehr die Reihe ihrer provokativen Verteidigungsfeiern in Industriebetrieben fortsetzen. Die vierte Veranstaltung dieser Art in der Bundesrepublik sollte bei Romika in Gustersloh stattfinden. Der massive Protest, der vor allem aus den Reihen der Gewerkschaften dagegen erhoben wurde, zwang die Militaristen jetzt zum Rückzug: Die Verteidigung wurde hinter Kasernenmauern verlegt.

Geschäftsführung und skandalöserweise auch der Betriebsrat des 3000 Beschäftigte zählenden Betriebes (davon nur zwölf gewerkschaftlich in der IG Leder organisiert) hatten dem Ansinnen der Bundeswehr freudig zugestimmt. Betriebsratsvorsitzender Karl Jakobs, der gleichzeitig im DGB-Kreisvorstand und für die CDU im Kreistag sitzt, fand die bezeichnenden Worte: „Wenn die Wehrmacht(!) darum bittet — warum sollte ich Bedenken haben?“

Von einer derartig offen militaristischen Haltung distanzierte sich allerdings auch der DGB-Bezirksvorstand. Zahlreiche Gewerkschafter und verschiedene Aktionsgruppen aus

Trier erhoben ihren entschiedenen Protest, der die Bundeswehr zum Rückzug zwang. Zähneknirschend. Daß weitere Vorstöße dieser Art folgen sollen, kündigte ein Sprecher der Bonner Haardtbohe an: Gelöbnisse in Betrieben würden inzwischen als „Normalität der Truppe“ angesehen. Es gilt also wachsam zu sein und auch die folgenden Provokationen zurückzuweisen. Dabei sind die Gewerkschaften in besonderem Maße gefordert.

Solche Elemente wie Jakobs allerdings müssen eigentlich umgehend ausgeschlossen werden, ihr Verhalten ist unvereinbar mit den Grundsätzen der Gewerkschaft.

Diese Woche

Betriebsräte

Welche Aufgaben haben Betriebsräte angesichts der zunehmenden Bestrebungen der Unternehmer, die Belegschaften von kämpferischen oder „leistungsschwachen“ Kollegen zu säubern? Über diese Frage kam es im Osnabrücker Karmann-Werk zu einer heftigen Auseinandersetzung. Seite 4.

Zivilbeschäftigte

Mit Warnstreiks reagieren die Beschäftigten bei den Besatzstruppen auf die Versuche, ihre ohnehin schon besonders schlechten Bedingungen durch Lohnraubabschlüsse noch weiter zu verschlechtern. Seite 5.

Jaszczyk-Prozeß

Einen Versuch des Verfassungsschutzes, ihn als Spitzel anzuwerben, währte der Opel-Betriebsrat Jaszczyk ab. Das brachte ihm jetzt eine Verurteilung durch ein Gericht ein. Seite 6.

Hetze gegen Ausländer

Bei den Hamburger Wahlen kandidiert eine Terrororganisation der NPD, die unverhohlene Ausländerhetze auf ihr Programm geschrieben hat. Seite 7.

Palästina

Mit unvermindertem Terror gehen die israelischen Besatzstruppen gegen den palästinensischen Widerstand vor. Wieder wurden Demonstranten erschossen. Seite 10.



Demonstrationen am 2. Mai in Warschau.

Kommentar der Woche

In der letzten Woche eröffneten die Kriegsminister der NATO in Brüssel eine Serie von Konferenzen, die ihren Höhepunkt im Gipfeltreffen der Regierungschefs des westlichen Militärpakts am 10. Juni in Bonn finden wird. Den Auftakt der Brüsseler Tagung bildeten — wie gewohnt — die „strategischen Analysen“, mit denen alljährlich die Experten des Blocks die hoffnungslose Unterlegenheit der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt „beweisen“.

Auf der Tagesordnung stand dabei diesmal die konventionelle Rüstung, wo die NATO-Strategen eine alarmierende „Verschiebung im Kräfteverhältnis“ zugunsten des sowjetischen Blocks feststellten. Das war zu erwarten gewesen. Nachdem im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen bislang alles nach amerikanischem Wunsch gelaufen ist, soll jetzt schon einmal Stimmung für die „Nach“rüstung bei den konventionellen Waffen gemacht werden.

Die weltweiten Interessen der NATO

Der Aggressionskrieg der britischen Marine im Südatlantik kam da gerade recht — er wird den Strategen sicher auch in Zukunft noch hinreichende Gelegenheit bieten, die Propagandatrommel für eine angeblich notwendige drastische Aufstockung der konventionellen Rüstung zu rühren. Aber noch aus einem anderen Grund paßt dieser Krieg genau ins Konzept der NATO-Planer. Es war denn auch der britische Kriegsminister Nott, der zu Beginn der Konferenz — mit Blick auf die Falklands — sagte: „Die westlichen Interessen sind nicht auf das Vertragsgebiet begrenzt.“

Caspar Weinberger, der Mann aus Washington, nahm diesen Ball dankbar auf. Seit langem schon drängen die amerikanischen Imperialisten ja darauf, die NATO auch auf mögliche Einsätze außerhalb dieses „Vertragsgebiets“ (damit sind die Territorien der Mitgliedsländer, das Mittelmeer, die Nordsee und der Nordatlantik gemeint) festzulegen. Und zum ersten Mal in der Geschichte der NATO wurde denn auch im Brüsseler Kommuniqué festgehalten, daß Bündnispartner Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets „unterstützen können, die den lebenswichtigen Interessen aller dienen.“

Diese Erklärung ist exakt auf die Bedürfnisse der amerikanischen Supermacht zugeschnitten. Denn sie ist es ja in allererster Linie, die ständig außerhalb des NATO-Gebiets militärisch aktiv ist — von Mittelamerika bis zum Nahen Osten, von Südostasien bis nach Afrika. Und künftig sollen also die Aggressionskriege des US-Imperialismus von allen NATO-Ländern unterstützt werden. Und daß die amerikanischen Ledernacken immer für die „lebenswichtigen Interessen aller“ in den Krieg ziehen werden, ist ja jetzt schon ausgemachte Sache. Man denke nur daran, wie hierzulande schon seit Jahren ein Krieg um die Erdölfelder des Persischen Golfs psychologisch vorbereitet wird.

Der jetzt in Brüssel in aller Offenheit verkündete Kurs einer weltweit operierenden NATO sollte gerade in der westdeutschen Friedensbewegung Anlaß zu einem gründlichen Überdenken der bisherigen Positionen sein. Zeigt sich doch hier in einer Deutlichkeit, die nicht wegdiskutiert werden kann, daß die NATO weder ein Verteidigungspakt noch auch nur ein Garant zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen „Kräftegleichgewichts“ ist. Die in dem Brüsseler Kommuniqué angesprochenen „Interessen aller“ sind die imperialistischen Raubinteressen der amerikanischen Supermacht und in geringerem Maße auch die ihrer europäischen Verbündeten.

Und die NATO wird nun in einem stärkeren Maße als je zuvor zum Instrument der militärischen Absicherung dieser weltweiten Interessen gemacht. Sie wäre künftig an jedem „schmutzigen Krieg der Wall Street und des Pentagon unmittelbar beteiligt, ein integraler Bestandteil der amerikanischen Aggressionen gegen die Völker der Welt. Das aber würde für uns auch bedeuten, daß die Bundesrepublik direkt in jede Auseinandersetzung hineingezogen würde, die sich aus dem Aufeinanderstoßen der Interessen beider Supermächte irgendwo auf der Welt ergeben könnte.

Und daß der Weg vom Interessenkonflikt zum offen ausgeprägten Krieg unter imperialistischen Bedingungen nur sehr kurz ist, hat ja gerade jetzt selbst ein eher unwichtiger Gegenstand wie die Malvinen gezeigt. Für die Friedensbewegung gilt also, daß es immer dringlicher wird, eine vollständige Abkoppelung unseres Landes von den amerikanischen Kriegsinteressen, den Austritt aus der NATO, zum Kampfziel zu machen. Der 10. Juni in Bonn wäre ein guter Anlaß dafür: Dort soll nämlich die im Brüsseler Kommuniqué festgehaltene weltweite Rolle der NATO zur offiziellen politischen Linie gemacht werden.

Detlef Schneider

Neue Richtlinien für Waffenexport

„Ein Sieg der Rüstungslobby“

BONN. — Als ein Festhalten an ihrer „bewährten restriktiven Rüstungsexportpolitik“ will die Bundesregierung die am 28. April beschlossenen neuen Richtlinien für den Waffenexport verkaufen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gansel sprach dagegen nach Bekanntwerden der Richtlinien von einem „Sieg der Rüstungslobby“.

Die Bonner Praktiken bei der Genehmigung von Waffenexporten waren im vergangenen Jahr massiv kritisiert worden, als die Tatsache an die Öffentlichkeit drang, daß die Bundesregierung ohne Information des Bundestages grünes Licht für die Lieferung von U-Booten nach Chile gegeben hatte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Saudi-Arabien im großen Stil westdeutsche Kriegswaffen — vor allem Panzer des Typs Leopard 2 — einkaufen wollte.

An ein Einbeziehen der „Volksvertreter im Bonner Parlament in die Genehmigungsverfahren für den Waffenexport denkt die Bundesregierung auch weiterhin nicht. Die jetzt der Öffentlichkeit vorgelegten Richtlinien sind im Bundessicherheitsrat, einem geheimen Kabinettsausschuß, ausgeklügelt worden. Dabei wurden Forderungen übergangen, die immerhin beide Fraktionen der Koalitionsparteien aufgestellt hatten, und die darauf abzielten, die Ausfuhr von Kriegswaffen in Länder unter einer faschistischen Diktatur zumindest zu erschweren. Daß sich Schmidt und seine SPD-Minister auch über die jüngsten Beschlüsse des Münchner Parteitags (Verringerung der Waffenexporte) voll-

ständig hinwegsetzen, muß kaum noch erwähnt werden.

Tatsächlich werden durch die neuen Richtlinien früher bestehende Beschränkungen bei der Rüstungsausfuhr weitge-



Exportschlager „Leopard 2“

hend abgebaut. Sie betreffen vor allem die Lieferung von Kriegswaffen in Länder, die nicht zur NATO gehören oder (wie etwa Australien) den NATO-Ländern gleichgestellt sind. Zwar heißt es in Richtlinien — auf den ersten Blick eindeutig — der Export von Kriegswaffen in Nicht-NATO-Länder „wird

nicht genehmigt“. Dann folgt aber zugleich eine Ausnahmebestimmung: „... es sei denn, daß auf Grund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind außen- und sicherheitspolitische Inter-

essen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen.“

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Generalklausel künftig auch einen problemlosen Waffenexport in sogenannte Spannungsgebiete ermöglichen wird. Denn gerade jetzt, wo die

NATO öffentlich die ganze Welt zu ihrem Interessengebiet erklärt hat (siehe Kommentar auf dieser Seite), läßt sich ja die Aufrüstung prowestlicher Regime in allen Kontinenten ohne Mühe mit den „vitalen Interessen“ der BRD begründen.

Darüber hinaus wird in den neuen Richtlinien auch ausdrücklich die schon jetzt betriebene Kooperation mit NATO-Partnern bei der Waffenproduktion bestätigt. Die sieht so aus, daß etwa Flieger seine Kampfpanzer mit einigen Teilen aus italienischer Rüstungsproduktion anreichern läßt, daß Italien dann beim Verkauf dieser Panzer als Exportland auftritt und die Ausfuhr dieser in Wahrheit ja hauptsächlich westdeutschen Kriegswaffen dann in Bonn nicht mehr genehmigungspflichtig ist. Über alle Forderungen, solche Lächer beim Rüstungsexport zu stoppen und auch den im Rahmen dieser Kooperation betriebenen Waffenhandel genehmigungspflichtig zu machen, hat sich die Bundesregierung hinweggesetzt.

So sind die neuen Richtlinien tatsächlich ein Sieg der Rüstungsindustrie, die nun ungehemmt als je zuvor die Märkte in aller Welt mit ihren Waffen versorgen kann. Und Kunden gibt es ja wahrhaftig genug — beispielsweise Argentinien, das jetzt schon mit westdeutschen U-Booten kumpft und sicher bald sein Arsenal aus den Beständen der westdeutschen Waffenschmieden auffüllen muß.

Bundestagskommission „Jugendprotest“ legt Bericht vor

Kaum konkrete Antworten auf die Protestbewegung

BONN. — Einen 52seitigen Zwischenbericht legte die vom Bundestag gebildete Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ letzte Woche vor. Die Kommission — ihr gehören drei Abgeordnete der SPD zwei der CDU und je ein Abgeordneter der CSU und FDP an — war vor etwa einem Jahr unter dem Eindruck der Welle des Jugendprotestes eingesetzt worden.

Vor allem bei der SPD herrschte nach Veröffentlichung des Berichts eitel Freude vor. Die Unionsmitglieder der Kommission, so hieß es, hätten „manche Kröte geschluckt“; und der Ex-Juso-Chef Schröder, Mitglied der Kommission, fand es „erstaunlich, was die Konservativen hier mitgemacht haben.“

Sieht man sich all die geschluckten Kröten einmal an, so ergibt sich eigentlich nur, daß die Unionsabgeordneten in der Kommission darauf verzichtet haben, protestierende Jugendliche in bewährter Strauß-Manner als Krawallmacher, Chaoten und ähnliches zu diffamieren. Sie haben vielmehr gemeinsam mit ihren Kollegen aus den Koalitionsparteien solche schönen Allgemeinplätze untergeschrieben, wie die, daß der Jugendprotest kein „klassischer Generationskonflikt“ ist, daß die Mehrheit der Jugendlichen „nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern in sie hineinwirken will“, daß Jugendprotest auf „ungelöste gesellschaftliche Probleme“ reagiert usw.

Wenn so etwas von Schröder und seinen Freunden heute schon als Sieg über die CDU gefeiert wird, dann zeigt das nur, wie niedrig sie mittlerweile ihre Ansprüche ansetzen. Daß die Unionsabgeordneten und vor allem Matthias Wissmann, Boß-

der Jungen Union und Vorsitzender der Kommission „Jugendprotest“, keine allgemeine Hetze gegen die Jugendbewegung betreiben würde, war ja eh klar. Denn das wesentliche Ziel, das mit der Einrichtung der Kommission verfolgt wurde, bestand darin, den protestierenden Jugendlichen den Schein zu vermitteln, daß ihre Probleme im Bundestag ernst genommen würden. Und gerade Wissmann und seine Leute haben ja einen erheblichen Nachholbedarf, wenn es darum geht, Verständnis für die Jugend zu mimen.

Die entscheidende Frage aber ist, zu welchen Ergebnissen die Kommission in ihrem Bericht denn gekommen ist. Beispielsweise in bezug auf die „ungelösten gesellschaftlichen Probleme“. Da hat man es sich wahrhaftig sehr einfach gemacht. Eine Reihe von Problemen wie etwa die Berufsverbote oder die Bafög-Kürzungen werden erst gar nicht erwähnt. Andere wichtige Fragen werden mit unverbindlichen Phrasen erledigt: zum Schutz der Umwelt müßten „weitere Anstrengungen“ unternommen werden; die Jugendarbeitslosigkeit müßte „vorrangig bekämpft“ werden; „kritische Fragen nach Alternativen zur Sicherheitspolitik“ sollte man ernst nehmen

usw. Das könnten in dieser Form wahrlich alle Spitzen der Bonner Parteien — von Brandt bis Strauß — unterschreiben, weil die Kommission eben auf konkrete Forderungen völlig verzichtet hat.

Nur in einigen Punkten ist man über die Formulierung solcher allgemeinen Werbesprüche

unter anderem eine Amnestie vor, „wie sie nach 1968 der damaligen Studentenbewegung erlassen wurde“ — mit der deutlich bekundeten Absicht, damit die jugendliche Protestbewegung wieder zu integrieren, so wie es damals mit großen Teilen der 68er Bewegung gelungen war. Diese Kröte allerdings



Festnahme eines Hausbesetzers

hinausgekommen. So wird beispielsweise eine Abschaffung der Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer vorgeschlagen (nur der CSU-Mann in der Kommission war dagegen). Eine richtige Sache; ihr folgt allerdings sogleich der Pferdefuß: Die Kommission tritt für eine „angemessene Verlängerung“ des Zivildienstes ein.

So bleibt der wohl interessanteste Punkt in dem Bericht der Kommission die Stellungnahme zu staatlichen Gewaltmaßnahmen gegen jugendliche Protestierer. Die SPD- und FDP-Mitglieder schlagen hier

wolten Wissmann und seine Freunde von der Union nicht schlucken. Sie ließen ihre Minderheitsposition in den Bericht schreiben, nach der ein „Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung als ein Zurückweichen des Staates erscheinen und zu weiteren Rechtsverstößen ermutigen würde.“

So bleibt denn abzuwarten, ob sich die Mehrheit der Kommission nun auch wirklich dafür einsetzt, daß die inhaftierten und teilweise zu hohen Strafen verurteilten Teilnehmer an Protestaktionen endlich freikommen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Beistellung an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM, Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Stahlwerker von P + S in Peine gingen auf die Straße

„Die Fein- und Drahtstraße muß nach Peine!“

Stahlstandort Peine durch bundeseigenen Salzgitter-Konzern bedroht

PEINE. — Am vergangenen Freitag (7. Mai) legte die Frühschicht des Werkes Peine der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) geschlossen für knapp zwei Stunden die Arbeit nieder. Die Stahlkocher zogen aus dem Werk heraus zum Herner Platz, wo sie eine Protestkundgebung gegen die Arbeits-

platzvernichtungspläne der P+S-Bosse durchführten. Was sich seit Jahren bereits abgezeichnet hat, verdichtet sich jetzt zur Gewißheit: Der Stahlstandort Peine mit seinen gegenwärtig noch mehr als 4000 Beschäftigten soll dem „Sanierungskonzept“ der Stahlbarone zum Opfer fallen.

2500 Stahlwerker beteiligten sich am Freitag um die Mittagszeit an der Arbeitsniederlegung im P+S-Werk in Peine und zogen auf den vor dem Tor 5 gelegenen Herner Platz. Damit streikte die Frühschicht fast komplett. Im ganzen Werk ruhte die Produktion. Auch die Angestellten beteiligten sich zu einem Großteil an der Aktion.

„Peine darf nicht untergehen, dafür müssen wir auf die Straße gehen“, hieß es auf einem Schild. Auf einem anderen: „Feinwerk muß her! Sonst geben wir keine Ruhe mehr!“ Auf einem Transparent stand: „Feinstraße muß nach Peine her, sonst haben unsere Kinder keine Zukunft mehr!“ Arbeiter führten einen

schwarzen Sarg mit, auf dem zu lesen war: „P+S Todesurteil für Peiner Arbeiter“; dazu ein Schild, auf dem es hieß: „Das will der P+S-Vorstand“.

Die Kollegen machten so auf drastische Weise sinnfällig, was passierte, wenn die Pläne der Konzernbosse von P+S realisiert werden würden.

Konkret: Würde die geforderte kombinierte Fein- und Drahtstraße nicht in Peine gebaut, sondern lediglich im Werk Salzgitter die dortige Feinstraße modernisiert — und so ist es in dem jüngst bekanntgegebenen P+S-Investitionsplan bis 1990 festgelegt — dann wäre dies für die Stahlstandorte Ilse und Peine das Todesurteil. Ilse,

wo die Hochöfen für das Werk in Peine stehen, steht längst schon auf der Verschrottungsliste. Es soll im nächsten Jahr stillgelegt werden.

Der Tod des Werkes in Peine

Arbeiterkorrespondenz aus Peine „Im ganzen Werk lief nichts mehr“

Am Freitag, dem 2. Mai, standen beim Peiner Stahlwerk 2500 Kollegen vor dem Tor. Warnstreik! Bei uns in Peine arbeiten ca. 4100 Menschen. Die Frühschicht war fast komplett da (95 Prozent). Im ganzen Werk lief nichts mehr. Auch ein großer Teil der Angestellten war da, was früher bei Tarifrunden, nicht der Fall war.

Vorausgegangen war folgendes: Am 4. Mai wurde der Wirtschaftsausschuß von dem Investitionsplan des Konzernvorstands informiert; am 5. Mai dann der Peiner Betriebsrat; am 6. Mai wurde an jede Schicht ein Betriebsrats-Info verteilt; jedem Kollegen wurde gesagt, daß am Freitag um 12 Uhr auf dem Herner Platz (direkt vor dem Tor 5) eine Kundgebung stattfindet und jeder, der genau informiert werden will, soll erscheinen; dies war am 5. Mai auf einer außerordentlichen Sitzung des Vertrauenskörpers so beschlossen worden; am nächsten Tag wurde dann tatsächlich in allen Abteilungen mobilisiert.

Ergebnis dieser Konsequenzen Mobilisierung: Am Freitag waren alle da!

Unser Werk hat für Peine dieselbe Bedeutung wie Hoesch für

hätte allerdings verheerende soziale Auswirkungen. Die Stahlwerke P+S umfassen die drei Standorte Salzgitter (rund 11000 Beschäftigte), Peine (rund 4000 Beschäftigte) und Ilse (700 Beschäftigte). Würde das Peiner Werk geschlossen, dann — so formulierten es die Sprecher der IG Metall und des Betriebsrates auf der Protestkundgebung am Freitag — müßte Peine zu einer „Geisterstadt mit Industrieruinen“ werden.

Wegen dieser Lage der Dinge wollen die Peiner Stahlkocher sich an die Bevölkerung der Stadt wenden, ähnlich wie das die Hoesch-Kollegen in Dortmund getan hatten. Die ganze Stadt soll auf die Barrikaden gehen und massiven politischen Druck machen, um die Salzgitter-Bosse (letztlich also die Bundesregierung) zu zwingen, das Kahlschlagprogramm zu stoppen, d.h. den Bau der Fein-

Dortmund. Die jetzige Entwicklung, der Tod unseres Werkes in Peine, zeichnete sich schon länger ab. Aber die Lokalpolitiker und die reaktionären Betriebsratspitzen haben sich in der Vergangenheit mit Sonntagsgesprächen begnügt.

Der Betriebsrat hat Vertrauen in die Zusagen des Vorstandes gepredigt. Gleichzeitig hat er alle Rationalisierungsmaßnahmen mit durchgezogen, hat der Kurzarbeit zugestimmt usw. Er war und ist vollkommen auf die Sozialpartnerschaft ausgerichtet.

Jetzt, wo alles das Wasser bis zum Hals steht, stellen diese Leute sich hin und tun mit radikalen Sprüchen so, als ob sie tatsächlich unsere Interessen vertreten. Diese Leute sind natürlich alle mit der SPD verbunden und wollen die Bewegung auch im Endeffekt ins SPD-Fuhrwerk lenken.

Vor Jahren haben die P+S-Bosse in Zusammenarbeit mit dem SPD-Stadtrat die Anschließung von größeren Betrieben verhindert, weil die keine Konkurrenz wollten; dadurch konnten sie die Löhne niedrig und gleichzeitig die Facharbeiter bei der Stange halten.

und Drahtstraße in Peine zu gewährleisten.

Allerdings sollten die Kollegen in Peine dabei auch die Erfahrungen des Kampfes in Dortmund mit einbeziehen. Und diese besagen vor allem, daß die etablierten Politiker (einschließlich SPD) und die mit ihnen zusammenhängenden Funktionäre in der Betriebsratspitze und an den verantwortlichen Positionen im Gewerkschaftsapparat den Kampf gegen die Kahlschlagsanierungen der Stahlkonzerne nicht konsequent unterstützen sondern immer wieder verraten und abwürgen.

Auf der Basis der Sozialpartnerschaftspolitik ist ein so konsequent und druckvoll geführter Massenkampf, wie er notwendig ist, um die P+S-Bosse zur Änderung ihrer Pläne zu zwingen, nicht möglich.

„Heißes Eisen“, Betriebszeitung der KPD für das Peiner Walzwerk

Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze

Jeder ahnt seit Jahren, daß der Stahlstandort Peine von den P+S-Bossen abgeschrieben werden soll. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Das Investitionsprogramm des Vorstands bis 1990 zeigt es klar und deutlich. 1 Milliarde soll investiert werden — in Salzgitter. In Peine soll lediglich eine Vakuumanlage im Stahlwerk für ein paar Mark gebaut werden. Das ist noch weniger als die berühmten Krümel vom Kuchen. (...)

Wir haben uns viel zu lange verschaukeln lassen. Jetzt ist Schluß damit. Es ist kurz vor zwölf. Wir stehen voll hinter der Forderung, daß die Draht/Feinstraße in Peine gebaut werden muß. Wir haben bis zur Aufsichtsratssitzung am 25. Mai Zeit, das Vorstandskonzept vom Tisch zu fegen. Wir begrüßen es, daß der Betriebsrat sofort gehandelt hat. Der Beschluß, heute einen Warnstreik durchzuführen, für den auch die Bevölkerung mobilisiert wird, ist genau die richtige Antwort für die Bosse. Denn mit dem Peiner Walzwerk steht und fällt die ganze Stadt. (...)

Wir können erfolgreich

kämpfen, aber der Kurs der Gewerkschaft muß sich ändern. Es muß Schluß sein mit der Sozialpartnerschaft, dem Gerede von gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, Schluß mit der Rücksichtnahme auf Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft. Nur konsequenter Klassenkampf wird uns in den kommenden Jahren ermöglichen, wirkungsvoll für unsere Interessen einzutreten.

Wenn unsere Bosse glauben, wir würden wie das Kaninchen auf die Schlinge starren, haben sie sich getäuscht. Betet auch alle heute um 12 Uhr am Warnstreik und tragt unseren Kampf in euren Bekanntenkreis. Wir werden zusammen mit der Bevölkerung für den Erhalt des Stahlstandortes Peine kämpfen. Bei der heutigen Aktion darf es nicht bleiben. Der Kampf wird weitergehen und wir werden siegen. Darum: Macht ihnen Peine, den Bonzen in Peine!

• Die Draht/Feinstraße muß her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!

• Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

Warnstreik gegen Arbeitsplatzvernichtung bei HDW

RGO-Betriebsgruppe mobilisierte

KIEL (Arbeiterkorrespondenz vom 30. April '82). — Am Montag, dem 26. 4. 1982, liefen auf HDW/Kiel und Hamburg Protestaktionen von Kollegen gegen die geplanten 1400 Entlassungen. Zur gleichen Zeit fand eine Aufsichtsratssitzung von HDW statt.

Im Aufsichtsrat waren die IG-Metall-Vertreter bereit, den geplanten 1400 Entlassungen zuzustimmen, um den Vorstandsvorsitzenden Henke, der zum Bremer Vulkan wechselt, zu halten, weil angeblich nur er Aufträge bereinholen kann.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß Salzgitter-Boss Pieper den Stahlbau von HDW/Kiel mit 400 Beschäftigten sterben lassen will (HDW gehört zum Salzgitter-Konzern).

Daß die 1400 Entlassungen beschlossene Sache sind, geht daraus hervor, daß der Aufsichtsrat 25 Millionen Mark für einen Sozialplan bewilligte.

Die RGO-Betriebsgruppe HDW/Kiel hat mit zwei Flugblättern zu der Protestaktion mobilisiert, da die IGM-Füh-

rung bei HDW kein Flugblatt herausgeben wollte mit der Begründung, so eine Aktion müsse „spontan“ sein. Außerdem wollten die IGM-Bonzen die Protestversammlung in der Mittagspause durchführen, um „keine Schärfe in die Auseinandersetzung zu bringen“ wegen eines möglichen Warnstreiks.

Trotz einer sehr schwachen und sporadischen Mobilisierung versammelten sich in Kiel in allen drei Werken ca. 1000 Kollegen. VLK-Leiter Frach hielt eine kleine Rede und ließ anschließend eine äußerst dürftige Resolution verabschieden. Nach 10 Minuten war alles vorbei.

Anderntags entblödete Frach sich nicht, in der reaktionären „Kieler Nachrichten“ seine „Enttäuschung“ über die „geringe Bereitschaft der Kollegen zur Protestaktion“ auszu-drücken.

So machen es gewisse Bonzen: Erst tun sie alles, um eine machtvolle Aktion zu verhindern und anschließend schieben sie den „unbewußten“ Kollegen die Schuld in die Schuhe und pöbeln sie noch öffentlich an.

Belegschaft wurde um die Früchte ihres Kampfes betrogen

Streik und Besetzung bei Demag-Pokorny abgebrochen

FRANKFURT/MAIN. — Nach zwölf tägiger Dauer hat die Belegschaft des Frankfurter Mannesmann-Demag-Werkes (ehemals Pokorny) den Streik und die Besetzung der Werkstore abgebrochen. Am Montag (10. Mai) gegen 9.00 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In der Nacht davor hatten sich die IGM-Ortsverwaltung sowie die Betriebsratspitze mit der Geschäftsleitung auf einen sogenannten Kompromiß geeinigt, der jedoch die Entlassungs- und Arbeitsplatzvernichtungspläne der Mannesmann-Bosse im wesentlichen nicht beeinträchtigt.

Der Plan der Mannesmann-Bosse, gegen den die Belegschaft am 28. April in den Streik getreten war, sah die Entlassung von 140 Kollegen (Gesamtbelegschaft: 600) und die Verlagerung des Bereichs Drucklufttechnik in das Werk Simmern vor. Das Verhandlungsergebnis, das nun zum Abbruch des Streiks geführt hat, ändert daran nichts Entscheidendes.

36 der von den Entlassungen betroffenen Kollegen sollen nun in anderen Mannesmann-Betrieben einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Bei den anderen Entlassungen sollen „bevorzugt“ solche Kollegen in Betracht gezogen werden, die das 39. Lebensjahr erreicht haben. Für sie soll ein Sozialplan ausgehandelt werden.

Weiter verpflichtete sich die Geschäftsleitung, die im Verlauf des Streiks als Maßregelung ausgesprochene fristlose Entlassung von 18 Kollegen zurückzunehmen; ebenso auch alle Abmahnungen (diese waren allen Streikenden zugestellt worden).

Eine Bezahlung der Streiktage wurde nicht vereinbart. Stattdessen soll jeder Streikteilnehmer einen Vorschuß von 2000 Mark erhalten, der mit dem Urlaubsgeld verrechnet werden soll.

Man kann dieses Ergebnis auf keinen Fall — wie es die DKP-Zeitung „UZ“ tut — als Erfolg für die Belegschaft werten. Das ist vielmehr eine bittere Niederlage! Und zwar eine Niederlage, wie sie angesichts der Kampfbereitschaft der Streikenden und der Tatsache, daß es der IGM durchaus möglich gewesen wäre, Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben zu organisieren (wenn die Gewerkschaftsführung dies nicht sabotiert hätte), keineswegs nötig gewesen wäre!

Bestimmte Kräfte, so der 1. Bevollmächtigte der Frankfurter IG Metall, Günther Otto, oder der Sekretär der IGM-Ortsverwaltung, August Meier, orientierten bei Mannesmann-Demag von Anfang an nicht auf konsequenten Kampf zur Ver-

teidigung aller Arbeitsplätze, sondern auf Forderungen wie: „Für einen gerechten Sozialplan“.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, was hinter den Kulissen von Seiten des IGM-Hauptvorstandes getrieben wurde. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Mannesmann-Konzerns heißt schließlich Eugen Loderer! Der Verlauf des Kampfes bei Demag-Pokorny, wie er letztlich maßgeblich von den oben genannten Kräften beeinflusst wurde, steht in scharfem Kontrast zu dem Kampferfolg bei Rockwell Golde, der genau eine Woche vor Beginn des Streiks bei Demag siegreich beendet werden konnte: Die angekündigten Massenentlassungen bei Rockwell Golde (120 Kollegen wären betroffen gewesen) mußten voll zurückgenommen werden! Bei Rockwell Golde hatten die Kollegen unter der klaren Parole gestreikt: „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze“.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildeacher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walf), Buchladen „Roter Morgen“, Walf Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 36388, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollengr. 12, Eingang Clausenhalder Str., Tel.: 0231 / 632328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 18 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 433691/92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: G. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Ali-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 16, Tel.: 069 / 5971864.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 12 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F. Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karin Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesesube „Neue Zeit“, Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Platz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 18a, Tel.: 0621 / 523866.

8500 München, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 089 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432398, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4853966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Im Zuge der Massenarbeitslosigkeit und der Bestrebungen der Unternehmer, die Ausbeutung drastisch zu verschärfen, häufen sich in vielen Betrieben Fälle willkürlicher Entlassungen einzelner Belegschaftsmitglieder. Betroffene sind vorzugsweise solche Arbeiter oder Angestellte, die den Bossen als Hindernis bei ihren Rationalisierungsmaßnahmen erscheinen; sei es, weil sie zu „aufmüpfig“ sind und als „Unruheherd“ der Disziplinierung der Belegschaft im Wege stehen; sei es, daß sie — da ihre Arbeitskraft ausgelaugt oder ihre Gesundheit angeknackst ist — als „leistungsschwach“ eingestuft werden. Bekanntlich schwebt den Rationalisierungsexperten in den Chefetagen mehr und mehr das Ideal von sozusagen „olympiareifen“ Belegschaften vor. Es gibt inzwischen sogar Fälle, wo die Bosse großer Betriebe ganz offen zugeben, daß sie schwarze Listen für das „Durchfor-

sten“ der Belegschaften anlegen. Es kann keine Frage sein, daß die Betriebsräte und die Gewerkschaft solcher Willkür und solchen Methoden der Unternehmer auf das Entschiedenste paroli bieten müssen. Andernfalls untergräbt man die gewerkschaftliche Solidarität und die Fähigkeit der Belegschaften zum Widerstand. Bei Karmann in Osnabrück, einem Autowerk mit rund 6000 Beschäftigten, ist es wegen eines derartig gelagerten Falles zu schärfsten Differenzen innerhalb des Betriebsrates und der Gewerkschaft gekommen. Es ging um die Entlassung eines spanischen Kollegen. Wegen der skandalösen Haltung, die die Betriebsratsmehrheit dabei einnahm, wandte sich ein klassenkämpferisches Betriebsratsmitglied, der Kollege Harald Klausung, mit einem ausführlichen Brief an alle Vertrauensleute der IG Metall bei Karmann.

Gruppe ist voll mit ihm solidarisch. Das gilt übrigens auch für die deutschen Kollegen.

Kann eigentlich — so fragt man sich — der Betriebsratsvorsitzende, der Mitglied der IG Metall ist, die gewerkschaftlichen Grundsätze in den Dreck ziehen, ohne daß er von der Ortsleitung zur Rechenschaft gezogen wird?

Der größte Lump im ganzen Land...

Die Kumpanei des Betriebsratsvorsitzenden Nardmann mit den Bossen ging noch weiter — bis hin zum erbärmlichsten Denunziantentum. Nachdem Kollege N. gegen seine Entlassung Klage

Für eine klare Gewerkschaftspolitik bei Karmann

Der hier veröffentlichte Bericht über die Auseinandersetzung um die Entlassung des spanischen Arbeiters N. bei Karmann in Osnabrück basiert auf den Informationen, die in dem offenen Brief enthalten sind, der von Betriebsrat Klausung an alle Vertrauensleute der IGM bei Karmann geschickt wurde. Einer der Vertrauensleute schickte uns den Brief Klausungs zu, und er schrieb uns dazu unter anderem:

„...wurde uns durch den Betriebsrat Klausung der belagerte Brief übergeben, den ich Ihnen hiermit zuschicke. Ich tue das, weil ich meine, daß die darin aufgeführten Enthüllungen

über einige Betriebsräte bei Karmann an die Öffentlichkeit müssen. Ich kann als Vertrauensmann nur bestätigen, was in diesem Brief enthalten ist, auch wenn mich das Ausmaß an Sumpf und Verkommenheit doch ganz schön überrascht hat. Nicht nur bei der Neuen Heimat muß gehörig ausgeleitet werden! (...)

Es wird Zeit, daß im Vertrauenskörper des größten Osnabrücker Betriebes — immerhin 6000 Beschäftigte — klare Gewerkschaftspolitik betrieben wird. Austritt aus der Gewerkschaft oder Resignation, wie bei vielen Kollegen zu beobachten, kann kein Ausweg sein.“

Autowerk Karmann/Osnabrück: Konflikt um Entlassung eines ausländischen Kollegen

„Solidarität ist kein Karnevalsbonbon“

Der Arbeiter N. aus Spanien, um dessen Entlassung es sich handelt, war seit 20 Jahren bei Karmann in Osnabrück beschäftigt. Er hat eine sechsköpfige Familie zu versorgen.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Sache im vergangenen Jahr kurz nach dem Sommerurlaub. Gegen seinen Willen wurde Kollege N. vom Meister gezwungen, einen Teil des Arbeitstages nicht an seinem eigentlichen Arbeitsplatz zu arbeiten. Mündliche Beschwerden von N. beim Meister zeigten keine Wirkung. Deshalb wandte sich N. schließlich mit einer schriftlichen Beschwerde an den Personalausschuß des Betriebsrates.

Gleichzeitig schaltete N. auch den Betriebsrat Harald Klausung in den Fall ein.

Die Gegenseite reagierte mit neuen Schikanen. So hat man N. eines Tages willkürlich eine halbe Stunde abgezogen, weil er angeblich vorzeitig seinen Arbeitsplatz verlassen haben soll. N. wollte sich auch dies nicht gefallen lassen. Eigentlich sollte sich mit diesem Punkt zunächst die Lohnkommission befassen. Wegen der oben erwähnten schriftlichen Beschwerde des Kollegen N. hieß es dann jedoch, der Personalausschuß müßte sich auch um diesen Fall kümmern.

Was jedoch tat dieser Ausschuß, der von dem Betriebsratsmitglied Kaczmarczyk geleitet wird? Anstatt gegen die willkürlichen Maßnahmen und Schikanen zu protestieren und dem Kollegen N. zu seinem Recht zu verhelfen, wandte Kaczmarczyk sich mit einem Brief an die Personalabteilung, der in Anbetracht der Sachlage nur als Denunziation gewertet werden kann. Der Text lautet:

„Beschwerde des Arbeitnehmers N. (...) — Am 27. 8. überreichte der obige Arbeitnehmer einen Beschwerdebrief, in dem er behauptet, daß er von seinem zuständigen Meister benachteiligt behandelt wird. Wir bitten, den Sachverhalt zu klären und für Abhilfe zu sorgen!“

Diese Aufforderung, „für Abhilfe zu sorgen“, war mehr als zweideutig; zumal Kaczmarczyk zu dem Zeitpunkt, da er diesen Brief schrieb, aus der Personalakte des Kollegen N. eindeutig ersahen konnte, daß die Personalabteilung N.'s Kündigung im Schilde führte. In seinem eingangs erwähnten Brief an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute bemerkte später Betriebsrat Harald Klausung (er ist auch IGM-Vertrauensmann) hierzu: „Als Personalchef wür-

de ich jedenfalls meine Schlüsse aus diesem Schreiben ziehen!“

Betriebsratsmehrheit deckt die Entlassung

Betriebsrat Klausung versuchte unter anderem, den Betriebsratsvorsitzenden Nardmann zu überzeugen, daß die zu befürchtende Kündigung des Kollegen N. vom Betriebsrat nicht hingenommen werden dürfe. Nardmann aber meinte zynisch:

Ich frage: „Habt ihr mit dem Kollegen gesprochen? Wie sieht er die von der Firma erhobenen Vorwürfe?“ Antwort des Betriebsratsvorsitzenden (obwohl ich den Leiter des Personalausschusses gefragt hatte): „Es besteht für den Betriebsrat keine Verpflichtung, mit einem von Kündigung bedrohten Kollegen zu sprechen.“

Dieses Verhalten der Betriebsratsmehrheit bei Karmann steht, nebenbei bemerkt, in offenem Widerspruch zu diesem bezüglichen offiziellen Richt-

beim Arbeitsgericht eingereicht hatte, hielt die Personalabteilung es für geboten, noch Kündigungsgründe „nachzuschicken“. Dabei stand Nardmann den Herren Arbeiterschindern zu treuen Diensten, indem er N. denunzierte: Anfang '81 habe N. einem Arbeitskollegen während der Arbeitszeit die Haare geschnitten. In dem Klagezurückweisungsschreiben der Firma Karmann heißt es dazu: „...erfuhr die Beklagte erst einige Monate später (also erst nach der Kündigung — RM)



„Sehr interessant, mal wieder etwas von N. zu hören; wenn sein Fall wieder auf den Tisch kommt bei uns, dann schwör ich dir, daß sich ganze drei Finger für ihn heben werden; ich werde einer von denen sein, die sich enthalten, denn ich bin ja persönlich befangen.“

Zwei Wochen nach dieser Unterredung war die Sache dann auch schon auf dem Tisch. N. sollte gekündigt werden. Die Vorwürfe gegen ihn: Bewußte Minderleistung, vorzeitiges Verlassen des Arbeitsplatzes usw. Bei der Abstimmung im Betriebsrat, ob dagegen Widerspruch eingelegt werden sollte, trat genau das ein, was Betriebsratsvorsitzender Nardmann angekündigt hatte. Kollege Klausung schilderte die Situation auf der Betriebsratssitzung so:

„Und in der Diskussion vor der Abstimmung (wenn man dazu überhaupt Diskussion sagen kann): Eine Mauer von Ablehnung. Argumente? Zwecklos! Man hatte den Eindruck, daß das Ergebnis schon vorher feststand, als ob sich die entscheidenden Betriebsräte (nicht nur die vom Personalausschuß) schon vor der Sitzung getroffen hätten.“

linien und Stellungnahmen der IG Metall, in denen betont wird, daß der Betriebsrat vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus selbst dann gegen derartige Kündigungen auftreten muß, wenn es sich bei dem Betroffenen um einen Kollegen handelt, der als Querulant gilt. Von Letzterem aber kann im Falle des Arbeiters N. bei Karmann überhaupt keine Rede sein. Nicht umsonst ist N. bei seinen Arbeitskollegen beliebt und seine

durch den Betriebsratsvorsitzenden bei der Beklagten, Herrn Nardmann, daß es sich bei dem „Friseur“ um den Kläger gehandelt hat.“

Kollege Klausung schrieb dazu: „Wenn das alles nicht so traurig wäre, dann könnte man direkt lachen, was der Arbeitsrichter auch tatsächlich tat.“

Bevor es nun aber zu der eigentlichen Arbeitsgerichtsverhandlung kam, stellte der Rechtsanwalt des Kollegen N.



den Antrag, daß Karmann mit einer einstweiligen Verfügung verpflichtet werden soll, N. einstweilen, bis zum Urteilspruch des Arbeitsgerichtes, weiterzubeschäftigen. Mit Erfolg! Dies, obwohl ein solcher Antrag normalerweise überhaupt nur dann eine Chance hat, wenn der Betriebsrat der Kündigung widersprochen hat.

Kollege N. konnte also an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Er wurde von seinen Kollegen mit großem Hallo empfangen.

Der größte Hammer...

Die Karmann-Bosse gaben sich aber nicht geschlagen. Gegen die einstweilige Verfügung reichten sie Berufung ein. Am 18. Januar, als darüber dann vor dem Landesarbeitsgericht in Hannover verhandelt wurde, erschien dort der Arbeitsdirektor von Karmann, Herr Henneken, höchstpersönlich. Die Verhandlung machte allerdings jedem Beteiligten klar, daß der Entscheid der Richter mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nur lauten konnte: Zurückweisung der Beschwerde von Karmann gegen die einstweilige Verfügung.

Das Gericht schlug jedoch zunächst folgenden Vergleich vor: Karmann zieht die Kündigung zurück; N. erklärt sich bereit, sich fortan auf der Gegenseite beschäftigen zu lassen, wegen seinem gespannten Verhältnis zu seinem bisherigen Meister.

Nach einigem Zögern nahm auch die Firma diesen Vergleich an, womit die Kündigung gegenstandslos geworden war. Das heißt aber nicht, daß die Karmann-Bosse jetzt endgültig kapituliert hätten. Vielmehr wurde N. kurze Zeit später erneut gekündigt.

Und zwar dienten als Begründung jetzt genau jene angeblichen Verfehlungen, die N. nach seiner Wiedereinstellung zwischen erster Kündigung und Vergleich begangen haben soll, und die von Karmann den Landesarbeitsrichtern in Hannover vorgetragen worden waren, auf welche sie jedoch alles andere als überzeugend gewirkt hatten. Zudem waren diese „Entlassungsgründe“ damals dem Gericht seitens der Firma als „Entwurf einer Abmahnung“ vorgelegt worden.

Der größte Hammer aber kommt erst. Man hätte doch annehmen können, Betriebsratsvorsitzender Nardmann und seine Gefolgschaft würden wenigstens jetzt — durch Erfahrung gewitzt — Widerspruch gegen diese zweite Kündigung einlegen. Aber nein! Weit gefehlt! Diesmal stimmten sie der Kündigung sogar zusätzlich noch ausdrücklich zu! Und das, obgleich eine ausdrückliche Zustimmung des Betriebsrates zu

Kündigungen vom Gesetz gar nicht vorgesehen ist.

Aus guten Gründen ist die IG Metall prinzipiell dagegen, daß Betriebsräte — in welchem Fall auch immer — ihre Zustimmung zu Kündigungen aussprechen. In einer entsprechenden Broschüre der Gewerkschaft heißt es zu dieser Problematik: „Denn eine Zustimmung kann vom Betriebsrat nicht verlangt werden. Sie ist im Gesetz nicht vorgesehen.“

Es wird der falsche Eindruck erweckt, daß der Betriebsrat ein echtes Mitbestimmungsrecht und damit die Möglichkeit habe, durch sein Veto eine Kündigung zu blockieren. Das ist aber gerade nicht so.“

„Gewerkschaftliche Solidarität ist kein Karnevalsbonbon“

Betriebsrat Klausung kommentierte das Verhalten von Nardmann, Kaczmarczyk und Gefolgschaft in seinem Brief an die Vertrauensleute wie folgt:

„Und ich möchte an dieser Stelle einige Betriebsräte, die aus Opportunismus oder falsch verstandener Solidarität dieses Spiel mitgemacht haben, fragen: Jetzt — nach einigen Wochen Abstand — ist es da nicht klar, wie schlimm diese Entscheidung war? In der Sache N., da geht es doch nicht nur um ein einzelnes Arbeiterschicksal. Es geht hier auch um mehr als „lediglich“ — was schon empörend genug ist — um die Existenz einer sechsköpfigen Familie. Hierbei ging und geht es um die prinzipielle Frage: Stellt sich der Betriebsrat ganz konsequent gegen unsoziale und ungerechte Unternehmerentscheidungen — oder unterstützt er sie?“

Heute ein einzelner Kollege, dessen „Verbrechen“ einzig und allein darin besteht, daß er sich beschwert hat. Morgen fünfzig „Krankheitskündigungen“ auf einen Schlag. Übermorgen eine dicke Massenentlassung...

Gewerkschaftliche Solidarität ist kein Karnevalsbonbon —, der eine bekommt es, der andere bekommt es nicht und hat Pech gehabt. Und sollte jetzt jemand fragen: Warum sollten denn einige Betriebsräte und Gewerkschafter einem andern IGM-Mitglied und Mitglied der spanischen Bruderpartei der SPD so etwas antun? — Nun ja, diese Frage müssen sie schon selbst beantworten.“

Abschließend heißt es in dem Brief des Betriebsrates und IGM-Vertrauensmannes Harald Klausung:

„Ich behalte mir vor — dazu muß ich noch einige weitere belastende Informationen auswerten — gegen die Kollegen Nardmann und Kaczmarczyk ein „Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ (§ 11 der Satzung) zu beantragen.“

Warnstreiks der Zivilbeschäftigten bei ausländischen Truppen

„Rädelsführer sind vom Gelände zu geleiten“

HEIDELBERG. — Zu zahlreichen Warnstreiks kam es in der vergangenen Woche im Rahmen der Lohnrunde für die Zivilbeschäftigten bei den sogenannten „Stationierungstreitkräften“ (hier stationierte ausländische NATO-Truppen). Dabei versuchte das in Heidelberg ansässige US-Hauptquartier für Europa die Kollegen unter Mißachtung deutschen Rechtes an der Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Rechte zu hindern und Protestaktionen zu unterdrücken.

Sie führen sich auf wie Besitzer, unsere sogenannten Verbündeten mit ihren hier stationierten Truppen, insbesondere die US-Generäle. Das zeigt sich beispielsweise darin, wie sie die bei ihnen beschäftigten deutschen Zivilisten behandeln. Sogar das Manager-Magazin „Wirtschaftswoche“ schrieb dazu unter der Überschrift „Zustände wie im Mittelalter“: „Trotz miserabler Bezahlung und teilweise unzumutbarer Arbeitsbedingungen arbeiten über 110000 Deutsche bei den Alliierten, vor allem in strukturschwachen Gebieten.“

Die Bonner Regierung allerdings hat diese Praktiken stets gedeckt, und die deutschen Behörden stellen sich blind und taub. Vor einem Jahr, als die zivilen Kraftfahrer in verschiedenen Standorten der Stationierungstruppen gegen eine angekündigte Lohnkürzung von bis zu 12 Prozent streikten und demonstrierten, wurde überhaupt zum ersten Mal eine gewisse Öffentlichkeit über diesen Bereich hergestellt.

Auch in diesem Jahr kam es wieder zu Protestaktionen. In Hessen und Bayern legten mehrere tausend Zivilbeschäftigte am 30. April und am 4. Mai für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Auch mit Demonstrationen machten die Kollegen ihrer Empörung über das 3,2-Prozent-Angebot Luft, das angesichts der teilweise extrem niedrigen Löhne und Gehälter eine reine Provokation war.

Die ÖTV forderte 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt, wobei sie für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine überdurchschnittliche Anhebung verlangte. Weitere Forderungen waren unter anderem: Die Ver-

besserung der Arbeitsbedingungen und Löhne des Wachpersonals und ein inhaltliches Angebot zum Abschluß des Tarifvertrages über Arbeitsplatz und Einkommenssicherung noch vor den Sommermonaten. Inzwischen ist es zu einer Einigung gekommen: Die Löhne und Gehälter werden ab März um 4,2 Prozent erhöht.

eine Aktion der Beschäftigten (Streik oder Protestaktion) legal oder illegal sei, werde ausschließlich von dem Heidelberger US-Hauptquartier getroffen. „Illegale“ Aktionen würden „nicht geduldet“.

Unabhängig davon, ob eine Aktion als legal oder illegal eingestuft werde, müßten jedoch bei Aktionen „Maßnah-



„Protestierende Angestellte und Rädelsführer sind vom Gelände zu geleiten“. Trotz skandalöser Drohungen durch die amerikanischen Militärs streikten und demonstrierten die Zivilbeschäftigten für ihre Forderungen. Unser Foto zeigt den Warnstreik der Kollegen bei US-Militäreinrichtungen in Fulda am 4. Mai.

Von den anderen Forderungen war nicht mehr die Rede. Dieses Ergebnis ist auf keinen Fall befriedigend, zumal die besondere Lage der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nun doch nicht berücksichtigt wurde.

Im Zusammenhang mit dem Tarifkonflikt erlaubte sich das Hauptquartier der in Europa stationierten US-Streitkräfte eine unerhöhte Provokation. In einem Fernschreiben an alle Dienststellen wurden die Kommandeure mit Anweisungen versehen, die auf typisch amerikanische Willkürmethoden bei der Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten hinauslaufen.

In diesem Fernschreiben heißt es, die Feststellung, ob

men ergriffen“ werden, falls diese verbunden seien mit dem Blockieren von Anlagen oder mit Demonstrationen und Streikposten „innerhalb von US-Installationen“.

Zu den Maßnahmen, die genannt werden, zählt auch das Anfordern der Hilfe der deutschen Polizei. Deutsche Polizei

müsse unter anderem dann angefordert werden, „wenn die Rädelsführer oder protestierenden Angestellten sich weigern, dem Aufruf zum Verlassen des Geländes Folge zu leisten“; desgleichen, „wenn Sympathisanten durch eine industrielle Aktion oder Aktivitäten (Streiks und Demonstrationen, RM) Zutritt zu oder Ausgang von der Installation zu erzwingen versuchen“.

Für den Fall, daß „die Unterstützung durch die deutsche Polizei nicht rechtzeitig erhalten werden kann“, — so heißt es außerdem in der Anweisung — „ist US-Personal einzusetzen, um die protestierenden Angestellten und Rädelsführer vom Gelände zu geleiten.“

ÖTV-Funktionäre protestierten scharf gegen diese unerhörten Anweisungen, die schon in der Wortwahl („Rädelsführer“) Gewerkschafter zu Kriminellen stempeln. Außerdem protestierten sie dagegen, daß in

Übereinstimmung mit weiteren Passagen des zitierten Fernschreibens streikwillige Beschäftigte bei den US-Streitkräften in Fulda mit Entlassung bedroht wurden, falls sie sich an Warnstreiks beteiligen würden. In Fulda kam es übrigens trotz dieser Drohungen zu einem Warnstreik.



„MaK-Motor“

Betriebszeitung der KPD bei MaK in Kiel

„Heraus zum 1. Mai“ lautete die Schlagzeile auf der Titelseite der ersten Ausgabe des „MaK-Motor“. Diese Ausgabe ist also noch im April verteilt worden. Das bedeutet, daß unsere Aufzählung aus dem vorletzten „Roten Morgen“ schon wieder überholt ist: Nicht nur sieben sondern sogar acht neue Betriebszeitungen der KPD sind von Jahresbeginn bis Ende April herausgekommen. Einschränkung ist allerdings hinzuzufügen, daß der „MaK-Motor“ so total neu nun auch wieder nicht ist. Es gab ihn nämlich bereits früher schon. Zunächst als Betriebszeitung der KPD bis zu deren Verbot durch die Adenauer-Regierung; danach brachte die neuentstandene KPD/ML den „MaK-Motor“ wieder heraus; jedoch erschien die Zeitung dann seit 1976 nicht mehr; jetzt aber (unsere Partei nennt sich inzwischen wieder KPD) gibt es ihn wieder, den „MaK-Motor“! Wir hoffen, daß er sich als echter Motor für den Kampf der MaK-Belegschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung erweisen wird.

MaK in Kiel ist ein 100prozentiges Tochterunternehmen von Krupp. Der Betrieb hat rund 4000 Beschäftigte. Er umfaßt die Bereiche Motorenbau, Panzerbau und Lokomotivenbau. Gegenwärtig macht die Rüstungsproduktion 60 Prozent der Gesamtproduktion aus, wobei die Tendenz zugunsten des Rüstungssektors weiter ansteigend ist.

Berichtigung

Bei dieser Gelegenheit sei hier gleich noch eine Berichtigung geleistet. Im vorletzten RM wird durch eine Graphik in Verbindung mit der Überschrift „Sechs neue Betriebszeitungen seit Jahresbeginn“ ein Mißverständnis provoziert. In der Graphik sind mehrere Betriebszeitungen der Partei abgebildet, allerdings gerade nicht, die in diesem Jahr Neuausgaben, sondern verschiedene andere Betriebszeitungen der Partei. Aus dem Text geht allerdings hervor, daß die abgebildeten Zeitungen mit den Neuausgaben nicht identisch sind (siehe RM, Nr. 17, S. 4).

Chemie-Tarifrunde

Tarifrentenmodell geplatzt — was nun?

HAMBURG. — Das Tarifrentenmodell der IG-Chemie-Führung ist geplatzt wie eine Seifenblase. Durch die Schuld der Hauenschild, Rappe und Mettke stehen die Chemiewerker jetzt äußerst schlecht vorbereitet vor einer schweren Lohnauseinandersetzung.

Da das Tarifrentenmodell von der IG-Chemie-Führung derart ausgerichtet war, daß es mit einem Lohnverzicht gekoppelt und zudem mit Einbußen bei der Rente für die betroffenen 58-jährigen Kollegen verknüpft war, gab es an der gewerkschaftlichen Basis dafür logischerweise überhaupt keine Unterstützung.

Die Unternehmensverbände lehnen die Tarifrunde aus prinzipiellen Gründen ab. Auch der Arbeitsring Chemie hielt sich an diese grundsätzliche Position. Um diesen Widerstand zu brechen, wäre natürlich ein starker Druck notwendig gewesen. Für das faule Konzept der IG-Chemie-Führung jedoch hätte sich die Basis nicht mobilisieren lassen, selbst wenn die Bonzen dies ernsthaft versucht hätten.

Jetzt steht die IG Chemie vor dem Scherbenhaufen, den die verfehlte Politik ihrer Führung verursacht hat. Man steht in einer ungünstigen Ausgangsposition vor einem schweren Lohnkonflikt und ist wegen der Bauchlandung mit dem Tarifrentenmodell äußerst schlecht vorbereitet. Um so mehr ist jetzt die oppositionelle Initiative von der Basis her notwendig, um noch das Beste aus der Situation zu machen. Resignation ist jedenfalls kein Ausweg!

In einem Flugblatt der RGO in der IG Chemie in Hamburg, das kurz vor dem 1. Mai verbreitet wurde, heißt es zu der jetzigen Situation:

„Der Hauptvorstand hat uns in eine sehr schwierige Tarifrundensituation hineinmanövriert:

- Während in anderen Gewerkschaften über die Sicherung des Reallohnes diskutiert wurde, haben wir in der IG Chemie unsere Zeit mit Projektschmieden veran und stehen nun, mitten in der Tarifrunde, mit leeren Händen da.

- Durch das völlig undemokratische Durchpeitschen des Rentenmodells von oben nach

unten haben sie noch mehr Kollegen von der Gewerkschaftsarbeit abgeschreckt.

- Durch ihr sang- und klangloses Untergehen bei den Verhandlungen verbreiten sie Resignation in den Gewerkschaftsteilen.

Auf diese Weise zersetzt der Hauptvorstand die IG Chemie. Er gängelt und bevormundet die aktiven Funktionäre. Er lähmt und untergräbt die Kampfkraft

der ganzen Gewerkschaft. (...)

Es stehen 4,2 Prozent als Vorgabe der IG Metall im Raum. Das wäre bereits ein kräftiger Reallohnabbau und das ist nicht zu akzeptieren.

Wir müssen mehr herausholen und den jährlichen Abwärtstrend im Abschluß stoppen und so die Strategie der Unternehmer durchbrechen. Das bedeutet nach dem 4,9-Prozent-Abschluß vom letzten Jahr einen Abschluß von mindestens 5 Prozent und kein Zehntel darunter. Nur so etwas könnte man unter den gegebenen Umständen noch als Erfolg einstufen.“

Schornsteinfegergesellen im Tarifkampf

Unternehmer weiten Aussperrung aus!

Saarbrücken/Münster. — Die Schornsteinfegergesellen kämpfen seit Monaten für einen besseren Manteltarifvertrag, insbesondere für mehr Jahresurlaub. Brutal versuchen die Unternehmer, sie in die Knie zu zwingen. Mit fristlosen Entlassungen und mit Aussperrungsmaßnahmen, die sie jetzt ausgeweitet haben.

Anfang April hatten die Unternehmer alle 74 Schornsteinfegergesellen Bremens, die dort in einen Streik getreten waren, fristlos entlassen. Die Kollegen beschlossen, als Antwort auf diese brutale Massen-Maßregelung in den unbefristeten Schwerpunktstreik zu treten. Der Streik in Bremen dauert nun bereits seit rund anderthalb Monaten an.

Die Schornsteinfeger-Innung reagierte mit weiterer Brutalität. Ende April ließ sie die 91 Gesellen im Regierungsbezirk Karlsruhe aussperrten. Auf diese Weise hofft man wohl, den Kampfwillen der 5500 Gesellen zu brechen. Da diese aber nicht nachgeben, wird der Aussperrungsterror jetzt hemmungslos ausgeweitet.

Die rund 300 Gesellen des Saarlandes sowie des Regierungsbezirks Münster sind die neuesten Aussperrungsoffer. Diese Ausweitung des Unternehmerterrors erfolgte am 4. Mai. Ferner hat die Innung für die nächste Woche Aussperrung in den Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Köln angekündigt.

Diese Maßnahmen der

Schornsteinfeger-Innung sind eine Provokation gegenüber dem DGB. Hier wird die Unternehmerrmacht über die Lohnabhängigen skrupellos ausgespielt, um einen berechtigten gewerkschaftlichen Kampf niederzuwalzen. Die Unternehmer können sich hierfür eine gewerkschaftsfeindliche Rechtsprechung zunutze machen, die durch Legalisierung des Terrorinstrumentes Aussperrung das Streikrecht aushöhlt.

Solidarität mit den 5500 Schornsteinfegergesellen tut jetzt dringend not! Wo bleiben die Proteste des DGB? Es wird höchste Zeit, daß durch gewerkschaftliche Aktionen und Aufklärungsarbeit das Vorgehen der Unternehmer öffentlich angeprangert wird!

Lohnrunde in der Wohnungswirtschaft

„... klar, daß Aktionen stattfinden müssen“

Hamburg (Arbeiterkorrespondenz vom 29.4.82). — Ich bin beschäftigt bei der SAGA, Hamburgs größtem gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Alleiniger Aktionär ist der Senat.

Bei der SAGA arbeiten rund 1000 Kolleginnen und Kollegen. Die HBV-Betriebsgruppe ist mit ca. 250 Mitgliedern im Vergleich zur gesamten Wohnungswirtschaft gut organisiert. Die Vertrauensleute sind in letzter Zeit gut besucht. Ich selbst bin Vertrauensmann.

Ein Kollege von uns ist in der großen Tarifkommission. Dadurch sitzen wir an der Quelle, was Informationen betrifft. Letzte Woche informierte uns dieser Kollege bei einer kurzen Zusammenkunft über die erste Verhandlungsrunde.

Wir, ein Teil des Vertrauensleutekörpers, beschlossen, sofort etwas zu unternehmen. Wir fertigten bis zur Mittagspause ein Plakat, das in der Kantine aufgehängt wurde. Darin wurde direkt ein Vorstandsmitglied angesprochen, das auf Arbeitgebersseite in der Tarifkommission ist.

Bis Betriebsschluß fertigten

wir beiliegendes Flugblatt, das uns die HBV noch druckte, so daß wir es gleich am nächsten Morgen verteilen konnten. Das Flugblatt hat einen guten Schluß, der sich klar für Aktionen ausspricht.

Nächste Woche ist Vertrauensleuteversammlung. Da gilt es, alle Vertrauensleute zu informieren und eine Mehrheit dafür zu bekommen, daß eine außerordentliche Betriebsversammlung zur Tarifrunde stattfindet. Mal sehen. Wenn nicht, müssen wir noch weiter unten ansetzen, z. B. eine Unterschriftensammlung.

Auf jeden Fall ist klar geworden, daß Aktionen stattfinden müssen, das ist das Entscheidende! Stillhalten und Abwarten bringt nichts, das wurde klar!

(Anmerkung der Redaktion: Das erwähnte Flugblatt der SAGA-Vertrauensleute schließt mit dem Aufruf: „Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt unsere defensive Haltung aufgeben. Wir müssen durch Aktionen für unsere Forderungen einreten und fordern daher zunächst eine zusätzliche Betriebsversammlung.“)

Entführungsfall Mina Hölzel

Noch immer keine öffentliche Fahndung

HEILBRONN. — Fast drei Wochen ist es her, daß in Heilbronn die Hausfrau Mina Hölzel, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg der Volksfront, von deutschen und türkischen Faschisten entführt und gefoltert wurde. Die Verbrecher wollten erreichen, daß die Volksfront ihren Kampf gegen die ausländerfeindliche Hetze und Umtriebe einstellt.

Noch immer verweigern die Polizeibehörden eine öffentliche Fahndung nach den Tätern, von denen ihnen eine Beschreibung vorliegt, die Mina Hölzel aus dem Gedächtnis machen konnte. Jeder Tag, der ohne eine solche Fahndung vergeht, begünstigt das Untertauchen bzw. die Tarnung der Faschisten und ermutigt sie natürlich dazu, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen.

An der absoluten Gewaltbereitschaft dieser Leute kann nach der Mißhandlung Mina Hölzels kein Zweifel mehr bestehen. Und daß noch schlimmere Gewalttaten vorgesehen sind, läßt sich aus den Drohbrieffen der Nazis entnehmen: „Dein Vernichtungskommando“ zeichneten sie einen davon.

Wären nicht gerade die Faschisten Urheber dieses Verbrechens, ginge es nicht gerade gegen Antifaschisten, die die von den Herrschenden selbst geschürte Ausländerfeindlichkeit bekämpfen — der Skandal hätte in dicken Lettern die Frontseiten der Tageszeitungen geziert. Hier aber geschah nichts davon. Fast die gesamte überregionale

Presse schweigt dazu oder bringt nur nichtssagende kurze Notizen. Ein weiteres Zeichen dafür, wie weit die Ausrichtung der Presse bei uns bereits vorangeschritten ist.

Die Antifaschisten in Heilbronn versuchen mit allen ihnen

zur Verfügung stehenden Mitteln, das Schweigen zu durchbrechen und verfälschende Presseberichte richtigzustellen. (In der „Heilbronner Stimme“ vom 29.4. zum Beispiel ließ Kripo-Chef Gerd Bornschein verlauten, er wolle „jedoch nicht

ausschließen, daß die Entführungsgeschichte vielleicht doch nicht so gelaufen ist, wie dargestellt“. Im übrigen werde der Fall „behandelt wie jeder andere auch, wir machen da keine Unterschiede“. — Beleidigungen für die Nazi-Opfer, Lügen für die Öffentlichkeit!)

Auf die Unfähigkeit der Polizei reagierten die Antifaschisten mit der Einrichtung eines eigenen Ermittlungsausschusses. Dieser ist unter folgender Adresse zu erreichen: H. Stockmar, Postfach 3106, 7100 Heilbronn.

Die Entführung Mina Hölzels ist ein Zeichen dafür, wie weit die Faschisten heute bereits zu gehen bereit sind. (Es sollte dabei erwähnt werden, daß eine Beteiligung z. B. des türkischen Geheimdienstes nicht auszuschließen ist). Sie ist eine Mahnung zum verstärkten Widerstand. Sie zeigt weiterhin eindeutig, daß die westdeutschen Behörden kein Interesse daran haben, den faschistischen ausländerfeindlichen Banditen entgegenzutreten. Den Kampf gegen die Nazis und den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit in ihrem ganzen Umfang müssen wir selbst in die Hände nehmen. Jetzt erst recht!

Polizei „Interessiert sich“ für die Volksfront

Kurz vor Redaktionsschluß hatten wir noch einmal die Gelegenheit, mit einem Mitglied des Ermittlungsausschusses zu sprechen. Wie er uns mitteilte, gibt es nicht nur noch immer keine wirklichen Ermittlungen gegen die Nazis. Stattdessen deutet alles darauf hin, daß die Kripo Ermittlungen gegen die Volksfront selber führt!

Fememord-Prozeß

Nazi-Führer Kühnen im Zeugenstand

LÜBECK. — Im Fememord-Prozeß gegen fünf Faschisten der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), die ihren homosexuellen Kumpan Johannes Bügner im vergangenen Jahr auf grausame Weise umgebracht haben, wurden inzwischen führende Köpfe der Terrorvereinigung gehört. Unter ihnen Michael Kühnen und Christian Worch.



Begrüßung vor Gericht: Nazi-Aktivisten Kühnen und Geiss (rechts).

Die Solidarität zwischen den Angeklagten ist längst dahin. Vor allem der direkte Auftraggeber, Michael Frühauf, versucht sich als unschuldig hinzustellen. Er habe gar nicht an Mord gedacht, höchstens ein paar Ohrfeigen sollte Friedhelm Enk — der geständige und reuelose Mörder — dem Opfer verpassen. Enk dagegen hält an seiner Darstellung fest.

Frühauf berief sich weiter darauf, er sei bei der Aktion überhaupt nur noch dabeigewesen, weil er inzwischen auch Agent des Verfassungsschutzes geworden war; er habe sich beim Beobachten als dessen Mann ge-

zeigt. Der Heilbronner Kripo-Chef schon mit seinen zitierten Bemerkungen gegenüber der örtlichen Presse, daß er versuchen will, die Glaubwürdigkeit der gefolterten Antifaschisten in Zweifel zu ziehen, so versucht seine Behörde inzwischen immer deutlicher, den Anschein zu erwecken, der ganze Vorfall habe gar nicht stattgefunden, sondern das sei alles eine Inszenierung der Volksfront selber gewesen. Das ist der Gipfel der Unverschämtheit. In seiner Dreistigkeit ist dies Verhalten der Kripo sicher auch darauf angelegt, Mina Hölzel und die Heilbronner Antifaschisten sprachlos zu machen, besonders natürlich bei Mina und ihrer Familie Verzweiflung und Resignation hervorzurufen. Das aber wird ihr nicht gelingen!

Die Kripo tritt also schon fast wie ein Partner der Faschisten auf, der das von ihnen begonnene Werk fortsetzt. Und statt gegen die Faschisten zu ermitteln, zeigt sie plötzlich ein merkwürdiges „Interesse“ an der Volksfront, versucht die Organisation auszuspiionieren, angefangen bei den Freunden der Familie Hölzel, und möglichst viele Daten in ihre Kartei zu bekommen.

Der Ermittlungsausschuß hat sich zum Ziel gesetzt, dieses unerhörte Verhalten der Polizei öffentlich durchschaubar zu machen.

Der Ermittlungsausschuß hat uns gebeten, einen Teil der Personenbeschreibung der Täter, die auf einer Pressekonferenz am 30.4. vorgelegt wurden, zu veröffentlichen und besonders unsere Leser im süddeutschen Raum um Mithilfe zu bitten. Es handelt sich um die Frau, die bei den Verhören und Mißhandlungen aktiv war.

Nationalität: deutsch
Alter: 28 bis 30 Jahre
Größe: ca. 170 cm
Haare: sehr lang, glatt, schwarz, nach hinten zu einem Pferdeschwanz zusammengefaßt

Gesicht:

Figur:

Hände:

Bekleidung:

Sprache:

Besonderheiten: stark und süß parfümiert, rauchte anfänglich lange Zigarillos ohne Mundstück

Das Auto, mit dem Mina Hölzel aus Heilbronn herausgeschafft wurde, ist ein fünftüriger ockerfarbener Kombi (wahrscheinlich ein Ford). Erkannt wurde ein Teil des Kennzeichens: S-M 62. Sehr sauber. Keine Kopfstützen. Stand am Mittwoch, 21.4. um ca. 12 Uhr in der Bushaltestelle gegenüber der „Harmonie“. Im Fond saßen zwei Männer in schwarzen Lederjacken (wahrscheinlich Ausländer).

Der Ermittlungsausschuß bittet auch um Meldungen, falls sich ähnliche Vorfälle bereits anderswo ereignet haben.

Also: Helft mit! Das schmutzige Spiel der Kripo darf nicht aufgehen!

Auch wenn sich der Staatsanwalt nicht durchsetzte:

Empörendes Urteil gegen Peter Jaszczyk

ESSEN. — Der Prozeß gegen Peter Jaszczyk, seine Ehefrau und drei weitere Kollegen (vgl. letzten RM) ist zu Ende. Peter Jaszczyk soll 6000 Mark Strafe zahlen, die anderen wurden freigesprochen.

Zwei Jahre Gefängnis hatte der Staatsanwalt gegen den Opel-Betriebsrat beantragt, der sich nicht als Verfassungsschutz-Spitzel anwerben lassen wollte. Zwei Jahre auch für einen der Mitangeklagten. Dabei hatte sich die Aussage des Agentenwerbers Koentgen alias Madler als durch und durch verlogen herausgestellt, wie sowohl der Staatsanwalt selbst als auch in noch weitergehendem Ausmaß das Gericht feststellen mußte. Zu den Falschaussagen gehörte auch die Benennung von Personen als angebliche Mitäter bei der vorgeblichen „Folterung“ des Agenten, die sich erwiesenermaßen außerhalb der Stadt aufhielten, als Peter Jaszczyk zusammen mit seinen Kollegen den Spitzel enttarnte.

Das genaue Ausmaß der Lügen wurde nicht bekannt, weil die Öffentlichkeit bei den interessanten Aussagen des Agenten ausgeschlossen war.

Das Gericht sah es nun lediglich als erwiesen an, daß Koentgen für seinen ungeheuerlichen Versuch, einem Betriebsrat seine Ehre abzukaufen und ihn dazu zu bringen, seine Kollegen zu bespitzeln, zwei bis drei Ohrfeigen eingefangen habe. Und die sollen pro Stück 2000 Mark kosten. „Das ist kein politischer Prozeß“, ließ man versichern, nicht die Gesinnung des Angeklagten, sondern eine Straftat sei geahndet worden.

Das ist schon ein starkes Stück.

Wenn so ein krimineller Spitzelwerber auf jemanden stößt, dessen Gesinnung schmutzig genug ist, sich kaufen zu lassen — dann wird dieser

nicht bestraft, sondern steht unter staatlichem Schutz.

Wenn er dann selber seiner kriminellen Praxis nachgeht, wird er dafür entlohnt. Schließlich handelt er im Auftrag seiner staatlichen Auftraggeber.

Der Anstifter zu diesen Taten, eben der Werber, wird womöglich nach längerer erfolgreicher Anstiftung zu solch kriminellen Handlungen befördert.

Und mal ehrlich, ganz abgesehen von dem konkreten Fall, um den es hier geht — kann man sich mit zwei bis drei Ohrfeigen für eine derartige Beleidigung entschädigen, wie sie ein derartiger Antrag darstellt? — Sicher nicht. Aber ein Verständnis für Arbeitererehre geht den bundesdeutschen Justizangestellten schon von Berufs wegen ab.

Was nun die Enttarnung des Spitzels, die Peter Jaszczyk zusammen mit seinen, von ihm vor Gericht übrigens nie namentlich genannten, Kollegen betrifft, die vom Verfassungsschutz mit Absegnung durch das Innenministerium als „Folterung“ durch die gesamte bürgerliche Presse gezogen wurde, so war sie unbedingt notwendig. Denn es ist ja klar, der Staat, der die Spitzel auf dich ansetzt, der bietet dir keinen Schutz vor ihnen. Und wenn so einer sich an dich hermacht, und du tust nichts — du brauchst gar nicht auf ihn einzugehen — dann wird er immer versuchen, dich zu erpressen. Auch unfreiwillige Kontakte zu diesen Leuten sind hochgefährlich. Wenn man sicher gehen will, daß sie einen nicht zumindest ins Gerede bringen — etwa aus Rache für eine mißlungene Anwer-

bung — dann muß man die Geschichte unter Zeugen bereinigen. Genau das hat Peter Jaszczyk getan, und das war auch eine Maßnahme des Selbstschutzes.

Für uns, für alle Kollegen, liefern die auf diese Maßnahme folgenden Ereignisse wichtige Erkenntnisse.

Vor allem diese: Der Verfassungsschutz treibt sich nach wie vor in den Betrieben herum. Er versucht nach wie vor, Betriebsratsarbeit auszuforschen, kämpferische Kollegen namhaft zu machen und ihre Daten in seine Karteien zu bekommen, den Kapitalisten in ihrem Bemühen um „Ruhe im Betrieb“ hilfreich zur Seite zu stehen.

Und den Worten der Politiker darf man nicht trauen. Innenminister Baum, der ach so „Liberal“, der angeblich ehrliche Saubermann, hat unter anderem Millionen Fernsehzuschauern ins Gesicht gesagt, mit der Tätigkeit des Verfassungsschutzes in den Betrieben sei es vorbei. Leute wie er bestätigen die Volksweisheit, die sich in Witzen wie diesem niederschlägt: „Wann lügt ein Politiker?“ „Wenn er den Mund aufmacht!“

Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes, das hat der Prozeß unterstrichen, ist kriminell und menschenfeindlich, gegen alle aufrechten Menschen gerichtet. Ihm muß das Handwerk gelegt werden. Er muß vor allem aus den Betrieben verschwinden. Koentgen und seinesgleichen gehörten auf die Anklagebank, nicht ihre Opfer oder Gegner! Das Urteil gegen Peter Jaszczyk ist ein empörender Angriff auf jeden ehrlichen Kollegen, den wir entschieden verurteilen!

Aufruf Bundesweites Arbeitstreffen Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gleichberechtigung

Begrenzung des Familiennachzugs, Beschneidung des Asylrechts und Diskussion um „Rückkehrförderung“ sind Zeichen für eine Verschärfung der offiziellen Ausländerpolitik. Immer mehr sehen sich die Arbeitsmigranten einer künstlich hochgespielten Welle von Vorurteilen, Ablehnung und offenem Haß ausgesetzt. Auf dem Hintergrund von wachsender Erwerbslosigkeit und sozialer Unsicherheit breitet sich eine ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung aus. Diese Tendenzen sind zu einem Alarmsignal für viele Initiativen, Komitees, Vereine und Organisationen geworden, die dieser Entwicklung entgegenzutreten wollen.

Ein am 5./6. Juni 1982 stattfindendes bundesweites Arbeitstreffen in Dulsburg soll die Arbeit dieser Gruppen inhaltlich und organisatorisch stärken. In Arbeitsgruppen sollen Themen wie Asylpolitik, Ausländerbeschäftigung und Ausländerrecht, Kommunal- und Sozialpolitik, Ursachen und Konsequenzen der Ausländerfeindlichkeit, sowie die Gefahren rechtsextremer Aktivitäten diskutiert werden.

Das Arbeitstreffen soll zum Ergebnis haben:

- das Festhalten der Gemeinsamkeiten in einem Manifest gegen die ausländerfeindliche Politik und für die gleichen Rechte der ausländischen Mitbürger;
- die Schaffung einer Koordinierungsstelle;
- die Herausgabe regelmäßig erscheinender, gemeinsamer Publikationen;
- Initiativen für bundesweite Aktionen wie einer Demonstration und Veranstaltungsreihe im kommenden Herbst.

Wir müssen die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer gemeinsam durchsetzen.

Das bundesweite Arbeitstreffen soll ein Beitrag dazu sein.

Bielefeld, den 25. April 1982

Dieser Aufruf zu einem bundesweiten Arbeitstreffen „Gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gleichberechtigung“ wird von der KPD unterstützt. Genossen der KPD werden an diesem Treffen teilnehmen, das unter anderem eine bundesweite Koordinierungsstelle für Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit sowie eine bundesweite Demonstration im Herbst vorbereiten soll.

Hamburger Wahl: Zulassung der HLA stößt auf Protest

HAMBURG. — Am 7. Mai fand die zweite Sitzung des Landeswahlausschusses statt, auf der es um die endgültige Zulassung der Wahlvorschläge zur Hamburger Bürgerschaftswahl im Juni ging. Dabei kam es zu heftigen Protesten gegen die Entscheidung, auch die Teilnahme der rassistischen Liste für Ausländerstopp (HLA) abzugeben.

Staatsrat Werner Hackmann, Landeswahlleiter, mußte sich lautstarke Protestrufe gefallen lassen, als er die Zulassung der HLA verkündete und auch noch zu einem „fairen Wahlkampf“ aufrief, zu dem es gehöre, „das Recht auf Versammlungsfreiheit politisch Andersdenkender zu respektieren“.

Der Hamburger Senat hat sich also endgültig geweiht, eine politische Entscheidung gegen die Nazi-Liste, die von der NPD und ANS-Terroristen gestützt wird, zu treffen. Hackmann zog sich auf Formalien zurück: Nur die formalen Voraussetzungen seien zu prüfen gewesen; über die Verfassungsmäßigkeit einer Gruppierung habe allein das Verfassungsgericht zu entscheiden. Wobei erwähnt werden muß, daß der Senat nicht einen einzigen Schritt getan hat, um von sich aus eine Entscheidung darüber herbeizuführen. Im übrigen hätte er natürlich selber und von vornherein das Wirken einer solchen Liste unterbinden können.

Zahlreiche antifaschistische Organisationen haben schon seit langem das Verbot der HLA gefordert, darunter auch die KPD. Das Verhalten des Senats kann, wie beim Termin am 7.5. unter anderem eine Gruppe „Hamburger Jugendliche(r)“, die überhaupt nichts gegen Ausländer haben — aber dafür um so mehr gegen Nazis“ (so die Überschrift eines Flugblattes) hervorhob, „nur als Duldung neofaschistischer Umtriebe interpretiert werden“.

Gleich zu Beginn der Sitzung entfalteten Antifaschisten hinter den Vertretern der HLA Transparente mit antifaschistischen Losungen: „Wir leben gern mit Ausländern zusammen“, „Gestern die Juden — heute die Ausländer“, „Kampf dem Rassismus“, „NSDAP = NPD = HLA“.

Die Hamburger Antifaschisten werden den Kampf gegen die vom Senat begünstigten ausländerfeindlichen Aktivitäten in ihrer Stadt verstärken müssen.

„Zufällige Ähnlichkeiten“ ... zwischen HLA und NSDAP

Vor kurzem führte der NDR-Redakteur Jürgen Schröder-Jahn („extra drei“) ein Gespräch mit Vertretern der Hamburger Liste für Ausländerstopp. Dabei wurde die ideologische Übereinstimmung dieser Leute, gegen deren Wirken der Senat nichts unternimmt, mit der Hitler-Partei ganz deutlich.

Hier einige Auszüge: Schröder-Jahn: „Herr Sabrautzky, das Gründungs-Manifest der HLA zeigt, was den Ausländerstopp angeht, verblüffende Ähnlichkeit mit dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920. Sind das Ähnlichkeiten, die zufällig sind?“

Hans-Jürgen Sabrautzky (HLA): „Also wissen Sie, zu der Zeit habe ich noch gar nicht gelebt. Und ich habe mir dieses

„Unruhestifter sofort ausweisen“

Neue ausländerfeindliche Vorstöße von CDU und SPD

BONN. — Ein neuer ausländerfeindlicher Vorstoß zeigt führende Politiker von SPD und CDU in trauriger Eintracht: „Ausländische Unruhestifter“, so erklärten übereinstimmend die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth (CDU), und von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau — der eben erst stellvertretender Vorsitzender seiner Partei wurde — sollten „sofort ausgewiesen“ werden. „Mißbrauch des Gastrechts“ lautet das Stichwort.

Daß hier führende Politiker auch der SPD den Ausländern lediglich den Status von „Gästen“ zubilligen, verwundert schon nicht mehr. Diese Äußerungen sind aber eine ganz konkrete und sehr ernstzunehmende Drohung gegen ausländische Demokraten und Antifaschisten in unserem Land.

„Unruhestifter“ — so schreien die Politiker immer dann, wenn es irgendwelche Auseinandersetzungen zwischen Ausländern in Westdeutschland oder Westberlin gibt. Ganz unabhängig davon, worum es dabei eigentlich geht, Rau erneuerte diesen Standpunkt jetzt im ZDF:

„Deutschland darf kein Ersatzkriegschauplatz für Auseinandersetzungen aus anderen Ländern werden“, verkündete er.

Wie sehen denn die Tatsachen aus?

Ausländische Kollegen, Antifaschisten und Demokraten werden immer öfter von faschistischen Banden oder Geheimdienst-Agenten aus ihren Heimatländern bedroht oder angegriffen. Messerstechereien und Schlägereien werden provoziert, oft werden solche Menschen auch einfach umgebracht.

In keinem dieser Fälle bezieht der Staat Stellung gegen die Faschisten. Ausländische faschistische Organisationen, die türkischen Grauen Wölfe etwa, operieren ja auch weitgehend ungestört bei uns. Ihre Anführer werden sogar nach Mordversuchen freigelassen und nicht einmal ausgewiesen — obwohl sie in ihrer Heimat kaum etwas oder gar nichts zu befürchten hätten —, wie das vor einiger Zeit in Kiel geschah. Und schließlich arbeitet die Bundesregierung bestens mit den Regimes zusammen, die ihre Mordbuben in Westdeutschland arbeiten läßt. Solches gilt für die Türkei, aber auch etwa für Jugoslawien. Auch als vor kurzem unsere drei albanischen Genossen Opfer eines Mordanschlags des Belgrader Geheimdienstes wurden, redete man nur von „Auseinandersetzungen zwischen Ausländern“, die bei uns unterbunden werden müßten. Gegen diese Verbrecher wurde bis heute nichts Wirksames un-

ternommen.

So bleibt bei diesen Äußerungen nur die Drohung, die Opfer, die angegriffenen Antifaschisten und Arbeiter, zumal, wenn sie sich zur Wehr setzen

und die Faschisten auch etwas abbekommen, auszuweisen. Und dabei eventuell ihren Mördern erst recht in die Hände zu liefern.

Daß Rau und Späth einen Anschlag auf die Lebensrechte gerade der antifaschistischen ausländischen Kollegen vorhaben, unterstrichen sie dadurch, daß sie — im Einvernehmen mit Justizminister Schmude (SPD) — eine „Neuregelung“ des Asylrechts

forderten, die auf eine Einschränkung dieses Grundrechts hinausläuft. Die Asylverfahren sollen zum Beispiel absolut verkürzt werden, die Rechtlosigkeit der Asylbewerber soll vertieft werden. Späth unterscheidet sich hier von seinen SPD-Kollegen nur dadurch, daß er noch schneller noch drastischere Maßnahmen sehen will.

Diesen Plänen der Politiker muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden!

Hamburg: Anschlag auf KPD- Buchladen

In der Nacht vom 3. auf den 6. Mai, zwischen 2.00 und 3.00 Uhr, wurden im Buchladen Roter Morgen im Hamburger Schulerblatt eine große Schau- fensterscheibe und eine Scheibe in der Eingangstür zerstört. Die Auslagen im Fenster sind durch die Glassplitter unbrauchbar geworden.

Die Polizei behandelt den Vorfall ihren eigenen Worten zufolge als „reinen Versicherungsfall“, obwohl sie von den Hamburger Genossen darauf hingewiesen wurde, daß sie in der letzten Zeit bereits häufiger „Besuch“ von Neofaschisten hatten. Am Buchladen fanden sich auch Aufkleber der terroristischen Nazi-Bande ANS mit der Forderung nach Freilassung ihres Anführers Michael Kühnen.

Trotz Verbot
sind die Nazis
weiter aktiv

VSBD wirbt neue Mitglieder

Die faschistische Terrororganisation Volksozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD) ist offiziell seit dem 27. Januar verboten. Wir haben bereits nachgewiesen, daß ihre Mitglieder dennoch weiterhin aktiv sind. Inzwischen fühlen sie sich durch die völlig fehlenden Bemühungen der Behörden, ihrem Treiben tatsächlich Einhalt zu gebieten, derartig beruhigt und bestätigt, daß sie wieder unter voller Organisationsbezeichnung und unter der Angabe von Kontaktadressen für ihre Bande werben.

In der im norddeutschen Raum vertriebenen Zeitschrift „Die Bauernschaft“ des zur Zeit in Südafrika untergetauchten Nazi-Führers Thies Christophersen, Ausgabe März 1982, ist laut „taz“ eine solche Anzeige abgedruckt. Über eine Viertelzeile ziehen sich die Hetzparolen der Terroristen hin, werden Mitglieder — „Ob Mann, ob Frau, ob Junge, ob Mädchen“ — geworben. „Es geht um's Ganze!“ Und damit man weiß, wohin man sich als Interessierter wenden soll, steht die folgende Adresse dabei:

VSBD, Zentralbüro, z. Hd. Michael Wrosch, 8000 München 1, Postfach.

Über staatliche Maßnahmen gegen die Herausgeber der „Bauernschaft“ und gegen die VSBD ist bisher nichts bekannt. Da müssen die Antifaschisten Druck machen!



Maidemonstration in Hamburg

DVU-Versammlung gestört

STUTTGART. — Für den 9. Mai hatte die faschistische Deutsche Volksunion eine Veranstaltung im Kursaal von Bad Cannstadt angesetzt, auf der dem englischen Pseudo-Historiker und Nazi-Freund David Irving der Preis der „Deutschen National-Zeitung“ in Höhe von 10000 Mark verliehen werden sollte.

Was sich dabei abspielte, schilderten uns Stuttgarter Genossen in dem folgenden Bericht:

Die Nazi-Veranstaltung verlief nicht ungestört. Trotz kurzer Mobilisierungszeit folgten etwa 300 Antifaschisten einem Aufruf der VVN zur Gegendemonstration.

Wir hatten uns vorgenommen, den Eingang abzusperren, und das gelang auch ziemlich gut, auch wenn es dabei wie üblich zu einigen Rangeleien mit der Polizei kam. Die eintreffenden Faschisten wurden mit lauten Rufen empfangen: „Nazis raus!“

Dabei drehte einer der Faschisten durch und würgte eine Antifaschistin. Mit Faustschlägen und Tritten erhielt er sofort die gebührende Antwort. Ansonsten aber hielten sich die Rangeleien zunächst sehr im Rahmen.

So war die Empörung bei den Antifaschisten um so größer, als plötzlich eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei eingesetzt wurde, der später sogar noch eine zweite folgte. Darunter befanden sich auch sechs berittene Polizisten, die brutal in die Menge hineinritten. Einer tat sich besonders hervor, indem er sein Pferd steigen ließ und ein Transparent eroberte, das er triumphierend schwenkte. „Polizei — SA — SS!“ war die Anti-

wort der Antifaschisten.

Angesichts der Übermacht der Polizei entwickelten wir eine wirkungsvolle Taktik:

Wenn ein Nazi ankam, wurde er sofort von mehreren Demonstranten eingekreist und ohne viel Aufsehen zur Straße hin abgedrängt, bis er mit einem Schubs oder Tritt in Richtung Straßenbahn verabschiedet werden konnte.

Die Polizisten unternahmen auch öfters Ausfälle, um Nazis durchzulassen, waren aber nicht immer erfolgreich.

Noch eine Begebenheit am Rande: Einer der Nazis wurde von Jugendlichen als Mitarbeiter bei der Jugendpflege erkannt. Er wurde sofort umstellt. Sein eigener Betriebsrat, der ihm als tschechischen Emigranten selbst Arbeit besorgt hatte, versprach ihm, ihn bei der nächsten Gelegenheit feuern zu lassen.

Somit wurden viele Nazis an der Teilnahme an der Veranstaltung gehindert, und das Treffen selbst lief nicht ungestört ab. Die Polizei hingegen machte wieder einmal deutlich, auf welcher Seite sie bei der Auseinandersetzung zwischen Antifaschisten und Nazis steht.

Am 1. Mai beim Bürgermeister

Was einem so alles in den Briefkasten flattert — zum Beispiel eine Einladung zu einem Empfang für Arbeitnehmer anlässlich des 1. Mai. Tja, Herr Oberbürgermeister Burger aus Köln zeigt seine Verbundenheit mit den Arbeitern nicht nur alle fünf Jahre, zu den Wahlen, sondern sogar jedes Jahr zum 1. Mai.

Diese Verbundenheit wollte ich mir dann doch mal genauer angucken. Als ich dann das Rathaus betrat, fragte ich mich erstmal, ob ich da auch richtig gelandet bin. Circa 500 Leute waren da und fast alle in schicker Galaabendausrüstung. Arbeiter konnte ich kaum ausmachen. Und meinesgleichen waren doch tatsächlich einige da, nämlich so um die zehn Jugendliche. Ansonsten schien es

mir von gut und sehr gut verdienenden Angestellten nur so zu wimmeln.

Und los ging's. „Der Mai ist gekommen“, legte ein Chor los, aber der Mai kam nicht, dafür der Bürgermeister Burger und zeigte in einer Ansprache sein Mitgefühl für die Lage der Arbeiter. Dabei betonte er natürlich das wir, nach dem Motto: Wir sitzen alle in demselben Boot, „Begreifen wir den 1. Mai als Aufforderung, mit vereinten Kräften an der Lösung unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme mitzuwirken.“

Was er unter „wir“ versteht, wurde dann ziemlich schnell deutlich, als er von den diesjährigen „glänzenden Tarifabschlüssen“ sprach. Und Herr Burger hatte natürlich auch die

„Lösung“ des Arbeitslosenproblems in Köln, wo 9,2 Prozent momentan arbeitslos sind. Die Stadt Köln bietet den ungelerten Arbeitslosen die Möglichkeit an, auf Facharbeiter zu lernen. Hört sich gut an, nur hat die Sache einen Haken, daß auch schon zig Facharbeiter das Arbeitsamt aufsuchen. Nachdem einem über soviel Mitgefühl fast die Tränen gekommen sind, stürzte man sich erstmal aufs kalte Büfett!

Aber zuvor wagten es einige Ruhestörer der Kölner Alternativen-Fraktion in der Bezirksvertretung Innenstadt, noch manchem, der Herrn Burger anhimmelte, den Appetit zu verderben. Diese Bösen wagten es doch tatsächlich, die Politik des ehrenvollen Bürgermeisters in

den Dreck zu ziehen. Sie zeigten nämlich auf, daß die Sparpolitik der Stadt Köln nur die kleinen Leute trifft und daß dies ja wohl zum Himmel schreit.

Und ehrlich gesagt, dann kam für mich der Höhepunkt des Empfangs. Die bösen Blicke, das Zerknütteln von Flugblättern, die peinliche Situation, den Ärger der feinen Leute live miterleben.

Zum Schluß gab's dann noch ein kleines Abschiedsgeschenk. Zwei Flaschen Kölsch und ein Bierglas. Prost!

S. aus Köln



Maidemonstration in Köln

Erfolgreiches Maifest

Dieses Jahr nahm die Ortsgruppe Charlottenburg am Maifest im Stadteil teil. 44 Organisationen hatten sich im Mai-Komitee Charlottenburg zusammengefunden, um für die Werktätigen in ihrem Bereich ein Maifest zu organisieren.

Für uns unterstrich dies die Bedeutung einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

Nach der für alle Beteiligten erfolgreichen Aktion vor dem Rathaus Charlottenburg kamen auch ein Genosse und ein Sympathisant der SEW, mit denen wir über ein weiteres Vor-

gehen beim Kampf gegen die Ausländerhetze der Nazis sprachen. Viele Menschen interessierten sich für den Unterschied zwischen SEW bzw. DKP und uns. Nicht wenige sprachen uns an: „Was, euch gibt es noch?“

Wir verteilten viel Agitations- und Propagandamaterial an Interessierte, verkauften sieben RMs, vier Broschüren zum Berlin-Status, ein TO, ein Buch „Die Wahrheit über Stalin“ — in dem letzteren wurde übrigens sehr viel geblättert und gelesen.

Viele Menschen schrieben

ihre Meinung auf ein großes Papier, wo oben kurz die Schulpolitik und die Ausländerfrage als Thema von der KJD angesprochen worden war. Sieben „Rote Rebellen“ wurden verkauft.

Neben den zahlreichen Diskussionen verkauften wir noch Maiskolben, so daß wir von den 150 Mark Beitrag zum Maifest 100 Mark wieder hereinbekamen. Insgesamt ein Ansporn, im Zusammenhang mit der konkreten Tagespolitik auch die Partei wieder stärker zu propagieren.

Nicht mehr als 15 Kilo

Meine Gedanken beim Lesen dieses Artikels aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 29. 4. 82

Liebe Frauen (und Männer)!

Jetzt wissen wir es also: Das Heben von mehr als 15 kg ist gefährlich für uns Frauen, denn ihr wollt doch wohl keine Störungen eurer Gebärmutter provozieren! Daher darf auch keine von euch mehr auf dem Bau arbeiten! Es ist also nicht etwa ein erneuter Versuch, uns Frauen zu bevormunden bzw. die Frauen von ohnehin überlasteten Arbeitsmarkt zu verdrängen. Nein! Der liebe Prof. Farthmann denkt an unsere Gebärmutter! Wir brauchen sie ja noch, um weitere Soldaten zu produzieren! Daß derartige Sprüche auch schon vor 50 Jahren geklopft wurden, ist natürlich reiner Zufall.

Also, liebe Frauen: Nehmt den Männern nicht auch noch die Arbeitsplätze auf dem Bau weg, sondern bleibt zu Hause, denn Kochtöpfe wiegen keine 15

Kilogramm. Ich als Krankenschwester überlege mir auch schon Konsequenzen, denn ich hebe täglich mehrmals 80 Kilo-

gramm schwere Patienten (und noch gewichtigere). Aber ich war ja nicht gemeint...
Susanne R., Köln



Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens“ geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.

Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers:

Straße:

PLZ/Ort:

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten:

Straße:

PLZ/Ort:

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Gesundheit der Frau hat Vorrang

Sie soll nicht mehr als 15 Kilo heben dürfen

Von unserem Redakteur
Karlgeorg Halbach

Düsseldorf — Die mit hohen körperlichen Anforderungen verbundenen Bauberufe sollen auch in Zukunft Frauen generell verschlossen bleiben. Trotz des „zu erwartenden Überflusses“ müsse der Schutz der weiblichen Gesundheit „Vorrang haben vor allen emanzipatorischen Bestrebungen“, erklärte NRW-Arbeitsminister Farthmann gestern in Düsseldorf.

Ein von der Landesregierung bei dem Dortmunder Professor für Arbeitsmedizin Joseph Rutenfranz in Auftrag gegebenes Gutachten ist zu dem Ergebnis gekommen, daß 97 Prozent der Frauen und Mädchen für Arbeiten auf dem Bau nicht geeignet sind. Vielmehr seien die Berufe des Bauhauptgewerbes als „gesundheitlich gesundheitsgefährdend“ anzusehen. Dies gelte insbesondere für Tätigkeiten als Maurer und Handlanger, Eisenbieger, Betonierer und Zimmerer.

Ausnahmen möglich

Einem grundsätzlichen Beschäftigungsverbot für Frauen in Bauberufen stehen nach Ansicht Farthmanns jedoch „verlassensrechtliche Grenzen“ entgegen. Deshalb bezeichnete der Minister es als „erwünschenswert“, durch eine bundesrechtliche Lösung zu einem individuellen Arbeitsschutz überzugehen. Kräftige Frauen und Mädchen könnten dann nach sorgfältiger medizinischer Überprüfung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit doch befristet auf dem Bau arbeiten.

Dadurch sei eventuell auch das „Problem der Meisterlöhner“ zu lösen, die zur Übernahme des väterlichen Betriebs meist eine mehrjährige praktische Tätigkeit im Bauhauptgewerbe benötigen. Für alle Ausnahmefälle fordert Farthmann jedoch die zwingende Vorschrift, daß Frauen auf dem Bau nicht mehr als 15 Kilogramm heben dürfen, weil sonst Störungen im Gebärmutterbereich zu befürchten seien. Dies hätten auch umfangreiche Untersuchungen von Wissenschaftlern in der DDR bestätigt.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohende werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

SPENDENLISTE

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

1. Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD
LBV Weser-Ems 1246,85 DM; OG Bremen 150,— DM; OG Karlsruhe 200,— DM; OG Dortmund 100,— DM; OG Tübingen 350,— DM; Sympathisanten aus Tübingen 150,— DM; Zelle Westend/Westberlin 600,— DM; KPD Solingen/Hilden 250,— DM; Zelle 3, Darmstadt 200,— DM; Maitaler OG Kiel 270,— DM; C.V., München 1000,— DM; Zelle Hannover-Süd 300,— DM; Genossen v. Büro, Dortmund 358,40 DM; W. u. E. A., Müden 100,— DM; U.L., Dortmund 1250,— DM; OG Kassel 100,— DM; LBV Niedersachsen 1000,— DM; Insgesamt 7826,11 DM

Damit sind für die Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD bisher 27 422,22 DM bei uns eingegangen.

2. Spenden zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR
LBV Weser-Ems 479,—
B.L., Gelsenkirchen 15,—
Insgesamt 494,—

Damit sind für die Genossen in der DDR bisher insgesamt 6339,65 DM bei uns eingegangen.

Allen Freunden und Genossen herzlichen Dank für ihre Spende!

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60,—

☐ halbjährlich
DM 30,—

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Datum:

Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wallinghofer Str. 103, Postfach 30 05 25, 4600 Dortmund 30.

Hamburger Wahlen:

KPD und Grün-Alternative Liste (GAL)

In Hamburg kandidiert unsere Partei zur Bürgerschaftswahl. Im Vorfeld der Hamburger Wahlen hatte sich unsere Partei an verschiedene Kräfte der politischen Linken in Hamburg gewandt mit dem Aufruf zu einem linken demokratischen Wahlbündnis. Im folgenden wollen wir begründen, warum wir uns, obwohl wir ein breiteres Bündnis zu den Hamburger Wahlen im Prinzip für durchaus sinnvoll erachtet haben, nicht an der in Hamburg zustande gekommenen und zur Wahl stehenden Grün-Alternativen Liste (GAL) beteiligen.

Viele richtige Forderungen — wer soll sie durchsetzen?

In der Tat enthält der Wahlauf-ruf der GAL viele Positionen und Forderungen, für die auch unsere Partei eintritt. Das gilt beispielsweise für Forderungen im Bereich des Friedenskampfes. Das gilt für die Ablehnung der Kernenergie. Das gilt für die Forderung nach einem Verbot der faschistischen Organisationen. In diesen und anderen Fragen treten GAL und KPD tatsächlich zum Teil für gleiche Forderungen ein. Es ist ja auch so, daß Mitglieder unserer Partei und Menschen und politische Gruppierungen, die jetzt aktiv die GAL unterstützen, auf zahlreichen Demonstrationen und Aktionen gemeinsam für diese Forderungen eingetreten sind. An dieser notwendigen Politik der Aktionseinheit muß selbstverständlich auch in Zukunft festgehalten werden.

Unsere Partei übersieht keineswegs, daß die GAL für eine Reihe fortschrittlicher Forderungen eintritt. Wer aber soll diese Forderungen durchsetzen? Die Antwort unserer Partei auf diese Frage ist eindeutig. Man kann über Initiativen aller Art schwärmen so viel man mag, sollte darüber aber den Blick für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft nicht verlieren. Ohne daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auf breiter Front den Kampf gegen die Kapitalisten, den bürgerlichen Staat und die politische Reaktion führen, werden alle diese Forderungen auf dem Papier stehen bleiben und eine kleine Fraktion der GAL in der Hamburger Bürgerschaft wird daran nichts ändern.

Darum war für unsere Partei bei der Entscheidung, ob sie sich an der GAL beteiligen solle oder nicht, die Gretchenfrage: Kann die GAL dazu beitragen, eine schnellere Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten zu fördern und eine Linksentwicklung der Gewerkschaften zu begünstigen? Wir meinen, daß die GAL zu dieser in unseren Augen zentralen Aufgabe keinen positiven Beitrag leisten kann.

Arbeiterpolitik wird die GAL nicht machen

In dem Wahlauf-ruf und im Programm der GAL kommt der Klassenkampf überhaupt nicht vor. Es wird vieles (völlig zu Recht!) am Kapitalismus kritisiert, nicht kritisiert wird, daß die kapitalistische Produktionsweise zu einer Klassengesellschaft geführt hat, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse beruht. Entsprechend wird nicht positiv für den Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten gegen die Bourgeoisie eingetreten.

Dementsprechend orientiert sich die GAL nicht in erster Li-

nie auf die Arbeiterklasse. In dem GAL-Aufruf heißt es: „Sie (die Forderungen der GAL) erheben das zum Programm, was die Anti-AKW- und Umweltschutzbewegung, was aktive Gewerkschafter und um ihre Emanzipation kämpfende Frauen, was Initiativen in den Stadtteilen und Aktionsgruppen gegen den Sozialabbau oder was die Friedensbewegung gegen die Politik der Herrschenden entwickelt haben.“

Um es klar zu sagen: Alle Bewegungen, die die GAL hier aufzählt, findet auch unsere Partei in der Hauptsache unterstützenswert. Aber wir übersehen auch nicht, daß die große Schwäche aller dieser Bewegungen ihre Isoliertheit von der Arbeiterbewegung ist. Wir über-

tigt werden können.

Sicher: die GAL hat diese falschen und schädlichen Positionen keineswegs zu ihrem Programm erhoben. Aber sie hat sie — zusammen mit ihren richtigen Positionen — unter ihren Hut gebracht. Und wer die Auseinandersetzung im Vorfeld der GAL-Gründung verfolgt hat, weiß, daß diese und andere in der Tendenz gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Positionen in der GAL wesentlich einflussreicher sind, als es in den schriftlichen Verlautbarungen der GAL zum Ausdruck kommt. Das wird die GAL in Zukunft lähmen, wird dazu führen, daß die GAL auch in der Bürgerschaft den Parteien des Kapitals nicht einmal ansatzweise Arbeiterpolitik entgegensetzen kann.

entsprechenden Passagen im Programm der GAL ist man zunächst positiv überrascht. Dort kritisiert die GAL nicht nur die Arbeitsplatzvernichtung (z. B. bei HDW), sondern sie scheint auch die Bestrebungen klassenkämpferischer Gewerkschafter zur Verteidigung der industriellen Arbeitsplätze zu unterstützen. Doch der Schein trügt. Die GAL nimmt keineswegs inhaltlich positiv für die Forderung „Kompromisslose Verteidigung unserer Arbeitsplätze“ Stellung. Mit einem Trick wurde die eigentliche Frage im Programm der GAL unter den Teppich gekehrt.

Im GAL-Programm heißt es: „Wir fordern die Schaffung



Zum Beispiel: Arbeitsplatzvernichtung

Diese Widersprüchlichkeit durchzieht viele Passagen des GAL-Programms. Nehmen wir als Beispiel die Frage des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Vielerorts war und ist die Haltung der GRÜNEN so, daß sie die Kämpfe der Belegschaften für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze nicht unterstützen, weil die betreffende Industrieproduktion ihnen zu umweltbelastend erscheint. So haben die GRÜNEN in Dortmund sich gegen die Forderung „Stahlwerk jetzt“ und damit gegen den Kampf der Stahlarbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gestellt. Wer das verfolgt hat, wird mit Spannung erwartet haben, wie die Hamburger Grün-Alternativen diese Frage angehen.

Nach dem ersten Lesen der

von Arbeitsplätzen in Bereichen, die gleichzeitig in eine ökologische und sozial sinnvolle Richtung der Produktion weisen.“ Dazu macht die GAL eine Reihe durchaus sinnvoller Vorschläge: Ausbau des Fernwärmenetzes, Blockheizkraftwerke, Einrichtungen für den Meeresbergbau, Produktion von Filter- und Kläranlagen usw. Alles das ist vernünftig und könnte größtenteils tatsächlich sinnvoll beispielsweise auf den Hamburger Werften produziert werden, und dadurch würden selbstverständlich Arbeitsplätze erhalten und geschaffen bzw. Arbeitsplätze in der Rüstungsproduktion in gesellschaftlich nützliche Arbeitsplätze verwandelt.

Eine Stellungnahme zum Kampf der Arbeiter und Angestellten für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze ist das aber in Wirklichkeit nicht. Der Forderung, Arbeitsplätze durch die Aufnahme der Produktion von Filter- und Kläranlagen zur Elb-

Gegen Massenentlassungen — gemeinsam kämpfen!



HDW muß erhalten bleiben!
Wählt: KPD Liste 5

Wahlplakat der KPD

sanierung zu schaffen, stimmen natürlich auch jene grünen Extremisten zu, die ansonsten beispielsweise der Ansicht sind, daß die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Hamburger Chemieindustrie ein bedeutender ökologischer Fortschritt wäre. Auch die GRÜNEN in Dortmund haben ja nicht Arbeitslosigkeit für die Hoesch-Arbeiter gefordert, sondern ein alternatives Konzept zur Stahlproduktion in industriellen Großanlagen wie Hoesch und eine alternative Wirtschaftsstruktur für Dortmund. Praktisch-politische Bedeutung hatte aber nur die Ablehnung der „Stahlwerk jetzt“-Forderung durch die GRÜNEN, während die von ihnen geforderten „Alternativen“ reine Luftschlösser waren ohne jeden Bezug zum Kampf der Belegschaft.

Und auch für die Belegschaft von HDW wird demnächst die Frage anstehen, ob sie versuchen soll, durch Streik oder Betriebsbesetzung einen weiteren Arbeitsplatzabbau oder gar eine möglicherweise beabsichtigte Stilllegung zu verhindern. Unsere Partei beantwortet diese Frage eindeutig mit ja. Die GAL nimmt zu dieser Frage überhaupt nicht Stellung. Ihr Eintreten für eine ökologisch sinnvolle Produktion hat zahlreiche Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Voraussetzung, die kaum durch einen Arbeitskampf bei HDW herbeigeführt werden können. Nur im Zusammenhang mit diesen Forderungen für den Erhalt der Arbeitsplätze bei HDW einzutreten, sagt also noch nichts darüber aus, wie die GAL sich verhalten wird, wenn es bei HDW nur um die Verteidigung der Arbeitsplätze geht und noch nicht um eine ökologisch sinnvollere Produktion.

Dann wird sich zeigen, daß die GAL in dieser Frage wie in anderen einen faulen Kompromiß geschlossen hat. Dann werden in der GAL starke Kräfte auftreten, die die ökologischen Forderungen gegen den Kampf der Arbeiter und Angestellten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ausspielen. Dann wird die GAL nicht nur keinen positiven Beitrag zur Herstellung der Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen die Arbeitsplatzvernichtung leisten können, sondern unter Umständen sogar in einen gefährlichen, feindlichen Gegensatz zur Arbeiterschaft geraten. Letzteres halten wir leider für sehr wahrscheinlich.

Deshalb kandidiert die KPD

„Die 5-Prozent-Hürde überspringen“ — das ist der eigentliche Kitt, der die GAL zusammenhält. Die Chancen dafür stehen sicher nicht schlecht. Aber wenn die GAL in die Hamburger Bürgerschaft einziehen wird, werden die klassenkämpferischen und sozialistischen Kräfte in ihr einen hohen Preis dafür gezahlt haben: die Abwendung von der Arbeiterbewegung.

Diese grundlegende Schwäche der GAL kann auch nicht dadurch überdeckt werden, daß man sich sozusagen als fünftes Rad am Wagen auch noch auf „aktive Gewerkschafter“ beruft. Die Liste der Bürgerschaftskandidaten macht deutlich, wie die Sache sich verhält: unter 28 Kandidaten ein Arbeiter. Ernsthaft kann niemand erwarten, daß von der GAL eine positive Wirkung auf die Arbeiterbewegung ausgeht. Im Gegenteil: es muß befürchtet werden, daß einzelne fortschrittliche Arbeiter wegen der Aussicht auf „greifbare parlamentarische Erfolge“ die mühselige und zähe Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft zugunsten eines Engagements in der und für die GAL aufstecken.

Nicht weil es in Einzelfragen keine Gemeinsamkeiten gäbe, sondern weil wir keine Möglichkeit sehen, eine insgesamt auf die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften ausgerichtete Politik im Rahmen der GAL zu verfolgen, hat unsere Partei sich in Hamburg gegen eine Beteiligung an der GAL entschieden. Deshalb kandidiert die KPD, auf deren Liste auch Mitglieder des Bundes Westdeutscher Kommunisten kandidieren, zur Hamburger Bürgerschaftswahl, um durch einen an den Interessen der Arbeiterklasse orientierten und an den Brennpunkten des Klassenkampfes ansetzenden Wahlkampf über den Wahltag hinaus dazu beizutragen, die Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen die Krisenangriffe der Unternehmer und des bürgerlichen Staates zu stärken.

Unsere Partei hätte es begrüßt, wenn sich mehr Kräfte bereit gefunden hätten, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen. Das war nicht der Fall. Die GAL verfolgt dieses Ziel nicht. So ist bei der Hamburger Bürgerschaftswahl die KPD die Alternative für die klassenbewußte Arbeiterschaft.

Thatcher verschärft Falkland-Krieg

„Massenmord auf hoher See“

Die sogenannte Eurogruppe der NATO hat sich Ende letzter Woche im Falkland-Krieg uneingeschränkt hinter die britischen Imperialisten gestellt. In einer entsprechenden Erklärung wird als „bedeutsam“ die „Aufrechterhaltung des Grundsatzes“ herausgestrichen, daß „Aggression oder gewaltsame Besetzung von Gebiet nicht erlaubt sein sollte fortzubestehen“.

Damit haben die europäischen NATO-Partner nicht nur in aller Deutlichkeit ihre Unterstützung für die britischen Kriegstreiber erklärt. Sie haben auch gleich noch deren Sprachgebrauch übernommen. Denn Margaret Thatcher, ihre Minister und Admirale, hatten ja von Anfang an erklärt, sie würden ihre Flotte wegen des Prinzips in den Südatlantik schicken, daß eine Aggression nicht unbestraft bleiben dürfe.

So stellen Thatcher und nun auch ihre NATO-Partner die kriegerischen Handlungen Britanniens als eine internationale Polizeiaktion hin, mit der begangenes Unrecht bestraft würde. Aber das ist nicht nur deswegen ein Hohn, weil die Geschichte der NATO selbst eine Geschichte von fortwährenden Aggressionen ihrer Mitgliedsstaaten gegen andere Völker ist (man denke nur an die britischen Kolonialkriege in Südostasien und Afrika oder an den britischen Überfall auf Ägypten 1956). Auch der jetzige Falkland-Krieg ist ja von britischer Seite alles andere als die zu rechtfertigende Abwehr einer Aggression.

flotte, die inzwischen mehr als 70 Schiffe umfaßt — damit hat sich die britische Regierung selbst bewußt unter Zeitdruck gesetzt und so den Spielraum für nichtmilitärische Lösungen erheblich eingeschränkt.

Dieser Kurs wurde fortgesetzt mit der völlig willkürlichen Verhängung einer See- und Luftblockade im Raum der Malvinas. Mit der typischen Arroganz einer imperialistischen Macht erklärte London jedes Schiff oder Flugzeug — gleichgültig ob militärisch oder zivil, ob argentinisch oder nicht-argentinisch — das sich in diesem Raum bewegen würde, zu einem „feindseligen“ Gegenstand, der britischen Angriffen unterworfen würde. Daß sie es mit diesem Kurs unverhohlener militärischer Aggression ernst meinen, bewiesen die Londoner Kriegstreiber dann mit der Bombardierung der Malvinas und schließlich mit dem Angriff auf den argentinischen Kreuzer „General Belgrano“.

Dieses zweitgrößte Kriegsschiff der Junta wurde bekanntlich außerhalb der von den Briten zum Kriegsgebiet erklärten Zone versenkt. Eine unmittel-

friedlichen Haltung zu bewegen. Der Falkland-Krieg aber hat jetzt schon gezeigt, daß imperialistische Mächte nicht Waffen zur Friedenssicherung anhäufen, sondern daß sie vielmehr selbst bei einem geringen Anlaß bedenkenlos dazu bereit sind, diese Waffen zur Durchsetzung ihrer Raubziele auch einzusetzen.

Und trotz der jetzt von der UNO aufgenommenen Vermittlungsaktionen hat die Thatcher-Regierung Ende der letzten Woche mit der Ausweitung des militärischen Sperrgebiets bis an die Küste Argentiniens den Konflikt weiter verschärft. In London wird jetzt nicht nur über einen bevorstehenden Sturm auf die Malvinas gesprochen — einflußreiche Politiker der Regierungspartei fordern mittlerweile auch schon öffentlich eine Bombardierung der Flughäfen auf dem argentinischen Festland.

Das alles ist begleitet von einer widerwärtigen chauvinistischen Hetze. Bezeichnend dafür ist ein Vorfall im Oberhaus des britischen Parlaments. Als dort der zur Labour-Party gehörende Lord Jenkins of Putney die



Britischer Flugzeugträger Hermes.

Die in den Südatlantik ausgelaufene englische Armada verteidigt nichts anderes als imperialistische Raubinteressen, als einen Teil des noch bei London gebliebenen britischen Kolonialreichs. Und daß es bei diesem Krieg auch nicht darum geht, die Bewohner der Falkland-Inseln zu „befreien“, haben die Londoner Strategen in den letzten Wochen ja hinlänglich selbst bewiesen: beispielsweise durch die rücksichtslose Bombardierung der Flughäfen auf den Inseln, bei der mindestens ein Dutzend auf den Malvinas lebender britischer Staatsbürger getötet wurde. Welche Folgen gar die immer wieder großspurig angekündigte Invasion britischer Spezialeinheiten für die Zivilbevölkerung der Inseln haben würde, kann man sich leicht ausmalen.

Die Regierungschefin Margaret Thatcher ist sofort nach dem militärischen Abenteuer der argentinischen Junta auf einen Kurs der offenen Konfrontation gegangen. Wenn in London immer wieder von der Bereitschaft zu „politischen Lösungen“ gesprochen wird, dann ist das nichts als Augenwischerei. Thatcher hat vielmehr von Anfang an ausschließlich auf die militärische Karte gesetzt. Das begann mit der Order für das Auslaufen einer Kriegs-

bare militärische Notwendigkeit für den Angriff gab es nicht; Kriegsminister Nott begründete ihn denn auch zynisch mit dem Hinweis, daß die argentinische Flotte ganz allgemein eine Bedrohung für britische Schiffe darstelle. Und wie sagte doch Margaret Thatcher, die sich im übrigen ebenso wie ihre Regierung völlig ungerührt über die verheerenden Folgen des Angriffs zeigte: „Die Chancen einer friedlichen Lösung werden größer, wenn wir stärkeren militärischen Druck ausüben.“ Und dazu wird dann mal eben ein Schiff torpediert, das Hunderte von Menschen mit sich in den Tod reißt. Thatchers Worte sollte man sich merken. Nicht nur, weil sie in zynischer Deutlichkeit den menschenfeindlichen Charakter imperialistischer Politik zum Ausdruck bringen, einer Politik, die mit kalter Überlegung ein Massaker einplant, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Thatchers Worte sind auch deshalb bedeutsam, weil sie genau die imperialistische Logik widerlegen, mit der noch jede militärische Aktion, beispielsweise auch die NATO-„Nachrüstung“ begründet wurde. Auch hier heißt es ja, man müsse aufrüsten, um dann abzurufen zu können; man müsse militärischen Druck erzeugen, um so die andere Seite zu einer

Versenkung der „General Belgrano“ völlig zu Recht einen „Massenmord auf hoher See“ nannte, verwandelte sich diese Versammlung der Lords in eine tobende, keifende Meute, die den Redner niederbrüllte. Gegen den Labour-Politiker Tony Benn wollen Angehörige der Regierungspartei sogar eine Anklage wegen „Verrats und Volksverhetzung“ erzwängen, weil er am 1. Mai gesagt hatte, die britischen Soldaten würden „für eine verlorene Sache in den Krieg“ geschickt.

Dabei sind solche Stimmen unter den sozialdemokratischen Politikern nur selten zu hören. Die Labour-Führer insgesamt — an der Spitze ihr Vorsitzender Michael Foot, der sich noch vor Monaten gerne als „Friedenssetzer“ bezeichnete — haben sich sofort bei Beginn des Konflikts auf den Boden der imperialistischen „Vaterlandsverteidigung“ und hinter Thatchers Kriegskurs gestellt. Die einzige Aktivität gegen diesen Kurs war eine innerhalb der Labour-Fraktion verbreitete Unterschriftensammlung für eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten im Südatlantik. Und bis zum Wochenende hatten ganze zwanzig Prozent der Labour-Abgeordneten diese Liste unterschrieben.



Über 5000 Palästinenser demonstrierten am 17. April in Bonn gegen die israelische Besatzungspolitik.

Demonstranten in Palästina erschossen

Anhaltender Terror der Besatzungsarmee

In den 1967 von der israelischen Armee besetzten Gebieten Palästinas stand der diesjährige 1. Mai im Zeichen der nun schon seit Monaten andauernden Massenproteste gegen die Besatzung.

In den letzten Apriltagen hatte es erneut Todesopfer und Schwerverletzte unter palästinensischen Demonstranten gegeben. So in Khalkhal bei Hebron, wo es am 29. April zu Zusammenstößen zwischen einer israelischen Militärpatrouille und Demonstranten gekommen war. Die Begin-Soldaten hatten dabei zunächst Gasgranaten in die Menge der unbewaffneten Palästinenser geschossen und dann gezielt das Feuer aus ihren automatischen Waffen eröffnet. Das Ergebnis: ein Toter und mehrere zum Teil schwer Verwundete.

In der Stadt Nablus schossen die Besatzer auf demonstrierende Jugendliche, von denen mehrere mit schweren Schußverletzungen zusammenbrachen; in Sfir wurde ein Palästinenser bei einer Protestaktion erschossen; im Gaza-Streifen ermordeten israelische Soldaten zwei Jugendliche.

Das Begin-Regime zeigt sich auch weiter völlig ungerührt gegenüber allen internationalen Protesten. Generalstabschef Eltan erklärte letzte Woche im israelischen Parlament, seine Armee habe sich völlig korrekt verhalten und der Aufstand der Bevölkerung in den besetzten Gebieten sei auch kein „zivilisatorischer“, sondern eine von den Betrüger PLO-Führern gesteuerte Terrorwelle. So werden die Tatsachen einfach umgedreht: Das Begin-Regime erklärt die höchstens mit Steinen bewaffneten Demonstranten zu Terroristen und rechtfertigt den gnadenlosen Mordterror seiner schwerbewaffneten Armee, die wahllos Frauen, Männer und auch Kinder in den Städten der besetzten Gebiete umbringt.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß Begins Vertreter in der UNO die jüngste Resolution der Vollversammlung, in der Israel wegen des Besatzungsterrors scharf verurteilt und ein „nichtfriedliches Mitglied der UNO“ genannt wurde, einfach als „obszöne Verleumdung“ abtat und die UN-Vertreter, die diese Resolution eingebracht hatten, als Neonazis beschimpfte. Die israelischen Terroristen können sich nur deshalb so stark fühlen, weil sie nach wie vor die uneingeschränkte Unterstützung des US-Imperialismus haben.

Mit Reagan im Rücken setzt Begin denn auch seinen Kurs fort, der auf die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung

und die vollständige Annexion der 1967 besetzten Gebiete zielt. Am 28. April, dem sogenannten Unabhängigkeitstag, gründete die landwirtschaftliche Pionierabteilung der Armee, Nahal, elf neue Siedlungen, die meisten davon in der Umgebung der Stadt Hebron — einem der Zentren des palästinensischen Widerstands.

Die israelischen Besatzer haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß diese Siedlungen in erster Linie militärische Bedeutung haben. Inzwischen gibt es allein im Westjordanland über 70 solcher Siedlungen, von denen mittlerweile alle palästinensischen Städte eingekreist sind. Ihre Einwohner sind zumeist Angehörige der faschistischen Bewegung „Gush Eumunin“, die von der Armee bewaffnet werden und die regelrecht Jagd auf die vollständig rechtlosen Araber machen. (Auch an dem Massaker vom Ostersonntag auf dem Tempelberg in Jerusalem waren solche bewaffneten Siedler beteiligt.)

Der tagtägliche Terror der Siedlerbanden soll nicht zuletzt „Zwischenfälle“ provozieren, die dann von der Besatzungsarmee zum Anlaß genommen werden, um ihrerseits gemeinsam mit der „Gush Eumunin“ blutige Feldzüge gegen die Palästinenser zu unternehmen. Das Ziel dieser Gewaltstrategie ist es, durch anhaltenden Terror die arabische Bevölkerung zu zermürben und so zum Auswandern zu zwingen. Die gleiche Strategie haben die Zionisten aus Tel Aviv seit 1948 in den „israelischen Kerngebieten“ angewandt: Ihr Ergebnis ist die Tatsache, daß heute der größte Teil des palästinensischen Volkes im

Exil lebt.

Begin hat in der vergangenen Woche noch einmal deutlich zu verstehen gegeben, daß es niemals mehr einen israelischen Rückzug aus dem Westjordanland und aus dem Gaza-Streifen geben werde. Im Gegenteil: Bis 1985 soll nach dem Willen seines Regimes allein im Westjordanland die Zahl der Siedler von heute 28000 auf 100000 erhöht werden. Und neben den faschistischen Banden vom Schlage der „Gush Eumunin“ hat das Regime für diese weitgesteckten Pläne inzwischen ein anderes Reservoir an Siedlern aufgetan. Es sind solche Menschen, die wegen der galoppierenden wirtschaftlichen Krise Wohnungen in Großstädten wie Tel Aviv oder Jerusalem nicht mehr bezahlen können und die nun in die Siedlungen im Westjordanland abgeschoben werden, wo die Mieten um etwa die Hälfte niedriger als in den großen Städten sind.

In Begins Strategie der vollständigen Aneignung der besetzten Gebiete gibt es allerdings einen Punkt, den er falsch kalkuliert hat — und das ist der massive Widerstand der Palästinenser. Der brutale Terror der Besatzer in den letzten Monaten hat eben nicht in erster Linie Angst hervorgebracht, sondern einen neuen Aufschwung des Massenkampfes hervorgerufen. Und ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis war dabei der Umstand, daß in diesem Kampf frühere Elemente der Spaltung innerhalb des palästinensischen Volkes weitgehend überwunden werden konnten und heute die Positionen der PLO in den besetzten Gebieten so stark sind wie nie zuvor.

Todesurteile in der Türkei

In den 20 Monaten seit dem Machtantritt der faschistischen Junta sind 137 Todesurteile vollstreckt worden. Und Monat für Monat verhängen die Militärgerichte des Landes erneut Todesstrafen gegen fortschrittliche Menschen.

Ins Visier der Mordgeneräle gelangen jetzt zunehmend auch Politiker der sozialdemokratischen Partei CHP. Ende April forderte beispielsweise der Militärstaatsanwalt von Erzurum die Todesstrafe für zwei Parlamentsabgeordnete der CHP. Ihr „Verbrechen“: die angebliche „Zusammenarbeit mit einer linksradikalen Organisation“. Und die Bruderpartei dieser vom Tod bedrohten Abgeordneten, die westdeutsche SPD, steht an der Spitze einer Regie-

rung, die das Mordregime von Ankara mit Militär- und Finanzhilfe im Sattel hält.

Ungeachtet des in der letzten Zeit verstärkten Terrors der Junta hat auch die Reagan-Regierung bei einer Konferenz der „gemeinsamen Verteidigungsgruppe“ von USA und Türkei weitere militärische Hilfe für die Junta zugesagt. Unter anderem soll mit amerikanischen Dollars die Panzerwaffe des Militärregimes auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.

Bericht von der Mai-Demonstration in Tirana

Die Arbeiterklasse hat gute Ergebnisse erzielt

Jedes große Ereignis wirft seine Schatten voraus — so auch der 1. Mai. Hammerschläge haken über den großen Boulevard von Tirana, den Boulevard der gefallenen Helden. Vor dem Gebäude des Ministerrats gegenüber dem Sitz des Zentralkomitees wird die große Haupttribüne errichtet, knapp hundert Meter lang und an der höchsten Stelle schätzungsweise sechs bis sieben Meter hoch, ganz mit rotem Stoff ausgekleidet.

Hier wird der Demonstrationsmarsch der Hauptstadt vorbeiziehen. Ausgehend vom Hauptgebäude der Universität Tirana, von dessen Dach die rote Nationalfahne mit dem schwarzen Doppeladler und dem gelben Stern weht und an dessen Frontseite ein weithin sichtbares quadratisches Transparent mit der Aufschrift „Es lebe der 1. Mai!“ gespannt ist. Vorbei am Gebäude des Präsidiums der Volksversammlung zur Haupttribüne auf der Höhe von Zentralkomitee und Ministerrat, weiter den Boulevard entlang am Verteidigungsministerium, am Innenministerium vorbei — bis sich der Strom der Demonstranten auf den Skanderbegplatz ergießt. Die Straßen sind von roten Transparenten überspannt, aus den Fenstern sämtlicher öffentlicher Gebäude hängen rote Fahnen herab. Auch die Wohnhäuser stehen nicht zurück. Gleichmäßig über den Stadtkern sind die Porträts der Politbüro-Mitglieder verteilt, ein etwas größeres Porträt des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, des Genossen Enver Hoxha, ziert den Kulturpalast und den rechten Gebäudeteil des Zentralkomitees. Die Porträts der vier Klassiker des Marxismus-Leninismus befinden sich an der Stirnseite der Ministerien, die im Halbkreis den Skanderbegplatz umsäumen.

Frägt man irgendeinen Albanier in den Tagen vor dem 1. Mai, die alle grau und regnerisch waren, wie wohl das Wetter werden wird, so wird diese Frage unter Garantie fast als Zumutung empfunden. In der Tat: Am 1. Mai scheint Tirana auf Sonnenschein abonniert zu sein. Jeder Albanier hat seine eigene Geschichte zu erzählen, wie es einmal am 1. Mai anno soundso wie aus Kübeln gegossen habe, wie pünktlich um zehn Uhr die Sonne hervorgebrochen sei und wie genau eine Stunde später — die letzten Hochrufe auf die Partei seien gerade verhallt gewesen — der Himmel erneut seine Schleusen öffnete.

So drastisch war es dieses Jahr zum Glück nicht. Aber immerhin nieselte es am Nachmittag des 30. April, nieselte es am Nachmittag des 1. Mai, vormittags aber lachte die Sonne am Himmel, wehte ein mildes Frühlingslüfchen — meine Großmutter hätte gesagt: richtiges Kaiserwetter.

Am Vormittag des 1. Mai strömt ganz Tirana zum Boulevard der gefallenen Helden. Auf der Tribüne haben sich Mitglieder des Zentralkomitees und der Regierung eingefunden, Helden der sozialistischen Arbeit, Vorkämpfer — auch für die Mitglieder des diplomatischen Korps sind Plätze reserviert. Viele dieser Diplomaten vertreten Staaten, die die brutale imperialistisch-revisionistische Blockade gegen das sozialisti-

sche Albanien mitterichtet haben.

Vor der Tribüne haben rund 1500 Vorhutwerktätige aus Industrie und Landwirtschaft Aufstellung genommen, etwa 75 Reihen zu je 20 Mann. Von oben betrachtet sind ihre roten und weißen Blumen so angeordnet, daß sie das Wort 1. Mai ergeben.

Auf dem Bürgersteig vor dem Zentralkomitee befindet sich ein Massenchor, bestehend aus Mitgliedern des Chores des Opern- und Ballettheaters, des Armee-Ensembles und des Staats-Ensembles. Davor hat eine Blaskapelle der Armee Platz genommen.

Es ist Punkt zehn Uhr am 1. Mai 1982, dem 38. Maifeiertag, den Albanen frei und unabhängig begeht. Die Türen des Saales des Ministerrats öffnen sich. Die Partei- und Staatsführung betritt die Haupttribüne,

dem „Marxismus-Leninismus“, anschließend riesenhafte Porträts der vier Klassiker.

Nach einem Wagen, der die historischen Beschlüsse des 8. Parteitags symbolisiert, marschiert die Arbeiterklasse auf. Insgesamt 15000 — genauso viel wie ganz Albanien vor der Befreiung Arbeiter hatte. An der Spitze marschieren die Bergarbeiter mit Blaumann und gelbem Schutzhelm. Die Arbeiterklasse im Bezirk Tirana hat gute Ergebnisse erzielt. Der Plan der industriellen Gesamtproduktion für die ersten vier Monate des laufenden Jahres ist vier Tage vorfristig erfüllt worden. Sie hat Produkte im Werte von 25 Millionen Lek über den Plan hinaus produziert. Sie hat die Kosten um acht Millionen Lek gesenkt und den Exportplan übererfüllt. Doch ihre Transparente und Schaulbilder drucken vor allem das aus, was sie sich vorgenommen

haben. Auf der Tribüne steht, ist ebenfalls ernst geworden. Er hat die Faust zum Partisanengruß erhoben, während die Schritte der weiblichen und männlichen Soldaten weit über den Boulevard hallen.

Nun kommt der internationale Teil. Während im letzten Jahr noch der Kampf des iranischen und des afghanischen Volkes namentlich hervorgehoben wurde, so ist es dieses Mal der Kampf des palästinensischen und des salvadorianischen Volkes. Die kriegstreiberische Politik der USA, der Sowjetunion und Chinas wird verurteilt. „Es leben die marxistisch-leninistischen Parteien, entschlossene Kämpfer für die Sache der Revolution, des Sozialismus und der Befreiung der Völker.“

An vorletzter Stelle kommen die Schul- und Studentenjugend und die Sportler. Die Begeisterung steigt weiter an. Die Ju-



Pioniere bei der Mai-Demonstration

Genosse Enver Hoxha geht an der Spitze, danach Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Tosender Beifall und Hochrufe branden auf, die Genossen nehmen ihre Plätze ein. In der Mitte Genosse Enver Hoxha, links von ihm der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung, Genosse Haxhi Lleshi, rechts Genosse Adil Carcani, der Vorsitzende des Ministerrats. Die ersten Takte der albanischen Nationalhymne bringen den begeisterten Jubel zum Verstummen.

Dann ergreift Genosse H. Çeliku, Mitglied des Politbüros und Direktor des Eisenhüttenkombinats Stahl der Partei in Elbasan, im Namen des Zentralkomitees der Partei, des Ministerrats und des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes Albanien das Wort und grüßt die Werktätigen in Stadt und Land.

Es ist 10.10 Uhr — die Blaskapelle gibt mit dem Abspielen des Liedes „Fabriken und Acker aufbauen“ das Signal für den Beginn des Vorbeimarsches. Drei Sportler marschieren im Gleichschritt an der Tribüne vorbei. Der Mittlere trägt eine riesige Nationalflagge. Es folgt ein großes Porträt des Begründers und Führers der Partei der Arbeit Albanien, dann ein Transparent zum 1. Mai. In der folgenden Reihe sind die Losungen zu lesen: „Es lebe die Partei der Arbeit Albanien“, „Ruhm

den Marxismus-Leninismus“, „Im Verlauf dieses Fünfjahrplans soll die Steinkohlenförderung im Bezirk Tirana auf das 2,3fache ansteigen, die Produktion von Maschinen und Ersatzteilen um 30 Prozent, die Investition auf das Zweifache...“

„Die Arbeiterklasse ist das Rückgrat der sozialistischen Gesellschaft“, steht auf einem Transparent geschrieben. Zwischendurch immer wieder Volkstanzgruppen, Lieder werden gesungen, Beifall und Hochrufe reißen nicht ab.

Jetzt marschiert der engste Verbund der Arbeiterklasse auf, die Genossenschaftsbauern. „Die Landwirtschaft, Grundlage unserer Volkswirtschaft“, „Es lebe das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern“ und andere Losungen werden vorbeigetragen.

Vier Bataillone der Kräfte der freiwilligen Selbstverteidigung marschieren auf. Zehn Reihen zu je fünfzehn Uniformierten, das Gewehr vor der Brust. Zwei der vier Bände bestehen ausschließlich aus jungen Frauen. Mit ersten entschlossenen Gesichtsmerkmalen marschieren sie im festen Gleichschritt an der Tribüne am Oberkommandierenden aller albanischen Streitkräfte, am Genossen Enver Hoxha, vorbei. Und Genosse Enver, der am 1. Mai gewöhnlich scherzend, winkend und la-

gendlichen, die Papierblumen in den hoch erhobenen Händen tragen, formieren sich zu Buchstaben, Zahlen und Figuren. So zieht zum Beispiel eine riesige „1912“ an der Haupttribüne vorbei, es folgt eine ebenso riesige Nationalflagge und eine nicht weniger große „1982“. Das bedeutet, daß noch in diesem Jahr, am 28. November, der siebzigste Jahrestag der Unabhängigkeit gefeiert wird.

Den Höhepunkt des Vorbeimarsches bilden 3000 Pioniere. Kinder des sozialistischen Albanien, die Generation, die die Stafette der Aufbauarbeit übernehmen wird. Das ist ein Gehüpf und Gewimmel, ein ohrenbetäubendes Rufen, Schreien und Lärmen. Sie lassen Hunderte von Luftballons aufsteigen. Das tat es auch am 1. Mai 1981. Im vorigen Jahr hatte sich ein Luftballon auf jugoslawisches Territorium verirrt, was die Beigrader Führung zu einem offiziellen Protest wegen einer „Grenzprovokation“ veranlaßt hatte.

Die Internationale wird angestimmt. Die Kinder heben ihre weißen Blumensträuße in die Höhe — und von oben ist zu lesen: „Ruhm der PAA“. Mit den letzten Klängen des Kampflieds des Weltproletariats ist der Vorbeimarsch beendet.



Terror in El Salvador

USA setzen sich durch

Übergangsregierung in El Salvador gebildet

Nach wochenlangem Tauziehen ist in El Salvador eine neue Regierung gebildet worden, die allerdings nur bis zum nächsten Frühjahr im Amt bleiben soll. Zum Präsidenten wurde der parteilose Alvaro Magana gemacht, der Chef der größten Bank des Landes.

Wie der „Rote Morgen“ berichtete, wollten die als „Sieger“ aus den Scheinwahlen hervorgegangenen faschistischen und ultra reaktionären Parteien ursprünglich den Major d'Aubuisson ins Präsidium heben, der die paramilitärischen Kalkommandos befehligt, die für die meisten blutigen Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich sind. Das hat die Reagan-Regierung nun erfolgreich verhindert.

Washington konnte kein Interesse daran haben, daß ein über die Grenzen El Salvadors hinaus bekannter Massenmörder wie d'Aubuisson an der Spitze der neuen Regierung stehen würde. Bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung, die teilweise direkt in der US-Botschaft geführt wurden, setzten sich dann auch erwartungsgemäß Reagans Beauftragte — Botschafter Hinton und der aus den USA eingeflogene Ex-CIA-Vizepräsident Walters — durch.

Aber daß jetzt ein Bankier als Nachfolger des Christdemokraten Duarte den Präsidenten macht, ist natürlich kein Anzeichen für eine Demokratisierung oder für einen Reformkurs, wie es die amerikanische Propaganda behauptet. Zum einen hat sich Magana in seiner Antrittsrede eindeutig zum Kriegskurs gegen die demokratischen Opposition bekannt. Keine Verhandlungen, sondern Ausrottung der Befreiungsbewegung. Zum anderen macht die Zusammensetzung der neuen Regierung deutlich, daß sich hier die Machtverhältnisse noch weiter zu den offen faschistischen

Kräften hin verschoben haben.

Die Armee selbst hat durch ihre Leute die vier wichtigsten Ministerien besetzt (Verteidigung, Inneres, Finanzen, Planung). Weitere vier Ministerien fielen an d'Aubuissons faschistische ARENA Partei, darunter auch das Landwirtschaftsministerium, das für die sogenannte Agrarreform verantwortlich ist — die beste Garantie dafür, daß diese angebliche Reform auch in Zukunft darin bestehen wird, daß die Todeschwadronen des Majors d'Aubuisson Tausende von landlosen Bauern regelrecht abschachten.

Bezeichnend für die neue Regierung ist auch die Tatsache, daß Reagans Beauftragte das Außenministerium der von dem Expräsidenten Duarte geführten Fraktion der christdemokratischen Partei zugeschnitten haben: Hier soll gerade dem Ausland gegenüber eine demokratische Fassade aufrechterhalten und es den christdemokratischen Parteien Europas erleichtert werden, das salvadorianische Regime auch weiterhin massiv zu unterstützen.

Insgesamt haben das Militär und die von der einheimischen Oligarchie gestützten faschistischen Gruppierungen in der neuen Regierung noch stärkere Positionen als sie es unter Duarte schon hatten. Zudem soll schon im nächsten Frühjahr erneut „gewählt“ werden. Bis zu diesem Termin soll eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. Und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung ist niemand anderes als der Major d'Aubuisson.



„Zu Herrnburg hinterm Schlagbaum beginnt der Bonner Staat...“



Horst Katzor liebt Bertolt Brecht

Bertolt Brecht ist ein Begriff. Aber wer ist Horst Katzor?

Horst Katzor ist Oberbürgermeister. In Essen, der Ruhrgebietsstadt. Der Stadt der Industrie, der Arbeiter. Den Arbeitern und ihrer Befreiung vom Joch des Kapitalismus war Brechts Leben und Werk gewidmet.

Horst Katzor aber liebt die Arbeiter nicht. Er ist Bürgermeister, er ist die Staatsgewalt, und des Arbeiters Befreiung ist seine Sache nicht. Und so ist auch seine Liebe zu Brecht, von der er dieser Tage in der Presse sprach, nicht echt. Es ist die Koketterie eines versippten Sozialdemokraten mit Teilen fortschrittlicher, klassenkämpferischer Kunst, die vor Jahrzehnten geschaffen wurde und deren Aktualität er selbst zu begreifen vielleicht gar nicht imstande ist. Den Brecht, bei dem der Bezug zum Heute auf den ersten Blick erkennbar ist, würde er nie öffentlich zitiieren.

Und daß es andere tun, das läßt er auch nicht zu.

Horst Katzor sperrt die Sale „seiner“ Stadt für eine Brecht-Veranstaltung. Dabei könnte der Stadt Essen die Ehre wiederfahren, Gastgeberin für eine westdeutsche Uraufführung zu werden, bei der die Tochter Bert Brechts, Hanne Hiob, mitwirkte. Der „Herrnburger Bericht“, bisher nicht breit veröffentlicht und nur einmal (in Leipzig) aufgeführt, sollte am 11. Mai im Essener Saalbau vorgetragen werden.

Vordergründiger Anlaß für das Verbot, mit dem eine offizielle und durch die Mietzahlung von rund 2400 Mark bereits besiegelte Zusage gebrochen wurde, ist der Charakter der aufführenden Truppe.

Der Münchner Bund Deut-

scher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend ist in den Augen Katzors, seines Amtsleiters Krause und anderer hoher Herren eine „kommunistische Tarnorganisation“.

Sei es, wie es sei. Es bleibt die bemerkenswerte Tatsache, daß für Herrn Katzor die Aufführung der Werke des Kommunisten Brecht durch kommunistisch gesinnte Darsteller ein offenbar ungeheuerlicher, verbotswürdiger Vorgang ist. Für solche „Liebhaber“ seiner Werke hätte Bert Brecht sicher die passendsten Worte gefunden.



Auge in Auge standen sich die westdeutschen Polizeitruppen und die Jugendlichen, die nach ihrer Teilnahme am Jugendtreffen in Berlin (DDR) nach Hause zurückkehren wollten, an der Grenze gegenüber. Die Polizei konnte in Herrnburg ihr Ziel, die Registrierung der Jugendlichen, nicht erreichen. Nach zweitägiger Belagerung durchbrachen diese die Polizeiketten.

den

Den „Herrnburger Bericht“ kannte Katzor nicht, sagt er. Mag sein. Gefallen wird er ihm auf keinen Fall, dürfte eher Veranlassung sein, unbedingt an seinem Verbot festzuhalten.

Herrnburg, genauer: Eichholz/Herrnburg, Grenzübergang zwischen Westdeutschland und der DDR — das ist ein Begriff aus den Tagen, in denen es noch keine Mauer mit Stacheldraht und Selbstschußanlagen gab, mit denen Menschen an der Flucht aus der DDR gehindert werden sollten.

Herrnburg 1940. Damals war alles anders herum. Damals bezogen westdeutsche Polizeitruppen Stellung längs der Grenze, um westdeutsche Jugendliche am Übertritt zu hindern. Erst am Betreten der DDR, dann an der Rückkehr.

Denn damals ging man in der DDR an den Aufbau der Arbeitermacht, des Sozialismus. Damals trug dieser Staat die Zukunftshoffnungen aller deutschen Antifaschisten. Und im Jahre 1950 traf sich die Jugend zum Deutschlandtreffen in Berlin. Gäste aus vielen Ländern

Diese Vorfälle konnten einen Mann wie Bert Brecht nicht ruhen lassen. So entstand der „Herrnburger Bericht“, elf von Paul Dessau vertonte Gedichte mit Zwischentexten „Zu Herrnburg hinterm Schlagbaum / Beginnt der Bonner Staat / Bluthunde streichen schaupeernd / Um Fallgrub und Stachel-drabt...“

Am Ende des Werkes nimmt Brecht die Verantwortlichen für die Remilitarisierung Westdeutschlands und die deutsche Spaltung aufs Korn, die Führer von CDU und SPD, Adenauer und Schumacher. In diesem Spottlied

★★★★★★

Hoch zu Bonn am Rheine sitzen
zwei kleine
Böse alter Männer, die die Welt
nicht mehr versteh'n
Zwei böse Greise, listig und
leise,
Möchten gern das Rad der Zeit
nochmals nach rückwärts
drehn.

Schumacher, Schumacher, dein
Schuh ist zu klein,
In den kommt ja Deutschland
gar nicht hinein.
Adenauer, Adenauer, zeig deine
Hand,
Um dreißig Silberlinge ver-
kaufst du unser Land.

Hoch zu Bonn am Rheine träu-
men zwei kleine
Böse alte Männer einen Traum
von Blut und Stahl
Zwei böse Greise, listig und
leise.

Kochen gern ihr Suppelein am
Weltbrand noch einmal
Schumacher, Schumacher, dein
Schuh ist zu klein,
In den kommt ja Deutschland
gar nicht hinein.

Adenauer, Adenauer, zeig deine
Hand,
Um dreißig Silberlinge ver-
kaufst du unser Land.

★★★★★★

Das kann ja einem Herrn
Katzor (dessen Schuh womög-
lich hoch kleiner ist) nicht ge-
fallen. Und so wird Bertolt
Brecht wieder einmal verboten.
Dennoch wird sich die
Vision Brechts eines Tages er-
füllen, die auch unter den heute
veränderten Bedingungen in
Deutschland nichts an Gültig-
keit verloren, an Brisanz nur
hinzugewonnen hat.

Schlagbaum und Schanzen /
Hat das denn Zweck? / Seht
doch, wir tanzen / drüber hin-
weg.“ Dieser Optimismus be-
stimmt unser Handeln.

Es wird die Jugend sein, die
vorangeht, wenn nach dem
Sturz der kapitalistischen Aus-
beuter, Militaristen und Kriegs-
treiber in West und Ost die
Mauer niedergeworfen und das
verteilte, unabhängige, sozia-
listische Deutschland aufgebaut
wird, für das auch Brecht ge-
kämpft hat.

Hanne Hiob und der Pfad-
finderbund haben versprochen,
das Werk auf jeden Fall am
11. Mai in Essen aufzuführen.
Und sei es auf einer Wiese.

Es ist zu hoffen, daß ihnen
das gelingt.

„Denkt stets an jenen 11. Mai in Essen!“

11. Mai 1982, Essen

Weder Tag noch Ort, die für die Aufführung des „Herrnburger Berichts“ gewählt wurden, sind Zufall.

Was ist der Hintergrund?

Essens Amtsleiter Krause fiel dazu der Presse gegenüber gar nichts ein. Oberbürgermeister Katzor brauchte immerhin einige Zeit, um sich zu erinnern. Dies ist der Hintergrund.

11. Mai 1952, Essen

30000 Jugendliche treffen sich zur Friedenskarawane. Unter ihnen ist Philipp Müller aus München, 21 Jahre, Mitglied der verbotenen FDJ wie viele der Demonstranten. Schon am Bahnhof werden sie von Lautsprecherwagen der Polizei empfangen: „Die Demonstration ist abgesagt!“ Sie pfeifen drauf. Zehntausende vereinigen sich vor dem Gruga-Gelände zur Demonstration: „Nieder mit dem Generalvertrag — her mit dem Friedensvertrag!“ „Wir wollen keine Atom-Waffen, wir wollen für den Frieden schaffen.“ Diese und andere Parolen schallen durch die Straßen. Da gibt die Polizei das Kommando „Feuer frei!“

„In diesem Augenblick gab ein Offizier das Kommando: „Feuer frei!“ Die Polizisten vorne zogen sofort die Pistolen und schossen wahllos auf die flie-

henden Jugendlichen, von denen einige hinstürzten (...). Ich sah auch den Jungen, der tot gegenbleib, und beobachtete, wie einige ältere Beamte, die hinführen, um dem Jungen erste Hilfe zu leisten, von einem Polizeioffizier angebrüllt wurden.



„Macht, daß ihr nach vorne kommt, und drückt euch nicht hinten herum. Laßt die liegen, die tun keinem mehr was! Vorwärts, ihr habt jetzt anderes zu tun!“

So bezeugte ein Kölner Bereitschaftspolizist die Ereignisse dieses Tages, bei denen Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde.

Das Presseamt der Stadt

Essen nennt das heute „Die blutig beendete Demonstration von 30000 jugendlichen Kommunisten“. „Es waren keine Friedenskämpfer, sondern gewaltsam und verbotswidrig auf tretende Agitatoren kommunistischer Politik.“ Kommunisten können keine Friedenskämpfer sein. Sagen die Militaristen und Kriegstreiber. So wurde nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches im Weltkrieg ein Kommunist erschossen, ein Anhänger der Partei, die am konsequentesten und unter den größten Opfern gegen die Nazis und ihren Krieg gekämpft hat. Und das wird heute noch gutgeheißen.

Johannes R. Becher schrieb 1952 in seinen „Deutschen Sonetten“

er war unser, war wie unser
Sohn,
Da er für Deutschlands Frieden
ist gefallen,
Wovon wir alle träumten und
wovon
Wir wollen sprechen jetzt zu
allen, allen.
„Die Mordtat bleibt den Mör-
dern unvergessen!
Denkt stets an jenen elften Mai
in Essen!“

und setzt den Kampf des Toten
fort!

waren dabei 700000 Menschen demonstrierten in diesen Tagen für die Einheit Deutschlands und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Daran sollte nach dem Willen der Bonner Machthaber kein westdeutscher Jugendliche teilnehmen. 30000 gelang es dennoch, sie überschritten illegal die abgegrenzte Grenze.

Nun wollte man sie wenigstens nicht ungehindert zurücklassen. Sie sollten zumindest registriert werden, in die noch brandneuen Karteien und schwarzen Listen der westdeutschen Staatsschutzbehörden eingespeichert werden, um sie später maßregeln, ihnen Ausbildung und Arbeitsplatz nehmen zu können.

14000 Jugendliche trafen bei Herrnburg auf die westlichen Grenztruppen. Zwei Tage und Nächte wurden sie festgehalten, weil sie sich nicht registrieren lassen wollten. Dann machten sie selbst dem Spuk ein Ende. „Gewalttätiger Durchbruch!“ hieß die Parole am dritten Tag. In Formation untergehakt marschierten die 14000 los — und die Grenzer stoben auseinander. Erst einmal im etwa vier Kilometer entfernten Lübeck angelangt, stellte man für sie sogar Sonderzüge bereit, um sie möglichst schnell auseinanderzubekommen und wieder übers Land zu verteilen. Vor einer Massendemonstration in der Stadt hatte man eine Heidenangst

Samstag, 15. Mai
21.15 Uhr, HR III
Unternehmen Kalavrita. Bericht über eine „Vergeltungsaktion“ der faschistischen Wehrmacht in Griechenland.
...

Samstag, 15. Mai
22.40 Uhr, WDR III
Rockpalast. Mit dem vor einem Jahr gestorbenen Reggae-Sänger Bob Marley.
...

Sonntag, 16. Mai
10.30 Uhr, ZDF
Lolita. In diesem 1959 entstandenen Spielfilm schändet Andrzej Wajda („Der Mann aus Eisen“) den Untergang der polnischen Kavallerie nach dem Überfall der Hitler-Armee.
...

Sonntag, 16. Mai
20.15 Uhr, ARD
Der Flug des Adlers. Dreiteiliger Fernsehfilm von Jan Troell („Die Auswanderer“) über einen schwedischen Ingenieur, der 1897 im Ballon den Nordpol erreichen will. In der Titelfolge Max von Sydow.
...

Sonntag, 16. Mai
21.15 Uhr, ZDF
Einer von uns. Unter dem Titel „Ausgestoßen“ zeigt das ZDF drei Filme, die sich mit Emigration und Asyl beschäftigen. Im ersten Beitrag erzählt Eberhard Itzenplitz die Geschichte eines deutschen Schriftstellers, der nach dem Machtantritt des Faschismus ins Ausland fliehen muß. Mit Simon Ruhaak, Anita Lochner u. a.
...

Montag, 17. Mai
16.15 Uhr, ARD
Margarethe von Trotta. Ein Portrait der Filmregisseurin von Kaija Raganelli und Konrad Winkler.
...

Montag, 17. Mai
21.20 Uhr, ZDF
Das Boot ist voll. In diesem zweiten Film der Reihe „Ausgestoßen“ beschreibt Markus Imhoof das Schicksal einer Gruppe von Flüchtlingen aus Hitler-Deutschland, die in der Schweiz Asyl suchen. Dort aber heißt es: „Das Boot ist voll.“ — kein Platz für Asylanten. Die Flüchtlinge werden zurückgeschickt, in den sicheren Tod. Mit Tina Engel, Hans Diehl, Curt Bois u. a.
...

Dienstag, 18. Mai
19.30 Uhr, ZDF
Hambacher Frühling. Dokumentarfilm über das Hambacher Fest, eine Massendemonstration der deutschen Demokraten vor 150 Jahren.
...

Mittwoch, 19. Mai
22.15 Uhr, WDR III
Der Jammer. Der 1971 entstandene Spielfilm des revolutionären türkischen Regisseurs Yilmaz Güney spiegelt das Elend in Ostanatolien wider. Mit Yilmaz Guney, Hayati Hamazaoglu u. a.
...

Freitag, 21. Mai
23.00 Uhr, ARD
Der Tag, an dem Elvis nach Bremerhaven kam. Spielfilm von Peter F. Bringmann über eine Jugend in den fünfziger Jahren.

In der letzten Folge unserer Serie hatten wir Geschäfte, Reichtum und Einfluß der Allianz zwischen Großgrundbesitzern und Privatbankern beschrieben. Dabei war bereits die Sprache auf die Großbanken gekommen. Diese Zentralen, diese Schaltstellen des westdeutschen Kapitalismus sind Institute, in denen mit Geldern jongliert wird wie sonst nirgends. Nicht umsonst wurde oft genug Frankfurt als die Hauptstadt der Republik bezeichnet: wer einmal die Skyline der dortigen City gesehen hat, mit den Geldburgen in Himelhöhe, der wird diese Aussage nicht ganz beiseite

schieben wollen. „Wertvoll“ ist eine Eigenschaft, die sich in allem durchzieht, was diese Banken tun — von der Innenausstattung ihrer Paläste bis zu ihren Geschäftsbeteiligungen, Aufsichtsratsposten und internationalen Verbindungen. Von den Bezügen ihrer Vorstandsmitglieder bis hin zu den Sitzen, die sie in Beraterkreisen der Regierung einnehmen. Im Jahre 1980 war das Geschäftsvolumen der drei Großbanken so groß wie der gesamte Bundeshaushalt, über 240 Milliarden Mark — dabei wurde rund 1 Milliarde als Gewinn ausgewiesen.

hier tut sich die Deutsche Bank besonders hervor: 18,8 Prozent ihrer gesamten Bilanzsumme bestehen aus solchen Sparkbüchern, diese Bank ist gleichzeitig Bundesdeutschlands größte Sparkasse.

Der Kern der Interessengruppe Deutsche Bank stellen jene Konzerne, die Dauermitglieder im Aufsichtsrat sind: Siemens, Bosch, Flick und Quandt. Im Beraterkreis der Bank befinden sich die Vorstandsvorsitzenden von Mannesmann, Daimler Benz, Bayer, BASF und VEB, sowie der Bertelsmann AG. Hier sitzen also die Vertreter der größten Konzerne der deutschen Wirtschaft, hier ist die mächtigste Finanzgruppe der deutschen Kapitalisten versammelt. Hier werden beispielsweise die Richtlinien für die Zinspolitik der Banken ebenso festgelegt wie die Vergabe von Auslandskrediten, die man durch den Steuer-

die Vernichtung von Arbeitsplätzen und vergessen zur selben Zeit nicht, trotz allem Geschrei um angebliche rote Zahlen, 300 Millionen Mark an Zinsen aus der Kasse zu holen.

Aber es gibt noch weitere Beispiele: die Bauindustrie und die großen Kaufhäuser beispielsweise. Bei beiden begann das große Sterben, als die Großbanken sich dieser Branchen in der 74er Krise annahmen.

Sie holen aus den Kassen, was zu holen ist, verdienen vor allem an Liquidationen und veranlassen die Schließung von Zweigwerken oder die Übernahme von Restgesellschaften durch größere Konzerne. Betrachtet man die Geschichte der durchgeführten, geplanten oder in Vorbereitung befindlichen Betriebsschließungen oder Teilstilllegungen, diesen ungeheuren Kahlschlag an Arbeitsplätzen, so kann man immer wieder feststellen, daß in den eigens dafür

Die Reichen in der Bundesrepublik (Teil IV)

PRÄDIKAT: WERTVOLL

Ein Federstrich für 25 Millionen Mark

Mit welchen Geschäftspraktiken diese „soliden Unternehmen“ arbeiten, zeigen solche Beispiele wie die im vorletzten Jahr überraschend verfügte Erhöhung der Gebühren für die Girokonten, die im wesentlichen die Lohnkonten der Arbeiter sind. Über Nacht brachte dieser einsame Beschluß eine Mehreinnahme von 25 Millionen Mark für die Deutsche Bank.

Erst in den letzten Wochen wurde erneut eine Tatsache an die Öffentlichkeit gebracht, die einen Skandal darstellt, aber in keiner Weise so behandelt wird — denn es betrifft ja die Großbanken. Klagen mehrten sich über das Buchungsverhalten der Geldmakler. Abbuchungen werden am selben Tag wie

daß Vorstand oder Aufsichtsrat den Herren beim Essen einen Vortrag halten. Solche Beiräte hat allein die Deutsche Bank in der Bundesrepublik ungefähr 500 — wobei das Geld für diese Leute in der Regel eher ein Taschengeld ist, denn da sitzen die Großaktionäre, die Spitzenmanager und ähnliche millionenschwere Leute. Aber dennoch: Eine Summe von 15 Millionen Mark, die ganz nebenbei bezahlt wird.

Die Dividendensumme, die sie auszahlen, nimmt sich dabei eher bescheiden aus: die Deutsche Bank zahlte für 1981 lediglich 223 Millionen Mark aus. Weitere 120 Millionen Mark wurden in die Rücklagen geführt. Unwillkürlich fragt man sich: Und das soll alles sein? Die drittgrößte Bank der Welt — nach der Bank of America und der New York Citybank — mit „popeligen“ 350 Millionen Mark Gewinn in einem Jahr?

Im Vergleich zu den beiden

Februar ist Party

In der Regel einmal im Jahr, Ende Februar, ist hoher Besuch im Münchner „Hotel Vier Jahreszeiten“. Es ist Banktag. Aber nicht etwa der Verbandstag des Bundesverbandes deutscher Banken, dessen Präsident Harald Kühn vom Bankhaus Salem Oppenheim und Cie so beredt für die Interessen der Gelddynastien eintritt. Nein, es ist ein besonderes Ereignis: Bankenkonzferenz des Hauses Siemens.

Der Vorstand der Siemens AG lädt zum Galadiner mit Vortrag, während dem es für die begleitenden Damen ein Sonderprogramm gibt. Rund 100 Banker finden sich da zusammen. Die Deutsche, die Dresdner, die Commerzbank, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank sowie die Bayerische Vereinsbank sind dabei als einzige mit je drei Gästen aus ihrem Vorstand, bzw. ihren Aufsichtsratsvorsitz-

auch die Chefs oder Großaktionäre anderer Großkonzerne.

Und wenn dabei Politik gemacht wird, ist auch klar, in welche Richtung. Schließlich hat der Siemensvorstand tradi-



Deutsche-Bank-Sprecher Christians (dritter von links) mit Gästen auf dem Banktag in Bonn.

tionell Anrecht auf Sitz und Stimme im Parteivorstand der Christlich Sozialen Union, und Franz Josef Strauß ist zu diesen Konferenzen geladen. Oder F.W. Christians, der Sprecher der Deutschen Bank: Wenn er zur Wirtschaftspolitik referiert, dann tut er dies auch als Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU.

Die Macher

Die großen Geschäftsbanken, sie lassen sich gerne als besonders kundenfreundlich feiern — so etwa nach dem Motto, komm her, ich leih dir was.

Aber die Schlinge, mit der man da umfassen wird, ist nicht das „grüne Band der Sympathie“. Die Faustregel im Bankengeschäft heißt: je mehr Spareinlagen du hast, desto höheren Gewinn. Wieso? Weil für Kleinsparer die niedrigsten Zinsen gegeben werden, also am meisten Zinsspanne beim Weiterverleihen vorhanden ist. Und

zahlbar absichern läßt. 10,5 Milliarden Mark haben westdeutsche Banken im Ausland angelegt, davon rund 4 Milliarden in den letzten drei Jahren. Wohlgeachtet: All jene Argumente, die von den Kapitalisten stets als Rechtfertigung für die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer angeführt werden, sie gelten hier schon dem Anschein nach nicht. Hier geht es nur darum, wie man die Milliarden, die man aus dem Geldverleihgeschäft gewonnen hat, wieder möglichst gewinnbringend weiterverwendet.

Die Banker sind, so falsch ist das nicht, tatsächlich in gewissem Sinn die Macher, vor allem die Kaputtmacher. Immer dann, wenn sich ein Bankenkonsortium einem bestimmten Betrieb oder gar einer ganzen Branche der Wirtschaft zuwandte, dann begann das große Sterben.

Die Stahlindustrie ist das jüngste Beispiel. Die Banken diktiert Betrieben wie Hoesch

eingerichteten Stäben oder Beiräten die Banken überdurchschnittlich stark vertreten sind, meist gar als Hauptträger solche Geschäfte abwickeln. Dabei achten sie stets darauf, daß ihr eigenes Kapital gesichert ist. So wird die Vernichtung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie beispielsweise durch Sozialpläne gemildert. Aber daß die bis zuletzt profitierenden Banken dafür zur Kasse gebeten werden, scheint ein Ding der Unmöglichkeit — die Steuergelder werden dafür benutzt, und wenn es nicht reicht, dann pumpen die Banken noch etwas, zu üblichen Zinsen, versteht sich.

So ist es kein Zufall, wenn gerade die Deutsche Bank, deren wirtschaftliche Macht heute etwas größer ist als die der beiden nächstgrößten zusammen genommen, in den beiden letzten Jahren ihre Gewinne verdoppeln konnte — sie verdient bestans an der Krise, sie profitiert auf jede Weise von den Arbeitslosen.



Bankmetropole Frankfurt

getätigt vorgenommen, Einzahlungen bis zu drei Tagen später. Durchschnitt: 4,18 Mark Gewinn je Konto im Monat. Wenig? — Zusammen immerhin rund 50 Millionen Mark jeden Monat, die so von den Banken eingesackt werden.

Über wieviel Geld diese Banken verfügen, zeigt sich auch an den Bezügen, die sie auszahlen. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank erhielt bereits vor vier Jahren ein Jahresgehalt von 1,2 Millionen Mark, die anderen 11 Herren des Vorstands jeweils eine runde Million.

Die Beiräte — ein Instrument, das dazu geschaffen wurde, um aktienrechtliche Bestimmungen zu umgehen — erhalten pro Sitzung runde 10000 Mark. Wobei diese Beiratssitzungen im wesentlichen daraus bestehen,

vor ihr liegenden wahrlich wenig. Aber so ganz stimmt es auch nicht. Darin sind nicht die „Prozente“ für den Aktienhandel beispielsweise eingerechnet. Und damit beschäftigen sich immerhin 6000 der 39000 Angestellten der Deutschen Bank. Und nicht eingerechnet sind die Zinsgewinne aus den längerfristigen und langfristigen Bundesverschuldungen, die mehrere Milliarden ausmachen.

Denn die Deutsche Bank ist der Hauptnutznießer der Staatsverschuldung. Die 100000-Mark-Anleihen, aus denen der Hauptteil der Bundesschuld bestritten wird, sind für Kleinanleger eben nicht erswinglich. Es wird mit jährlich allein 3 Milliarden Mark Zinsgewinn für die Deutsche Bank gerechnet, die der Steuerzahler überweist.

zenden vertreten.

Die Verbindungen des Hauses Siemens zu den Banken sind vielgestaltig: Schließlich waren sie an der Gründung der Deutschen Bank beteiligt und sind bis heute deren größter Aktionär. Siemens selbst erzielte im Geschäftsjahr 1978 900 Millionen Mark Gewinn aus Zinseinnahmen und ist damit — nebenbei — eine der größten bundesdeutschen Regionalbanken. Auf dieser Bankenkonzferenz sind die Vertreter der wichtigsten Finanzgruppierungen der westdeutschen Kapitalisten anwesend, und da ist es dann Nebensache, wenn diese Veranstaltung ein paar Millionen Mark kostet. Dort wird der Kurs der Größen im Bankgeschäft festgelegt, dort treffen sich neben den Siemens und den Bankmanagern

Entwicklung der Großbanken im Jahr 1981

Geschäftsergebnisse und Veränderungen gegenüber 1980

	Deutsche Bank		Dresdner Bank		Commerzbank	
	in Mio. Mark	in %	in Mio. Mark	in %	in Mio. Mark	in %
Bilanzsumme	114 473	+ 8,8	79 609	+ 5,2	84 298	+ 0,6
Geschäftsvolumen	118 150	+ 10	81 740	+ 5,3	66 896	+ 0,1
Kreditvolumen	58 591	+ 5,4	59 957	+ 1,0	46 082	+ 1,4
Zinsüberschuß	3 403	+ 21,4	1 724	+ 14,5	1 084	+ 14,6
Provisionsüberschuß	892	+ 10,5	639	+ 18,7	447	+ 12,2
Personalaufwand	2 107	+ 6,8	1 412	+ 4,3	1 044	+ 4,2
Sachaufwand	642	+ 8,5	525	+ 7,1	321	+ 3,5
Steuern v. Ertrag u. Vermögen	542	+ 14,2	136	+ 9,3	40	+ 8,7
Betriebsergebnis		+ 29,7		+ 57	190 (— 9) Mill. DM	
Dividende für 1981 (1980) in Mark	10 (10)		4 (8)		0 (0)	

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 19, 14 Mayıs 1982

Yıl: 16

1 DM

Falkland savaşı sürüyor

İngiliz bahriyesi yeniden bombalı saldırıya geçti

Birleşmiş Milletler, Falkland sorununun görüşmeler yoluyla çözülmesi için harekete geçtiği halde, İngiliz Thatcher Hükümeti adaların çevresindeki savaş alanında bombalı saldırılarını sürdürüyor. Hafta başında adadaki Port Stanley ve Port Darwin şehirleri bombalandı.

İngiliz savaş uçakları sadece Arjantin askeri uçaklarına yeniden saldırıda bulunmadılar, aynı zamanda bir sivil Arjantin gemisini de batırdılar. Tüm bunlar İngiltere'nin Malvin adaları konusundaki sömürgeci çıkarlarını en vahşi askeri şiddetle bile baş vurarak gerçekleştirmek istediğinin bir göstergesidir.

Yüzlerce insanın ölmesine yol açan bu savaş her iki taraf açısından da haklı bir dava uğruna sürdürülmektedir. Arjantin Galteri cuntası birliklerinin Malvin adalarına (Falkland adalarının esas ismi) çıkartma yapması hiç bir şekilde Arjantin halkının çıkarı için değildir. Aksine cuntanın bu çıkartması, sadece ve sadece kendi saltanatının devamını sağlamaya, sallantıya uğrayan mevzisini tekrardan sağlamlaştırmaya,

kendisine karşı yönelebilecek kitle mücadelesini askeri mace-racılığının desteklenmesine kanallı etmeye ve böylece halk ile emperyalizm uşağı askeri diktatörlüğün "yurtsever ittifakını" kurmaya hizmet etti.

Öte yandan İngiliz savaş fi-losunun saldırıya geçmesinin de ne uluslararası hukuk norm-larının savunulması ne de ada halkının faşist diktatörlüğün boyunduruğundan kurtarılması ile uzaktan yakından bir bağı var. Aksine, bu savaşın İngiliz emperyalizmi açısından sadece ve sadece bir tek anlamı var. Bu da İngilizlerin ada üzerindeki sömürgecilik hakimiyetinin devamının sağlanması, İngiliz emperyalizminin Güney Atlas Okyanusu'ndaki çıkarlarının korunmasıdır.

Bunun için tüm savaş kar-sılıklarının görevi bu sömürgecilik

savaşına karşı çıkmaktır. Fede-ral Almanya'nın İngiliz savaş kıskırtıcılarına yaptığı her türlü desteğine karşı mücadele sür-dürülmelidir.

Bonn Hükümeti, NATO ve AET çerçevesinde alınan Arjan-tin mallarının boykot edilmesini öngören kararları desteklemek-le açığıca İngiliz emperyalist-lerine arka çıkmaktadır. Bir taraftan İrlanda Hükümeti İngiltere'ye olan diplomatik desteğinden vaz geçmez ve That-cher Hükümeti'nin "saldırgan-lığını" mahkum ederken, öte yandan Bonn Hükümeti ise hafta sonunda yapılan AET otu-rumunda Arjantin'e karşı boykot önlemleri süresinin uzatılmasını destekledi.

Açık olan şu ki, böylesi bir tutum İngiliz saldırganlarını güçlendirmekte, ada sorunun "askeri çözümünü" için Thate-her Hükümeti'ni girişimlerinde teşvik etmekte ve böylece Güney Atlas Okyanusu'ndaki savaşın sürmesine katkıda bulunmaktadır. Bu duruma göz yumul-mamalı ve Almanya'daki barış hareketi Bonn Hükümeti'nin İngiliz savaş kıskırtıcılarını des-teklemeden vaz geçmeye zor-lanmalıdır.

melekleri olarak göstermekten başka hiç bir şeye hizmet et-memektedir. Bu önerilerle barışsever insanların dikkatleri iki savaş kıskırtıcı arasındaki gör-rüşmelere çekilmek ve onların barış umutları bunlara bağlan-mak isteniyor.

Bunun için barış hareketi ne bugün ABD'de Reagan'ın poli-tikasını eleştiren Edward Ken-nedy'e ne de emperyalistler, özellikle de iki büyük savaş kıskırtıcı arasındaki görüşmelere bel bağlamalıdır. Çünkü bugün Reagan'ı eleştiren Edward Ken-nedy gibileri de mali sermayenin diğer saldırgan bölümünün tem-silciliğini yapıyorlar. Ve o, nükle-ler imha silahları yerine kon-vasyonel silahlanmadan yana-dır. Bunun için Almanya'daki barış hareketi emperyalistler, özellikle de iki süper devlet arasındaki görüşmelere bel bağ-lama hayalini terk ettiği sürece gelişebilir ve barışın korun-masına hizmet edebilir.

(„Reagans neue Tricks“)



Her hafta
Cuma günü çıkar

Faşist cuntaya karşı yürüyüş Geçen hafta sonu, Kenan Evren cunta-sının idamlarını, katliamlarını, işkence-lerini ve Kürt ulusu üzerindeki soy kırımını protesto etmek için 15 bini Duis-burg'ta olmak üzere toplam 20 bini aşkın insan Köln'de ve Duisburg'ta yürüdü. Bu yürüyüşlerde Kenan Evren faşist cuntasının Bonn Hükümeti tarafından desteklenmesi de mahkum edildi. Cuntaya karşı düzenlenen bu eylemlerin ayrıca artan yabancı düşmanlığı ve Federal Almanya'nın yabancı düşmanı politikası ile de bağı kuruldu. Köln'deki yürüyüşün fotoğrafında da görüldüğü gibi partimiz KPD'de bu eylemi destekledi.

Federal Ordu geri adım atmaya zorlandı

Romika'da acemi erlere yemin ettirme töreni

MAINZ. — 13 Mayıs'ta Federal Savunma Ordusu şimdiye kadar işyerlerinde düzenlediği resmi acemi asker yemin törenlerine bir yenisini daha eklemek istiyordu. Bu yemin törenlerinin dördüncüsü de Gusterath'daki Romika işletmesinde yapılacaktı. Başta sendikacılar olmak üzere çeşitli gruplar tara-fından yükseltelen protestoların sonucu militaristler geri adım atmak ve yemin törenlerini kışlalarda yapmak zorunda kaldılar.

3000 işçinin çalıştığı (işçilerin sadece yüzde 12'si sendikali) Romika işletmesi yönetimi ve işyeri işçi temsilcisi Federal Sa-vunma Ordusu'nun yemin töre-nini işyerinde yapmak istemesi-ni memnuniyetle karşıladılar. DGB Kaza Yönetim Kurulu üyesi olan ve CDU Kaza Mec-lisi'nde yer alan işyeri işçi tem-silcisi Başkanı Karl Jakobs utanmadan bir de "Eğer Savun-ma Ordusu ! bunun için ricada bulunuyorsa, neden bunun üzerine düşünüp taşınayım ki?" diyebiliyor.

Bu kadar açık seçik olan militarizm yanlısı bir tutumu DGB Bölge Yönetimi bile

reddetti. Bir çok sendikacı ve Trier'den çeşitli gruplar protes-toları yükseltince, Federal Sa-vunma Ordusu geri adım atmak zorunda kaldı. Ayrıca gelecekte de işyerlerinde bu tür provo-katif acemi asker yemin tören-lerinin yapılacağı açıklandı. Bu-nun için uyanık olmalı ve bun-lara da gerekli cevap vermeliyiz. Özellikle de sendikalar bu tür bir provokasyona karşı harekete geçmelidirler.

Öte yandan Jakobs gibilerin açtıkları açığa militarizm yanlısı tutumu sendikal ilkelerle çeliş-mekte ve bunun için de bu tür şahıslar derhal sendikadan ihraç edilmelidir.

BU HAFTA Grev hakkına saldırı

Stuttgart Eyalet İş Mahke-mesi, IGM'nin 1981'in ilk baharında düzenlediği uyarı grevleri üzerine işverenlerin açtıkları davaya hak vererek uyarı grevlerinin yasa dışı olduğunu açıkladı.

Protesto eylemi

Bremen Vulkan tersanesi işçileri, patronun işyerlerini yok etme planını protesto et-mek amacıyla iki saatliğine iş bıraktılar 2

Arnavutluk'ta 1 Mayıs

İşçi sınıfının uluslararası bir-lık, dayanışma ve mücadele günü 1 Mayıs, Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriye-ti'nin başkenti Tiran'da dü-zenlenen görkemli bir yürü-yüşle kutlandı 3

Peine-Salzgitter

Peine-Salzgitter AG (P-S) Çelik işverenleri, Peine'deki işletmeyi reorganize ederek işçilerin çıkışını planlamak-talar. Bu durumu protesto eden işçiler iş bıraktılar ... 3

Jaruzelski işçilere karşı saldırıları yoğunlaştırdı

Polonya'da yüzlerce işçi tutuklandı

Kilise cuntaya karşı yürüşü mahkum etti

VARŞOVA. — Polonya'da işçi ve emekçilerin 1 ve 3 Mayıs'ta görkemli eylemler düzenlemesinin ardın-dan askeri cunta kitlesel tutuklamalara girişti. Hafta sonuna kadar bu yürüyüşlere katılmakla suçlanan 1500 kişi tutuklandı.

Yürüyüşe katıldıkları ileri sürü-len 600 kişi suçlusu kurulan mahkemeler tarafından yargı-landı. Bu yürüyüşlerin elebaş-ları hakkında henüz yargılama yapılmadı. Görüldüğü kadany-la onlar uzun hapis cezalarına çarptırılmak isteniyorlar. Aske-ri cunta bu yeni baskı yöntem-leri ile ülkenin bir çok şehrindeki sıkıyönetim uygu-lamalarını daha da sertleştirdi. Örneğin gece sokağa çıkma yasası ilan edildi ve her türlü toplantının yapılması yasak-landı.

Polonya işçi hareketinin bir dizil vahşi saldırıya uğramasına rağmen, direnme gücünün kırıl-

lamadığını düzenlenilen eylemler ortaya koymaktadır. Jaruzelski cuntasının tüm saldırılarına rağmen, gizli yayını sürdür-en "Solidarnosc" sendikası radyo-su bu hafta da askeri dikta-törlüğe karşı protesto eylem-lerine çağırıyor. Polonya katolik kilisesi bir bildiri yayınlarak rejime karşı her türlü gösteriyi kınadı ve açıkça işçi hareketine karşı tavrı takındı. Başpiskopos Glemp 1 ve 3 Mayıs'ta düze-nlenen militan gösterileri eleştirdi ve hatta hükümetin kıskırtma korosunda yer alacak kadar bile ileri gitti.

(„Massenverhaftungen in Po-len“)



Polonya'da işçiler 1 Mayıs'ta cuntanın yasaklarını hiçe saydılar.

Eyalet İş Mahkemesi'nin uyarı grevlerini yasa dışı ilan etmesi

Grev hakkına düzenlenen bir saldırıdır

STUTTGART.— İşverenler Birliği'nin uyarı grevleri üzerine açtıkları dava 21 Nisan'da bir üst mahkeme tarafından görüldü. Stuttgart Eyalet İş Mahkemesi'nde sürdürülen davada, mahkeme 1981 ilk baharında IG Metall'in yaptığı uyarı grevlerinin kanuna aykırı olduğunu belirtti.

Bu karardan önce bölgesel İş Mahkemesinde sürdürülen davalarda, mahkeme heyeti IG Metall'a hak vermişti. Bölgesel İş Mahkemelerinden sadece tek bir tanesi uyarı grevlerinin kanuna aykırılığı yönünde karar almıştı. Böylece bu karardan sonra bir üst mahkeme de işverenlerin davalarına hak vererek uyarı grevlerini yasadışı ilan etti.

Mahkeme ayrıca toplu sözleşme ya da uzlaşma görüşmelerinin sürdüğü dönemde IG Metall'in işçileri fazla mesai yapmayı reddetmeye çağırma-yacağını açıkladı.

Uyarı grevlerinin üzerine işverenlerin açtıkları davalar henüz bir çok Eyalet İş Mahkemesi'nin de sonuçlanmadı. Ancak görüldüğü kadarıyla Stuttgart Eyalet İş Mahkemesi'nin uyarı grevlerini yasa dışı niteliği diğer iş mahkemelerinin kararlarını da etkileyecektir.

IG Metall sendikası, mahkemenin işverenlerin lehine verdiği bu karara karşı Kassel Federal İş Mahkemesi'ne itirazda bulunacaktır. Ancak Kassel Federal İş Mahkemesi'ndeki hakimlerin kendiliğinden sendikaların lehine bir karar alacaklarını sanmak büyük bir yanılgıdır. Çünkü onlar şimdiye kadar bir dizi kazanılmış sendikal hakkı sınırlandırdılar.

Stuttgart Eyalet İş Mahkemesi'nin aldığı karar sendikalar için bir uyarı anlamına taşımaktadır. İşverenlerin bugün uyarı grevlerine karşı dava açmalarının son tahlilde kazanılmış grev hakkına bir saldırı olduğu halde IG Metall Yönetimi şimdiye dek kararın sendika hareketinin lehine alınması doğrultusunda mahkemelere siyasi baskıda bulunmak için hiç bir girişimde bulunmadı. Bu duruma bir son verilmelidir. Şimdi

sessizliği tercih etmek yerine sendikalar, işverenlerin bu acımasızca saldırılarına karşı harekete geçmelidirler. Eğer diğer eyalet iş mahkemelerinin ve Federal İş Mahkemesi'nin uyarı grevlerini yasal olarak nitelermeleri yönünde bir karar almaları sağlanamazsa, bu sendikal hareketin bir yenilgisi, grev hakkının daha da sınırlandırılması demektir.

Grev hakkının sınırlandırılması



Anti-faşistler "Bürgerinitiative Ausländerstopp"un kışkırtma toplantısını protesto ettiler.

Polis, NPD'nin Yan Örgütünün yabancılara karşı kışkırtma toplantısına imkan sağlamakta

BATI BERLİN (Halk Muhabiri).— 24. 4. 1982 tarihinde NPD'nin yan örgütü olan "Bürgerinitiative Ausländerstopp"un Rathauskeller Charlottenburg'ta saat 19.00'da bir toplantı yapmak istediği haberini aldık. Bunun üzerine hemen çeşitli sol örgütler harekete geçtiler. Biz saat 18.00'de toplantının yapılacağı yere vardık ve orada bildiri dağıttık. Daha sonra bir dizi SEW'li yoldaş, bir kaç Juso'lu ve diğer anti-faşistler geldiler. Böylece yaklaşık olarak 100 anti-faşist eylem yerinde bir araya gelmiştik.

SEW'nin (Batı Berlin Sosyalist Birlik Partisi) "Lumme Kararnameleri geri alınmalıdır!" pankartının altında bir kaç Nazi ustaca sokulup geçtiğinde, SEW'yi bizimle birlikte giriş kapısını bloke etmeye ve halka eylemimizin amacını açıklamaya çağırdık. Ancak SEW yöneticileri bu çağrımıza pek az ilgi gösterdiler. Onlar sadece protestolarını yapıp ve olay çıkmadan eylem yerinden ayrılmak istiyorlardı ki, bunun da alanı Nazilere terk etmekten başka hiç bir anlamı yoktur.

Böylece biz insiyatifi ele alarak üzerinde "Almanlar ve yabancılar-tek sınıf tek mücadele cephesi" yazılı pankartımızı doğrudan giriş kapısına karın yüksekliğinde astık ve arkasında kol kola girdik. Daha sonra arka arkaya aralarında SEW'li yoldaşların da bulunduğu bir çok anti-faşist bizim yanımızda toplandı. Böylece artık bir tek Nazi dahi içeri girmiyordu. Eylem yerine polis gelince, bunun üzerine SEW'nin yöneticisi tekrardan gelip yoldaşlarımızı dağılmaya çağırdı. Ancak hepimiz direnmeye kararlıydık ve hep birlikte "Naziler şehrimizden defolun, faşizmden bıktık artık", "Alman polisleri faşistleri koruyor" sloganlarını haykırdık. Polis birlikleri de bir şey yapamadılar. Ve biz halkı

masi ile patronların eline işçilere saldırmaları için yeni bir silah daha verilmiş olur. Federal İş Mahkemesi daha önce de işverenlerin lokavt uygulamalarının yasal olduğunu açıklamıştı.

İşte şimdi sessiz kahrşak bu yönde ikinci bir adım atılarak elimizdeki mücadele silahlarından biri olan grev hakkı da sınırlandırılmış olur. Bunun için tüm DGB sendikaları buna karşı siyasi protesto eylemleri örgütlemelidirler! Grev hakkının sınırlandırılmasına son! Sınırsız ve yasal olarak güvence altına alınmış grev hakkı için! Lokavt kanunun yasaklanması!

(„Angriff auf das Streikrecht“)



Bremen Vulkan tersanesi işçileri işyerlerinin yok edilmesine karşı protesto eylemi düzenlediler.

İşçiler işyerlerini korumak için mücadeleye atıldılar

Bremen Vulkan tersanesinde protesto eylemi

BREMEN.— 28 Nisan, Çarşamba günü öğleden sonra Vulkan tersanesi işçileri işi iki saatliğine bıraktılar. Greve giden işçilerin talepleri şunlardı: Tersanemizin AG Weser tersanesi ile birleştirilmesine hayır! Tüm işyerleri korunmalıdır!

Yaklaşık olarak 4000 işçinin çalıştığı Vulkan tersanesinde 3000 işçi IG Metall sendika temsilcilerinin çağırısına uyarak işi bıraktılar. İşyerlerini korumak için mücadele silahına sarılan tersane işçi ve memurları Bremen-Vegesack'ta bir protesto eylemi düzenlediler. Halk evinin önünde yapılan mitingte konuşan iki işyeri işçi temsilcisi tersanenin bir başka tersane ile birleştirilmesine karşı çıktılar.

Protesto eyleminin düzenlenmesine, Bremen Senatosu'nun ve tersane kapitalistlerinin görevlendirdiği "İşverenler danışmanlığı" adlı bir rasyonelleştirme firmasının tuttuğu rapor yoi açtı. Raporda gerek

Vulkan tersanesinde gerekse AG Weser tersanesinde birleştirilmenin sonucunda çalışan işçilerin sayısının hemen yarisına indirilmesi önerilmektedir.

Vulkan tersanesi işçilerinin berrak bir hedefe sahip olarak düzenledikleri bu eylem, sosyal işbirliği politikası sürdüren IG Metall Bölge yönetiminin hiç te işine gelmiyordu. IGM Bölge Yönetim Kurulu üyesi Gerd Klöver, işçi ve memurların tüm işyerlerinin korunması ve tersanenin bir diğer tersaneyle birleştirilmesine karşı çıkan taleplerini reddederek tersanelerin statükosunun korunamayacağını ve rasyonelleştirilmenin kaçınılmaz olduğunu açıkladı.

Bremen Vulkan tersanesindeki işyeri işçi temsilciliğinin çoğunluğunu "Echlot" adlı mahalefet grubunun üyeleri oluşturmaktadır. İşyeri işçi temsilciliği başkanı Fritz Bettelhauser rasyonelleştirme planlarına karşı gelecekte AG Weser tersanesi işçileri ile birlikte eylemler düzenleyeceklerini belirtti.

(„Belegschaft der Bremer Vulkan Werft kämpft für Arbeitsplätze“)

CDU/CSU yabancılara her türlü hakkının sınırlandırılmasını talep ediyor

CDU/CSU'nun hükümet oldukları 7 eyalet tarafından yabancılara karşı yeni bir tasarı hazırlanarak Federal Parlamento'nun onayına sunuldu. Tasarıda, yabancı çocukların Almanya'ya ailelerinin yanlarına getirilmesini önlemek için yaş sınırının (altı yaşın) daha da düşürülmesi, ailelerin birleştirilmesinde belirli bir konut zorunluluğunun aranması, ilticacıların ve öğrencilerin ailelerini yanlarına getirilmelerinin yasaklanması vb. yabancılara zaten kısmi olan hak ve özgürlüklerini tamamen ortadan kaldıran kararların alınması talep edilmektedir. Kısacası, CDU/CSU partileri tarafından yönetilen tüm eyaletler Federal Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan yabancılara kazandıkları sınırlı bir takım demokratik hakların tamamen rafa kaldırılmasını, yabancı işçilerin ve ailelerinin her haktan yoksun modern köleler durumuna getirilmesini istiyorlar.

Aynı kararların alınmasını belirli değişikliklerle SPD de talep ediyor. Elbette her önerilen tasarıda olduğu gibi bunun yabancılara lehine olacağı, yabancı düşmanlığını önleyeceği sahtekarlığına baş vurularak, yabancı düşmanlığı olmasının nedeni olarak yabancılara sayılarımla fazla olması gösterilmektedir. CDU/CSU tarafından Federal Parlamento'ya verilen tasarıda hangi noktaları kapsadığı üzerine "Kızıl Şafak"ın gelecek sayılarının birinde ayrıntılı olarak duracağız.

(„CDU/CSU fordert schärfere Massnahmen gegen Ausländer“)



Bu hafta TV'de

16 Mayıs, Pazar
Saat 10.30, ZDF
Lotna: 1959 yılında çevrilen bu filmde Andrzej Wajda (Çelikten insan) Hitler ordularının saldırısında Polonya süvarilerinin kırıdırılmasını anlatıyor.

16 Mayıs, Pazar
Saat 21.15, ZDF
İçimizden biri: "Toplumdan dışlanmış" adı altında ZDF programı göçmenleri ve ilticacıları konu edinen üç film dizisi gösterecek. İkinci gösterilecek filmde Eberhard Itzenplitz, Hitler faşizminin iktidara gelinden sonra yurt dışına kaçmak zorunda kalan bir Alman yazarının başından geçenleri anlatıyor.

17 Mayıs, Pazartesi
Saat 21.20, ZDF
Vapur dolu: "Toplumdan dışlanmış" filminin ikinci dizisinde Markus Imhoff Hitler Almanya'sından kaçıp İsviçre'de iltica talebinde bulunan bir grup ilticacının yaşadıkları olayları anlatıyor. İlticacılar İsviçre'ye vardıklarında kendilerine şu deniliyor: "Vapur dolu"-İlticacılar için yer yok. Böylece iltica talebinde bulunanlar geri gönderilerek ölümün pençesine veriliyorlar.

19 Mayıs, Çarşamba
Saat 22.15, WDR 3
Ağıt: Yılmaz Güney'in 1971 yılında çevirdiği bu filmde Doğu Anadolu halkının sefaleti ortaya koyulmakta.

Hamburg: Faşistler, KPD bürosuna saldırdılar

5 Mayıs'ı 6 Mayıs'a bağlayan gece saat 2 ile 3 arasında Hamburg'un Schulteblatt semtinde bulunan "Roter Morgen" kitabevinin camları kırılıyor. Camların kırılmasının sonucu vitrinde bulunan tüm yayınlar kullandılmaz hale getiriliyor.

Hamburg'lu KPD'li yoldaşlar son dönemlerde Neo-faşistlerin büronun bulunduğu yere gelip gittiklerini söylemelerine rağmen, polis bu saldırıyı ve camların kırılmasını "sadece sigortanın çözmesi gereken" bir sorun olarak ele alıyor. Kitabevinin camlarının kırılmasının ardından ayrıca faşist ANS çetesinin başbuğu Michael Kühnen'in serbest bırakılmasını talep eden pullar ortaya bırakılıyor.

(„Anschlag auf Hamburger KPD-Bücherei“)

İsveç Komünist Partisi kuruldu

Nisan ayı başında İsveç Komünist Partisi kuruluşunu ilan etti. Partinin kuruluşundan önce İsveçli Marksist-Leninistler, İsveçli Komünist Partisi'nin Maoocu bir partiye dönüşmesinden sonra, Marksizmin-Leninizm'in safliğini korumak için yıllar boyunca çetin mücadele sürdürdüler. İsveç'in sosyo-ekonomik yapısının bir tahlilinin yapılması ve devrimin görevlerinin tespit edilmesi için sürdürülen tartışmaların bir sonucu olarak çeşitli Marksist-Leninist gruplar partinin kurulması noktasında birleştiler.

İsveç Komünist Partisi, partimize (KPD) gönderdiği kuruluş açıklamasında, partinin kuruluş kongresinin başarıyla taşındığını ve partinin mücadelede güçlü bir müfreze dönüşeceğini vurgulamaktadır.

Kuruluş kongresinde alınan tüm kararlar mücadeleciler bir ruhla ve birleşik bir temelde alındılar.

Partinin kuruluş kongresinde, partinin program ve tüzüğü, Geçici Merkez Komitesi ve Merkezi Denetim Komisyonunun raporları onaylandı.

Kongrede ayrıca Parti'nin şu an on ilde olan örgütlerinin kapsamının genişle-

tilmesi, Komünist Gençlik Örgütü'nün kurulması doğrultusunda adımların atılması, mahalli sendikal muhalefetin ülke çapında merkezi bir muhalefet, Kızıl Sendika Muhalefeti (RFO) olarak birleştirilmesi, şimdilik aylık olarak yayınlanan Merkez Yayın Organı'nın gelecek parti kongresine kadar haftalık olarak yayınlanması için adımların atılması vb. kararlaştırıldı.

Yeni kurulan genç kardeş partimize, partimiz KPD gönderdiği kutlama mesajında, İsveç Komünist Partisi'nin kuruluşunu, İsveç işçi sınıfı için önemli bir olay olarak selamlamakta, genç partinin hedeflerine ulaşacağı ve İsveç işçi sınıfı tarafından gerçekten öncü müfreze olarak tanınacak bir partiye dönüşeceği doğrultusunda umut ve güvenini vurgulamaktadır. Mesajda ayrıca partilerimiz arasında ilişkilerin Marksizm-Leninizm ve proletarya enternasyonalizmi temelinde, emperyalizme, sosyal emperyalizme, gericiğe ve revizyönizme karşı ortak mücadelede geliştirilmesi isteği de dile getirmektedir.

(„Kommunistische Partei Schwedens gegründet“)

Peine'de çelik işçileri işyerlerini korumak için protesto eylemi düzenlediler

PEİNE.— 7 Mayıs Cuma günü, Peine-Salzgitter AG (P-S) çelik işletmesinin Peine şubesinde sabah vardiyasında çalışan işçiler toptan iki saatliğine işi bıraktılar. Çelik işçileri işyerlerinden Herner Platz'a kadar yürüyerek, orada P-S patronlarına işyerlerini yok etme planına karşı bir protesto mitingi yaptılar. Çelik kapitalistleri henüz 4000'i aşkın işçinin çalıştığı işyerini reorganize ederek işçileri işten atmak istemekteler.

Peine'de 7 Mayıs Cuma günü öğle vakti düzenlenen işi bırakma eylemine 2500 çelik işçisi katılarak firmanın 5. giriş kapısının bulunduğu Herner Platz'a kadar yürüdü. Sabah vardiyasında çalışan işçilerin hemen hemen tümü eyleme katıldı. Bütün iş bölümlerinde üretim durduruldu. Büro emekçilerinin de ezici çoğunluğu bu eyleme katıldı.

"Peine kapatılmamalıdır, bunun uğruna sokaklara dökül-

meliyiz" şeklinde bir pankartın üzerinde yazıyordu. İşçiler, üzerinde "P-S'nin Peine işçileri için idam kararı" yazılı siyah bir tabut taşıyorlardı. Konuşmacı kürsüsünde de sembolik olarak bir idam sehpa kurulmuş ve bir manken bebek asılmıştı. İdam sehpasında salınan bebeğin üzerinde "Ben bir P-S işçisiyim" ve buna ek olarak "Bunu P-S Yönetimi istiyor" diye yazılı.

İşçi arkadaşlar bu sembolik araçlarla P-S çelik tekelini yö-

netimin işyerini reorganize planlarının gerçekleştirilmesi durumunda kendilerini hangi şeylerin beklediğini ortaya koymak istiyorlardı.

İnce tesviyecilik ve tel üreten bölümü işçilerin talep ettikleri gibi Peine'de yapmak yerine tekel yöneticileri Salzgitter şubesindeki ince tesviyecilik bölümünü modernleştirmek istiyorlar. Bu da İlse'de ve Peine için idam kararı demektir. Peine'deki işletmenin yüksek fırınlarının bulunduğu şube olan İlse'de artık çoktandır hurda listesine bulunmaktadır. Bu şube gelecek yıl kapatılacak.

Peine'de çelik işletmesinin kapatılması bir çok olumsuz sonuçları da beraberinde getirmektedir. Peine-Salzgitter çelik tekelini üç şubeden oluşuyor. Salzgitter'deki işletmede yuvarlak olarak 2 bin, Peine'deki

şubede 4000 ve İlse'deki şubede ise 7000 işçi çalışmaktadır. Peine'deki işletmenin kapatılması durumunda, Peine'nin "sanayii harabelerinin bulunduğu" bir şehire dönüşeceğini cuma günü düzenlenen protesto mitinginde IG Metall temsilcisi ve işyeri işçi temsilcisi açıkladı.

Bu nedenle Peine işçileri, Dortmund Hoesch işçilerinin yaptığı gibi halka mücadeleye atılması için çağrıda bulundu. P-S çelik işçileri hakkında desteğini alarak Salzgitter çelik patronlarına, son tahlilde de Bonn Hükümeti'ne siyasi baskıda bulunup ve Peine'de yapılması talep edilen ince tesviyecilik ve tel üretimi bölümünün yapılmasını sağlamak istiyorlar.

Ancak Peine çelik işçileri Dortmund'daki mücadelenin yenilgilerinden dersler çıkarmamışlardır. Ve ne Bonn'daki parti-



Aralarında Türkiyelilerinde yer aldığı Peine çelik işçileri, Peine çelik işletmesinin kapatılması planını protesto ettiler.

lere ne de onların sendika cihazının ve işyeri işçi temsilciliğinin başına çöreklenmiş dostlarına bel bağlamalıdır. Çünkü bunlar mücadeleyi başarısızlığın eşiğine sürüklemekteler. Sosyal iş-

birliği siyaseti temelinde sürdürülen bir mücadele son tahlilde yenilgiye mahkumdur.

(„Die Fein- und Drahtstrasse muss nach Peine")

Tiran'da 1 Mayıs yürüyüşü

İşçi sınıfı olumlu sonuçlar elde etti

Her büyük olayın kokusu önceden çıkar, nitekim 1 Mayıs'ında böyledir. Büyük Tiran bulvarını, Şehit Kahramanlar Bulvarını çekiş darbeleri tılatıyordu. Bakanlar Kurulu binasının önünde, Merkez Komitesi konasının karşısında büyük ana seyirci tribünü kuruldu ve hemen hemen yüz metre uzunluğunda ve tahminen altı yedi metre yüksekliğinde olan tribün tamamen kırmızı renkli bezle kaplandı.

Burada başşehirde düzenlenen yürüyüş geçecek. Yürüyüş, üzerinde iki başlı siyah kartal armasının ve sarı yıldızın bulunduğu kırmızı bayrağın çatısında dalgalanıyordu. Tiran Üniversitesi ana binasının olduğu ve onun yan cephesinde ayrıca uzaktan bile görülebilecek ve üzerinde "Yaşasın 1 Mayıs!" yazılı kare pankartın gerildiği yerde başladı. Daha sonra Halk Meclisi Başkanlık binasının önünden geçerek Merkez Komitesi ve Bakanlar Kurulu'nun açıklarındaki ana seyirci tribünün önünden, sonra Savunma Bakanlığının bulunduğu bulvardan ilerleyerek, İçişleri Bakanlığını geçip İskender Bey Meydanı'nda toplandı.

Bütün caddeler kırmızı pankartlar tarafından kuşatılmıştı. Tüm resmi binaların pencerelerinden aşağı kırmızı bayraklar asılmıştı. Ayrıca tüm evlerde bundan geri kalmamıştı. Şehir merkezinde eşit şekilde tüm Politik Büro üyelerinin portresi asılmıştı. Diğer portrelerden biraz büyük olan Merkez Komitesi 1. Sekreteri, Enver Hoca yoldaşının portresi ise Kültür Sarayı'nın ve Merkez Komitesi binasının sağ tarafına asılmıştı. Marksizm-Leninizmin dört ustasının portreleri ise İskender Bey Meydanı'na yarı daire şeklinde saran Bakanlıkların cephesinde bulunuyordu.

1 Mayıs'tan önce bulutlu olan ve yağmurun yağdığı günlerde herhangi bir Arnavutlu'ya, 1 Mayıs'ta havanın nasıl olacağı üzerine bir soru sorulduğunda busoruyu küstaşça bir soru olarak değerlendiriyorlardı. Çünkü gerçekten Tiran 1 Mayıs'ta sanki güneşe abone olmuş gibi görünmekte. Her Arnavutlu bir kere 1 Mayıs senesinde falan filanın kovanın su dökmesi üzerine güneşin nasıl dakikası dakikasına saat 10'da doğduğu ve tam bir saat sonra — parti üzerine atılan son yaşasın nidalarının yavaş yavaş sönmelerinden sonra — gök yüzünün

nasil yeniden açtığı üzerine kendi hikayelerini anlatmaktalar.

Ne vakti bu, bu yıl o kadar hissedilir değildi. Ama buna rağmen 30 Nisan ve 1 Mayıs öğleden sonra ciseledi. Fakat sabahleyin ise gök yüzünde güneş gülmüyordu, yumuşak bir ilkbahar havası esiyordu. Büyük annem bu havaya belkide imparator havası demişti.

1 Mayıs sabahı tüm Tiran'a, Şehit Kahramanlar Bulvarı'na dökülüyordu. Merkez Komitesi ve Hükümet üyeleri seyirci tribününde yerlerini aldılar. Seyirci tribününde sosyalist çalışmanın kahramanları, öncül işçiler, diplomatik heyet üyeleri için de yer ayrılmıştı. Diplomatların bir çoğu, Sosyalist Arnavutluk'a karşı vahşice emperyalist-revizyonist ablukayı almış devletleri temsil ediyorlardı.

Tribünde yuvarlak olarak sanayii ve zirattan 1500 öncül emekçi 20'er kişilik 75 sıra halinde dizildi. Bu sıralara üstten bakacak olursak, onların kırmızı ve beyaz çiçekleri tam da 1 Mayıs kelimesinin okunacağı şekilde dizilmişti.

Merkez Komitesi bürosunun önündeki kaldırımda Opera ve Bale tiyatrosu, ordu ve devlet orkestrası üyelerinden oluşan bir kitle korusu bulunuyordu. Onların önünde ise ordunun caz orkestrası yerini aldı.

Tam saat 10'da Arnavutluk, özgür ve bağımsız 38. Mayıs kutlaması olan 1 Mayıs 1982'yi kutluyor. Bakanlar Kurulu konasının kapıları açılıyor. Parti ve devlet yönetimi: önde Enver Hoca yoldaş, ardından Politik Büro üye ve yedek üyeleri ana tribünlere doğru geliyorlar. Alkış tufanı ve yaşasın nidaları alevleniyor, yoldaşlar yerlerine yerleşiyorlar. Ortada Enver Hoca yoldaş, onun solunda Halk Meclisi Başkanı Haxhi Leshi yoldaş, sağında ise Bakanlar Kurulu Başkanı Adil Çarçani yoldaş bulunuyordu.

Arnavutluk Ulusal Marşının ilk kadansları coşturucu alkışların kesilmesine yol açıyor.

Daha sonra Politik Büro üyesi ve Partinin Elbasan'daki Çelik Dokümhane Kombinası Müdürü H. Çeliku yoldaş partinin Merkez Komitesi, Bakanlar Kurulu ve Arnavutluk Sendikalar Birliği Merkez Kurulu adına sözü alarak şehir ve köy emekçilerini selamladı.

Saat 10.10 dakika geçiyor. Caz orkestrası "fabrikaları ve

tarlaları işleyelim" şarkısını çalarak resmi geçitin başlamasına sinyal veriyordu. Üç sporcu rap rap diye tribünlerin önünden geçtiler. Ortada giden sporcu Arnavutluk Milli Bayrağını taşıyordu. Onları Arnavutluk Emek Partisi'nin kurucu ve önderinin bir büyük portresi ve onu da 1 Mayıs ilaması izliyordu. Bunların ardından taşınan pankartlarda ise sırayla şu sloganlar okunuyordu: "Yaşasın Arnavutluk Emek Partisi", "Marksizm-Leninizme şan olsun", bunların ardından ise dört ustanın portreleri taşıyorlardı.

8. Parti Kongresi'nin tarihî kararlarını sembolize eden bir arabanın arkasında işçi sınıfı resmi geçit yapıyordu. Toplam olarak 15.000, bu tam da tüm Arnavutluk'un kurtuluşu öncesindeki mevcut işçi potansiyeli kadardı. Yürüyüşün önünde başlarında sarı migferler bulunan maden işçileri yürüyordu. Tiran bölgesindeki işçi sınıfı olumlu sonuçlar elde etti.

Geçen yılın ilk dört ay için hazırlanan tüm sanayii üretimi planı tanınan süreden dört gün önce yerine getirildi. Aynı zamanda öngörüleninde üzerinde 25 milyon Lek değerinde ürün üretildi. Tiran işçi sınıfı masrafları 8 milyon Lek düşürdü ve ihracat planını ise fazlasından bile yerine getirdi. Onların taşıdıkları pankartlar ve diyagramlar özellikle tam kendilerine amaç edindikleri şu noktaları dile getiriyordu: "Beş yıllık plan süresi içinde taş kömürü çıkarılmasını Tiran bölgesinde 2,3 kat artırmak, makina ve yedek parça üretimini yüzde 30 yükseltmek, yatırımları ise iki katına çıkarmak..."

Bir pankartın üzerinde "işçi sınıfının sosyalist toplumun bel kemiği olduğu" yazılıydı. Ara sıra balık oyunları oynanıyor, türküler söyleniyor, alkış ve yaşasın nidaları durmak bilmiyordu.

Şimdi işçi sınıfının en yakın müttefiki olan kooperatif köylüleri yürüyor. Onlar ellerinde "ziraat ekonomimizin temeli" "yaşasın işçi sınıfının kooperatif köylüleri ile itifakı" vb. şarlar taşıyorlardı.

Gönüllü Savunma güçlerinin dört taburu resmi geçit yapıyor. Tüfeklerini göğüslerinin önünde tutan onbeşer üniformalı kişiden oluşan tabur onar sıra halinde dizilmişti.

Dört bloktan ikisi sadece

genç kadınlardan oluşuyordu. Mücadele azimleri ve kararlılıkları yüzlerinde bile belli olan tabur eşit adımlarla tüm Arnavut Kuvvetleri Baş Komutanlarının, Enver Hoca yoldaşın bulunduğu tribünün önünden geçiyor. Ve 1 Mayıs'ta genelinde tribünde şakalaşan, el sallayan, gülen Enver yoldaş da tam bu esnada ciddileşiyor. Kadın ve erkek askerlerin ayak sesleri bulvarı tılatırken, Enver Hoca yoldaş yumruğunu partizan selamı vermek için kaldırdı.

Sonra ise uluslararası bölüm geliyor. Geçen yıl İran ve Afgan halkının mücadelesi özellikle vurgulanırken, bu defa ise Filistin ve Salvador halkının mücadelesi vurgulandı. ABD'nin, Sovyetler Birliği'nin ve Çin'in savaş kışkırtıcı politikaları mahkum edildi. "Yaşasın Marksist-Leninist partiler, devrim, sosyalizm ve halkların kurtuluş davası uğrunda mücadele eden kararlı savaşçıları"

Sondan ikinci sırada öğrenci, yüksek okul gençliği ve sporcular geliyor. Coşkunluk daha da yükseliyor. Yüksek kaldırıklardan ellerinde kağıttan çiçekler taşıyan gençler harflere, sayılara ve şekillere göre alay kurmaktalar. Böylece ana tribünün önünde büyük bir "1912" yılı geçiyor; bunu büyük bir Arnavutluk milli bayrağı ve ardından da "büyük bir 1982" yılı izliyor. Bu, bu yılın 28 Kasım'ında Arnavutluk'un bağımsızlığının 70. yıldönümünün kutlanacağı demektir.

Resmî geçitin doruğunu ise Sosyalist Arnavutluk'un çocukları, sosyalist toplumun inşaatının görevlerini devralacak nesil olan 3000 öncül oluşturuyor. Bu kalabalık, kulakları uyuşturan bir çağrı, bağırta ve gürültü sesleri çıkıyor. Onlar yüzlerce balon havaya uçuruyorlar. Bunu 1 Mayıs 1981'de de yaptılar. Geçen yıl bir balon Yugoslav sınırının ötesine kadar uçmuştu ki, bunu Belgrad Yönetimi bir "sınır provokasyonu" olarak resmî bir şekilde protesto etti.

Enternasyonal marşı söyleniyor. Çocuklar beyaz çiçekler den demeti yukarı kaldırdılar ve yukarıdan okundukunda "Yaşasın AEP" diye yazılı, Dünya proletaryasının mücadelesinin son perdesi ile resmî geçit sona eriyor.

Johannes Vetter

Mannesmann-Demag'ta işyeri işgali ve grev kırıldı

FRANKFURT/MAIN.— Mannesmann-Demag'ta 12 gün süren grev ve işyerinin giriş kapılarının işgali kırıldı. 10 Mayıs Pazartesi günü işçiler tekrardan işbaşı yaptılar. 9 Mayıs gecesi işyeri işçi temsilciliğinin başındakiler ve IG Metall Yerel Yönetimi ve işveren arasında işyerlerinin korunmasını ve çıkışların geri alınmasını öngörmeyen bir uzlaşma anlaşması yapıldı.

Toplam olarak 600 işçi ve memurun çalıştığı Mannesmann-Demag işletmesinde patronlar 140 işçinin çıkışını vermek ve basınçlı hava tekniği üretim bölümünü Simmern'deki şubeye nakletmek istiyorlardı. Bu durumu protesto eden işçiler 28 Nisan'da greve gittiler. Ne vakti 12 gün boyunca sürdürdükleri mücadeleleri hedefine ulaşamadı. IG Metall Yerel Yönetimi ve işyeri işçi temsilciliğinin başındakiler patronla çürük bir anlaşma yaptılar. Ve bu anlaşma patronun planlarının genelinde hiç bir noktanın değiştirilmesine hizmet etmedi.

Yapılan anlaşmada, çıkışlardan etkilenen 36 işçi için diğer Mannesmann işletmelerinde işyerinin teklif edilmesi, diğer çıkışlar için ise özellikle 59 yaşına girmiş arkadaşların seçilmesi ve bunlar için bir sosyal planın

hazırlanması öngörülmektedir.

Anlaşma, ayrıca işverenin grev süresince çıkışını verdiği 18 işçi arkadaşın tekrar işe alınmasını da içermektedir. Greve gidilen günlerin ücretinin ödenmesi üzerine bir anlaşma yapılmadı. Bunun yerine işçilere 2000 DM avans verilmesi ve bunun izin paraları üzerinden karşılanması kararlaştırıldı.

İşçilerin işyerlerini korumak için buzlattıkları bu mücadelenin nihai yenilgiye uğratılabildiğinin nedenlerini ve Mannesmann-Demag işçilerinin 12 gün süren mücadelesini ayrıntılı olarak "Kızıl Şafak"ın gelecek sayısında ele alacağız.

(„Streik und Besetzung bei Mannesmann-Demag abgebrochen")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı
.....sayısından
itibaren
ismarlamak
istiyorum



O yıllık 60DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.